anti-akw telegramm

arbeitskreis
politische ökologie
Laden
Lutterothstrasse 33
2000 Hamburg 19
Tel.: 040/402782
Postsch. Hmb. 2023 22-208

SONDERNUMMER

PRESSEDOKUMENTATION

zum geplanten

AKW-BROKDORF

9.2.79 - 21.3.80

- Hauptverfahren gegen die 1. Teilerrichtungsgenehmigung
- Demonstration am 23.12.79
- Konferenz hauptsächlich norddeutscher BI's in Brunsbüttel vom 23.2.80
- Diskussion um den Baubeginn
- schriftliche Urteilsbegründung
- Kriminalisierungsversuche zukünftiger Aktionen

Diese Mappe wurde von der Vorbereitungsgruppe zur Bundeskonferenz des Plenums der autonomen Gruppen der BUU Hamburg erstellt.

Stoltenberg: Über Brokdorf soll der Kanzler entscheiden

HERBERT SCHÜTTE, **Hamburg**

Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg will bei jeder Wahlversammlung die Frage der Kernenergie zu einem „Thema der Auseinandersetzung" machen. „Ich versäume keine Wahlversammlung, um die SPD und FDP aufzufordern, Farbe zu bekennen", sagte Stoltenberg gestern in Hamburg. Die Tatsache, daß sämtliche Bundestagsabgeordenten von SPD und FDP „draußen im Land Brandreden halten", im Parlament jedoch immer wieder der Bereitstellung von jährlich rund einer Milliarde Mark für Kernenergie und Kerntechnik zustimmten, bezeichnete Stoltenberg als „das schlimmste Beispiel an Gesinnungslosigkeit, das mir in der Nachkriegszeit begegnet ist".

Sobald die vom Gericht geforderten Voraussetzungen für den Bau von Brokdorf erfüllt sind, will Kiel Bundeskanzler und Bundeswirtschaftsminister ersuchen, klarzustellen, ob Brokdorf erforderlich sei. „Wenn sie sagen, dies sei unverzichtbar, dann werden wir unsere Vorkehrungen für den Weiterbau treffen, nicht vorher" sagte der Kieler Regierungschef, „man läßt sich nur einmal hinters Licht führen".

Zur Entscheidung am 29. April wies Stoltenberg auf die „starke Wähler-Mobilität" im Hamburger Umland hin. In großem Umfang würden die Bürger, die in dieser Region bei der Bundestagswahl SPD wählen, bei der Landtagswahl der CDU ihre Stimme geben. Auf die Frage, ob er bei einer Niederlage seiner Partei die Rolle des Oppositionsführers übernehmen oder seine künftige Tätigkeit in Bonn sehen würde, erklärte der Regierungschef: „Wir wollen die Wahl gewinnen und weiterarbeiten."

Welt 9.2.79

Welt, Herbst '78

Kraftwerk Brokdorf: Auflagen des Gerichts noch nicht erfüllt

Zur Zeit ist nicht absehbar, wann die gerichtlichen Auflagen für den Fortgang der Bauarbeiten am Kernkraftwerk Brokdorf (Kreis Steinburg) erfüllt sein werden. Dies hat der schleswig-holsteinische Sozialminister Karl Eduard Claussen in einer gestern in Kiel bekanntgewordenen Antwort auf eine Anfrage der SPD-Landtagsabgeordneten Karl-Heinz Luckhardt und Ernst-Wilhelm Stojan mitgeteilt.

Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hatte den Weiterbau des geplanten Kernkraftwerks mit Beschluß vom 17. Oktober vergangenen Jahres von der Erfüllung bestimmter Voraussetzungen abhängig gemacht. Danach dürfen Großbohrpfähle und Pfahlkopfplatten des Reaktorgebäudes erst hergestellt werden, wenn ein prüffähiger Antrag für ein Brennelement-Zwischenlager gestellt ist. Ferner müßten geologische Untersuchungen zum Nachweis der Eignung eines bestimmten Standortes für die Endlagerung radioaktiver Abfälle eingeleitet sein.

Nach Angaben des Sozialministers wurde bereits im Januar dieses Jahres ein Antrag auf Erteilung einer atomrechtlichen Genehmigung für ein Zwischenlager in Ahaus (Nordrhein-Westfalen) gestellt. Dagegen sei die zweite gerichtliche Bedingung noch nicht erfüllt: Die physikalisch-technische Bundesanstalt in Braunschweig habe noch keinen Auftrag für Endlagertiefbohrungen in Gorleben (Niedersachsen) erteilen können, der den Maßgaben voll entspreche.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung habe deswegen aber mit der niedersächsischen Regierung Kontakt aufgenommen, weil die Entscheidung von den Behörden im Nachbarland für den Fortgang der Arbeiten in Brokdorf von Bedeutung sei.

Unterdessen hat die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (DWK) angekündigt, daß auf dem Gelände des geplanten nuklearen Entsorgungszentrum bei Gorleben Anfang nächsten Jahres die ersten 20 Erkundungsbohrungen niedergebracht werden sollen. Mit diesen sogenannten Flachbohrungen soll die Bodenbeschaffenheit erkundet werden. Die Gesellschaft hofft, daß die Arbeiten nicht von Gegnern des umstrittenen „Atommüllzentrums" behindert werden. Die Gesellschaft äußerte allerdings die Befürchtung, daß „harte Kadergruppen" in Großstädten und Universitäten „zu allem entschlossen" sein könnten.

FR, 20.4.79

Für „Anti-Brokdorf-Pakt"

KIEL, 19. April (dpa). Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg (CDU) beharrt nicht unter allen Umständen auf dem Standort Brokdorf an der Unterelbe für ein Atomkraftwerk. Bei einem Streitgespräch der drei Spitzenkandidaten für die Landtagswahl sagte Stoltenberg am Mittwochabend im Regionalfernsehen, in der Energiepolitik müßten die Sicherheitsfragen nach dem Atomunfall von Harrisburg (USA) „von Grund auf neu geprüft werden". Oppositionsführer Klaus Matthiessen (SPD) schlug Stoltenberg einen „Anti-Brokdorf-Pakt" vor, damit die Wähler „nach Harrisburg" wüßten, woran sie seien.

Matthiesen: Kohle statt Kernkraft

Reuter, **Bonn**

Anstelle des geplanten Kernkraftwerkes in Brokdorf an der Elbe soll dort nach den Vorstellungen der schleswig-holsteinischen SPD ein Kohlekraftwerk errichtet werden. Dies kündigte der Spitzenkandidat der SPD, Klaus Matthiesen, für den Fall eines Wahlsieges seiner Partei bei der Landtagswahl am 29. April an. Die Hamburgischen Electricitäts-Werke (HEW) und die Nordwestdeutschen Kraftwerke (NWK) als Betreiber von Brokdorf hätten ihre Bereitschaft zur Umstellung ihrer Planungen schon signalisiert, erklärte Matthiesen in einem Interview mit der „Bild"-Zeitung. Gleichzeitig wies Matthiesen Wahlkampfäußerungen der CDU über sozialdemokratische „Geheimpläne" für eine allgemeine Einführung der Gesamtschule in Schleswig-Holstein zurück.

Welt, 15.3.79

Welt, 11.4.79

Klose ist gegen Reaktor in Brokdorf

ub., **Brokdorf**

Bürgermeister Hans-Ulrich Klose hat gestern abend gegenüber der WELT erklärt, er sei gegen den Bau des Kernkraftwerks Brokdorf. Zur Begründung für diesen, ausdrücklich als „persönliche Auffassung" bezeichneten Standpunkt führte Klose an, das Entsorgungsproblem sei bislang nicht gelöst, und die mit dem Betrieb von Kernkraftwerken verbundenen Sicherheitsprobleme habe man, wie die Ereignisse in Harrisburg gezeigt hätten, „in keiner Weise im Griff". Infolgedessen sei er, Klose, aus grundsätzlichen Erwägungen gegen den Bau zusätzlicher Anlagen dieser Art. Bevor das Kernkraftwerk in Brunsbüttel seinen Betrieb nach dem Schadensfall wieder aufnehmen könne, seien „sehr sorgfältige Prüfungen" absolut notwendig. Der SPD-Spitzenkandidat Klaus Matthiesen hatte Klose in der vergangenen Woche, wie berichtet, darüber informiert, daß eine SPD-geführte Landesregierung anstelle des geplanten Kernkraftwerks Brokdorf ein Kohlekraftwerk an einem anderen Standort bauen werde.

Im Tabaksqualm von Matthiesen focht Stoltenberg für die Politik des Kanzlers

BERND LAMPE, **Kiel**

Nach der Sendung liefen die Telefone heiß. 300 Fernsehzuschauer riefen beim NDR in Hamburg an, 80 in Kiel. „Das ist ungewöhnlich für eine Sendung im dritten Programm", sagte ein Sprecher des NDR. Was denn der Herr Ronneburger bei dem Streitgespräch zwischen Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg und seinem Herausforderer Klaus Matthiesen zu suchen gehabt habe, wollten die meisten Anrufer wissen. Eine Diskussion zwischen Stoltenberg und Matthiesen allein wäre doch wohl sinnvoller gewesen.

Aber auch so hatte der FDP-Landesvorsitzende Uwe Ronneburger nicht viel zu sagen. Stoltenberg und Matthiesen waren die Hauptdarsteller dieses Fernsehduells im Studio des Kieler NDR-Funkhauses. Die Kernenergie und der Störfall von Harrisburg beherrschten zwölf Tage vor der Wahl in Schleswig-Holstein am 29. April die Fernsehrunde. Und Matthiesen als Kritiker der Kernenergiepolitik der Bundesregierung zog dann auch kräftig vom Leder. Auf die Frage des Fernsehmoderators Rudolf Borcher: „Was fällt Ihnen zur Kernenergiepolitik der Landesregierung ein?", antwortete Matthiesen kurz und trocken: „Ne ganze Menge. Mir gefällt nicht der Versuch des Kollegen Stoltenberg, sich aus der landespolitischen Verantwortung für das Kind Brockdorf, das er ja gezeugt hat, herauszumogeln." Stoltenberg habe versucht, in Brokdorf die Bevölkerung zu „spalten" und die Umweltschützer zu „diskriminieren". Da stieg dem Ministerpräsidenten für einen Moment die Zornesröte ins Gesicht. „Machen Sie doch keine Witze, werter Herr, diese Polemik ist kein ernsthafter Beitrag für eine sehr wichtige Frage", konterte Stoltenberg. „Sie können aus der Verantwortung der von Ihren Parteien getragenen Bundesregierung nicht heraus", wandte sich Stoltenberg an Matthiesen und Ronneburger.

„Wollen Sie einen Wahlkampf gegen die Kernenergie machen oder Helmut Schmidt helfen, der vor zwei Tagen gesagt hat, wir brauchen die Kernenergie?" fragte Stoltenberg unter Anspielung auf die „Mannschaft", die Matthiesen im Wahlkampf um sich versammelte. Stoltenberg erwähnte das „unerhörte Doppelspiel" in der schleswig-holsteinischen SPD: „Sie haben doch mit den Bundestagsabgeordneten Rohde, Engholm und Heide Simonis eine Mannschaft, die erst im Februar über eine Milliarde Mark im Bundestag für den Bau von Schnellen Brütern und anderen Techniken bewilligt hat. Und schließlich machen dieselben Abgeordneten mit Herrn Matthiesen hier Wahlkampf gegen die Kernenergie. Das kostet Sie viel Vertrauen", meinte Stoltenberg.

Und dann lehnte Stoltenberg sich zurück, offensichtlich bemüht, den Rauchschwaden zu entgehen, die unentwegt aus Matthiesens Tabakpfeife entstiegen, und sagte: „Der Bauherr von Brokdorf ist Hans-Ulrich Klose, Bürgermeister in Hamburg. Er zieht den Antrag bis heute nicht zurück. Die Hamburger Elektrizitätswerke (HEW) gehörten zu fast 80 Prozent der Hansestadt." Stoltenberg zögerte, als er das offen aussprach, was sein niedersächsischer Amtskollge Ernst Albrecht in ähnlicher Form schon zum Bau des Nuklearen Entsorgungszentrums Gorleben gesagt hatte. „Ich sage Ihnen, von mir aus kann man auf Brokdorf verzichten, wenn Herr Klose nicht mehr bauen will... Wir weinen dem Vorhaben keine Träne nach", sagte Stoltenberg.

Welt, 20,3,79

SPD in Schleswig-Holstein: Kernkraft – ja oder nein?

DW **Neumünster**

Die SPD hat gestern abend in Neumünster ihren Wahlkampf offiziell eröffnet. Neben Bundeskanzler Helmut Schmidt sprachen Willy Brandt und der Kieler Oppositionsführer Klaus Matthiesen in der Holstenhalle. Matthiesen, SPD-Spitzenkandidat im nördlichsten Bundesland, rief dazu auf, die CDU in Schleswig-Holstein aus der Regierungsverantwortung abzulösen. Die CDU sei, so sagte Matthiesen, „zur Erneuerung und zum Dialog unfähig egworden". Die schleswig-holsteinische SPD hat auch das Problem Kernkraftwerke zum Wahlkampfthema gemacht.

Bei der Wahlentscheidung am 29. April geht es nach Meinung des SPD-Spitzenkandidaten neben der Stützung der Bonner Koalition auch um eine „landespolitische Erneuerung" durch eine „solide, vernünftige Reformpolitik".

Schmidt griff Gerhard Stoltenberg massiv an. Erbezeichnete ihn als Gegner einer „marktpolitischen Wirtschaft". Außerdem sagte er, Stoltenberg habe bei Gesprächen über die Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern eine andere Auffassung als Niedersachsens CDU-Ministerpräsident Albrecht vertreten. „Weiter will ich dazu nichts sagen", erklärte Schmidt. Er ließ offen, ob er der Meinung sei, Stoltenberg und Albrecht lägen sich bei Sachdiskussionen in den Haaren.

Nach Auffassung des Kanzlers wird die Landtagswahl in Schleswig-Holstein die Europawahl nachhaltig beeinflussen.

Willy Brandt bezeichnete seinen Freund Klaus Matthiesen „als einen von uns" und lobte ihn als „unverbrauchten bürgerlichen Politiker".

Die durch die Flachbohrungen in Gorleben brennende Aktualität der Bonner Kernkraftpläne für Schleswig-Holstein kamen kurz zur Sprache. Schmidt ging nicht auf die Problematik ein. Matthiesen erklärte kategorisch: „Wir wollen kein weiteres Kernkraftwerk in Schleswig-Holstein. Der Standort Brokdorf muß aufgegeben werden. Dafür wollen wir andere Standorte für Kohlekraftwerke nennen."

Mopo 25.4.79

Polit-Poker um Brokdorf

scho Hamburg — „Offen" ist für den Hamburger Senat der Bau des Kernkraftwerks Brokdorf und die Inbetriebnahme der Atommeiler Brunsbüttel und Krümmel. Das erklärte Bürgermeister Hans-Ulrich Klose gestern.

„Nach Harrisburg", so Klose, „hat sich die Landschaft verändert. Wir müssen die Sicherheitsfrage neu stellen."

Der Bürgermeister will damit das „Schwarze-Peter-Spiel" im schleswig-holsteinischen Wahlkampf beenden, in dem sich die politischen Gegner wechselseitig die „Schuld" an Brokdorf zuschieben.

„Persönlich" lehnt Klose den Bau des Kernkraftwerks Brokdorf ab: „Sollte Matthiesen Ministerpräsident werden und ‚Nein' zu Brokdorf sagen, würde ich mich mit ihm sicherlich nicht streiten."

Welt 20.4.79

Matthiesen: Wir werden Brokdorf nicht bauen!

ksc Kiel — Noch fünf Tage bis zur wichtigen Wahl in Schleswig-Holstein. Die MORGENPOST stellte dem Spitzenkandidaten der SPD, Klaus Matthiesen, sechs „heiße" Fragen:

Wollen Sie — wie Ihr Konkurrent Stoltenberg behauptet — dem Bundeskanzler in der Energiepolitik in den Rücken fallen?

Matthiesen: Es bewegt mich immer, wie sehr Herr Stoltenberg um das Wohl der sozial-liberalen Koalition in Bonn besorgt ist. Wir werden Brokdorf nicht bauen. Das weiß Helmut Schmidt, und das ist eine reine landespolitische Entscheidung, die auch Herr Stoltenberg treffen könnte, wenn er nur wollte.

Frage: Wollen Sie reihenweise Schulen schließen lassen, um die Gesamtschule zu erzwingen?

Matthiesen: Diese CDU-Behauptung ist dummes Zeug. Wir wollen Gesamtschulen dort anbieten, wo Eltern dies verlangen.

Frage: Was haben die Bürger in Schleswig-Holstein von einer Koalition Bonn/Kiel zu erwarten, wenn Ihre Partei die Wahl gewinnt?

Matthiesen: Die Krise auf den Werften können wir in Schleswig-Holstein nicht allein lösen. Dazu braucht man die Hilfe aus Bonn. Und es ist für Schleswig-Holstein gut zu wissen, daß der Bundesfinanzminister mein „Zukunftsprogramm Küste" tat- und finanzkräftig unterstützen will.

Frage: Haben Sie große Sorgen wegen der „Grünen Liste"?

Matthiesen: Sorgen schon. Denn die „grünen Wähler" können nicht wollen, daß durch ihre verschenkte Stimme der für den Einsatz von Brokdorf verantwortliche Ministerpräsident wiedergewählt wird.

Frage: Ist Herr Stoltenberg ein einsamer Wahlkämpfer geworden, weil man von seiner Partei, seinen Ministern, selbst von Helmut Kohl hier so gut wie nichts mehr hört?

Matthiesen: Die CDU hat den Wahlkampf als Ein-Mann-Show angelegt. Das entspricht dem autoritären Regierungsstil in den letzten vier Jahren. So ist es nicht verwunderlich, daß man außer von Stoltenberg wenig in der Presse erfährt.

Frage: Werden Sie mit Karl-Otto Meyer vom Südschleswigschen Wählerverband, der im Landtag Zünglein an der Waage sein könnte, zusammenarbeiten?

Matthiesen: Ich bin Abgeordneter von Flensburg und habe in den letzten Jahren im Interesse des Landesteils Schleswig immer gut mit K.-O. Meyer zusammengearbeitet. Außerdem verbinden uns auf vielen Gebieten gemeinsame politische Grundauffassungen.

Dörthe Matthiesen (32) sieht ihren Mann Klaus (38) nur selten in diesen Tagen. Wird Sie in fünf Tagen die „First Lady" von Schleswig-Holstein sein?

Mopo 26.4.79

Kernkraft: Der Senat muß Farbe bekennen

Kann Hamburg auf Kernkraft zur Stromgewinnung verzichten? Müssen schon in wenigen Jahren zwei oder mehr Kohlekraftwerke im Hamburger Stadtgebiet gebaut werden? Um diese Fragen geht es in der großen energiepolitischen Debatte heute abend in der Bürgerschaft, ausgelöst durch eine Große Anfrage der CDU vom April.

Die kontroversen Standpunkte erscheinen, gerade in der Situation nach der Wahl in Schleswig-Holstein, unüberbrückbar. Der Senat hat, wie berichtet, in einer ersten Antwort auf die CDU-Anfrage zwar klargestellt, daß er bei einem Verzicht auf Kernenergie die Stromversorgung schon Anfang der 80er Jahre nicht mehr für gesichert hält; eine klare Stellungnahme für einen Neubau in Brokdorf oder übergen hatte geäußert, Hamburg könne auf nicht eines der geplanten Kernkraftwerke verzichten.

● Wirtschaftssenator Jürgen Steinert hatte den Akzent auf höhere Kohleimporte verlegt wissen wollen.

● Wissenschaftssenator Hansjörg Sinn hatte vor dem Einsatz von zu viel Kohle gewarnt: „Der Gehalt von Schwefeldioxid in der Atmosphäre der nördlichen Hemisphäre ist heute schon 18mal höher als über der südlichen Halbkugel."

● Und SPD-Fraktionschef Ulrich Hartmann hatte „Schaudern" geäußert, als er von der wissenschaftlichen Erkenntnis hörte, daß bei der Verbrennung von Kohle mehr Radioaktivität frei wird als in einem funktionstüchtigen Kernkraftwerk.

Hinzu kam die Nachricht, daß die Hamburgischen Electricitäts-Werke in Hamburg schon eifrig nach Standorten für den Neubau von Kohlekraftwerken suchen. Nochmals von Rohr: „Kein Nachbarland wird Hamburg heute mit einem Standort für einen Kraftwerkneubau helfen."

In der Sitzung heute abend wird noch über zwei Anträge zum Energiethema abzustimmen sein. Die SPD verlangt frühe Information der Bürgerschaft nicht nur, wenn der Reaktorbau in Brokdorf beginnen und in Krümmel weitergehen soll, sondern schon, wenn stilliegende Kraftwerke (Stade, Brunsbüttel) wieder anlaufen sollen. Die CDU hat einen Zusatzantrag gestellt, der diese Informationspflicht auch auf den Neubau von Kohlekraftwerken ausdehnen will.

HARALD NAUMANN

Welt 10.5.79

haupt zum weiteren Einsatz von atomarem Brennstoff aber nicht abgegeben.

Dazu gestern der CDU-Bürgerschaftsabgeordnete Hans Christoph von Rohr: „Es sind nicht einmal konkrete Angaben über den erwarteten Energiebedarf gemacht worden." Er, von Rohr, wisse, daß der Energiebedarf in den 80er Jahren deutlich steigen wird — „zumal, wenn wir Mineralöl sparen wollen".

Mit Vorrang müsse deshalb in der Debatte heute abend Klarheit über die „widersprüchlichen Standpunkte im Senat" gesucht werden.

● Bürgermeister Klose hatte, wie berichtet, gegenüber dem Kieler SPD-Spitzenkandidaten Klaus Matthiesen gesagt, er werde sich mit ihm nicht streiten, wenn Brokdorf nicht gebaut würde.

● Finanzsenator Wilhelm Nölling dage-

„Persönlich" ist er gegen Brokdorf

HERBERT SCHÜTTE, **Hamburg**

„Ich werde mich mit Klaus Matthiesen nicht über Brokdorf streiten." Mit diesen Worten bekräftigte der Hamburger Bürgermeister Klose gestern seine Auffassung, daß das Kernkraftwerk Brokdorf nicht gebaut werden solle. Dies sei allerdings seine persönliche, noch nicht vom Senat gebilligte Meinung. Die Regierung der Hansestadt hat zum Thema Kernkraft allerdings gestern einen Beschluß gefaßt, der im extremen Fall das Brokdorf-Projekt lahmlegen kann: Der Senat ist — wie Klose es ausdrückte — „wieder offen in der Frage des Neubaues und der Inbetriebnahme von Kernkraftwerken".

Hamburg ist über die Hamburgischen Electrizitäts-Werke Anteilseigner und Investor in Brokdorf. Klose wandte sich gegen das „Herumschieben des Schwarzen Peters": Hamburg sei als Investor beteiligt, die Bundesregierung sei für die Sicherheitsfragen zuständig, das Land Schleswig-Holstein für die Baugenehmigung. Der Senat ist allerdings der Meinung, daß „über einen sehr langen Zeitraum auf einen Kernenergieanteil an der Energieversorgung nicht verzichtet werden kann", wie Klose betonte. Die Hamburger Regierung drängt jetzt darauf, daß Importkohle-Kontingent zu erhöhen. Hamburg will Kohle aus China beziehen.

Welt 25.4.79

Katzenjammer im Hamburger Senat bei der Kraftwerksplanung

HERBERT SCHÜTTE, **Hamburg**

Im Hamburger Rathaus herrscht nach dem Wahlsieg von Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg Ratlosigkeit über die zukünftige ausreichende Versorgung der Hansestadt mit Energie. Stoltenberg hatte unmittelbar nach der Wahl angekündigt, daß Brokdorf als Standort für ein Kohlekraftwerk — anstelle eines Kernkraftwerkes —, das die Hansestadt beliefern sollte, nicht in Betracht käme. Für die Fortsetzung des Kernkraftprojekts Brokdorf machte der Kieler Regierungschef auch die Unterstützung durch die SPD/FDP in Norddeutschland zur Voraussetzung.

Der Hamburger Bürgermeister Hans-Ulrich Klose (SPD) hatte jedoch wenige Tage vor der Wahl dem SPD-Spitzenkandidaten Klaus Matthiesen Schützenhilfe mit der Versicherung gegeben: „Über sein Ziel, Brokdorf nicht als Kernkraftwerk zu bauen, werde ich mich mit Matthiesen nicht streiten."

Klose lehnte es gestern ab, zu der Aussage seines Kieler Nachbarn in Sachen Brokdorf Stellung zu nehmen. Begründung: Der Hamburger Bürgermeister will die „interne Meinungsbildung" innerhalb des Senats und der Partei- und Fraktionsspitze abwarten. Innerhalb der nächsten zwei Wochen wollen die Spitzenpolitiker des Hamburger Regierungslagers in einer Klausur über den künftigen energiepolitischen Kurs beraten. Führende SPD-Vertreter machten gestern aus ihrer Kritik an Kloses Wahlkampf-Aussagen keinen Hehl. „Er ist von Wahlkampfauftritt zu Wahlkampfauftritt mehr auf die Matthiesen-Linie eingeschwenkt" erklärte ein Mitglied des Landesvorstands.

Klose hatte zwar sein Nein zu einem Kernkraftwerk Brokdorf — dessen Stromerzeugung in erster Linie der Hansestadt zugute käme — als persönliche Meinung erklärt, aber dem Gesamtsenat damit dennoch eine Kurskorrektur empfohlen.

Der Hamburger SPD-Fraktionschef Ulrich Hartmann hält eine Diskussionspause für notwendig, während der allerdings die Bedarfsfrage weiter diskutiert werden müsse. „Nachdem ich erfahren habe, daß ein Kohlekraftwerk mehr Radioaktivität freisetzt als ein Kernkraftwerk, bin ich total ins Schütteln gekommen", sagte Hartmann der WELT. Seinen Informanten gab er auch preis: Es ist Wissenschaftssenator Hansjörg Sinn, von Haus aus Chemie-Professor.

Welt 3.5.79

Elf der SPD härter als Matthiesen

U. M., **Kiel**

Elf der 44 Landtagskandidaten der schleswig-holsteinischen SPD für die Wahl am 29. April haben sich in Kiel von der energiepolitischen Linie ihres Spitzenkandidaten Klaus Matthiesen abgesetzt. Sie forderten, den Kernreaktor in Brunsbüttel endgültig stillzulegen und das kurz vor der Fertigstellung stehende Kernkraftwerk in Krümmel bei Geesthacht nicht in Betrieb gehen zu lassen.

Zu den Unterzeichnern einer Entschließung, die von der Landesvorsitzenden der Jungsozialisten Ruth Springer bekanntgegeben wurde, gehören Mitglieder des SPD-Landesvorstandes und der SPD-Bundestagsabgeordnete Eckart Kuhlwein.

In dem Aufruf wird die Auffassung vertreten, beim jetzigen Erkenntnisstand sei der weitere Einsatz der Kernenergie politisch nicht zu verantworten. Deshalb müsse auf Brokdorf verzichtet und damit ein Signal für die bundesweite Umorientierung der Energiepolitik gesetzt werden. Außerdem soll die Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben nicht gebaut, der Schnelle Brüter in Kalkar nicht genehmigt und der Export von Kernanlagen gestoppt werden.

Welt 24.4.79

Kernenergie: Die SPD geht in Klausur

Die führenden SPD-Politiker der Hansestadt — die Mitglieder des Senats sowie der Landes- und der Fraktionsvorstand der Regierungspartei — werden sich am 19. Juni auf einer Klausurtagung mit der Energieversorgung Hamburgs beschäftigen — einem Thema, das offenbar zum zentralen Problem der hamburgischen Wirtschaftspolitik wird. Die Initiative zu dieser Konferenz ging vom SPD-Fraktionsvorstand aus, der umfassendere und genauere Informationen über die Sicherheits- und Umweltprobleme der Kernenergie wie der Kohleverstromung wünscht. Maßgeblich ausgelöst wurde diese Forderung der Fraktionsführung durch nachdrückliche Hinweise des Hochschulsenators und Chemikers Professor Hansjörg Sinn, auch der Betrieb von Kohlekraftwerken sei mit Risiken verbunden, die bei der Beurteilung der Kernenergie keinesfalls außer acht gelassen werden dürften.

Von Finanzsenator Wilhelm Nölling, der als Aufsichtsratsvorsitzender der Hamburgischen Electricitätswerke eine besondere energiepolitische Verantwortung wahrzunehmen hat, ist bekannt, daß er eine sichere Versorgung der Hansestadt ohne einen angemessenen Kernenergie-Anteil für unmöglich hält und daher auch in der eigenen Partei für eine entsprechende Politik zu kämpfen entschlossen ist. Bei der Klausurtagung von Senatsmitgliedern, Fraktions- und Landesvorstand wird es insbesondere um die Kernkraftwerksanlagen bzw. -projekte Brunsbüttel, Krümmel und Brokdorf gehen. HEW-Vorstandssprecher Hans-Werner Oberlack hatte, wie berichtet, den zeitlich vorgezogenen Bau eines neuen Kohlekraftwerkes durch das von ihm geleitete Unternehmen angekündigt, falls sich „aus politischen Gründen im Fall Brokdorf eine größere Verzögerung ergibt". Hamburg benötige für seine Energieversorgung im kommenden Jahrzehnt sowohl das Kernkraftwerk in Krümmel als auch die geplante Anlage in Brokdorf. Die HEW sind an beiden Projekten jeweils zur Hälfte beteiligt.

Der CDU-Wirtschaftsexperte Hans Christoph von Rohr hat den Senat unterdessen aufgefordert, seine Schätzungen für den künftigen Energiebedarf der Hansestadt bekanntzugeben; darauf habe die Öffentlichkeit einen Anspruch. Ohne entsprechende Daten sei eine realistische Planung von Kraftwerken nicht möglich. Von Rohr: „Daß wir gerade hier mit einer erheblichen Verbrauchssteigerung zu rechnen haben, die prozentual durchaus über der Steigerung des Bruttosozialprodukts liegen dürfte, ist schon allein deshalb klar, weil gerade die Maßnahmen zur Einsparung von Mineralöl (Wärmepumpe, Speicherheizung, Elektroauto) zusätzliche Elektrizität erfordern." Der Senat solle endlich die entsprechenden Zahlen vorlegen; nur so sei das Verständnis der Öffentlichkeit für Neubauvorhaben zu gewinnen.

Der CDU-Abgeordnete und Physiker Gerd Löffler hat sich in einer Stellungnahme gegenüber der WELT für den Einsatz der in der Bundesrepublik entwickelten Leichtwasserreaktoren ausgesprochen. Der hohe Sicherheitsstandard solcher Anlagen müsse im Vergleich mit anderen Zivilisationsrisiken gesehen werden Der Einsatz der Kohle zur Stromerzeugung im bisherigen oder gar steigendem Umfang sei nur noch für einen begrenzten Zeitraum zu verantworten: „Die Umweltbelastungen und die Verpflichtung, unseren Hauptrohstoff optimal zu nutzen, setzen uns klare Grenzen."

UWE BAHNSEN

Welt 16.5.79

?

Matthiesen wagt Kraftprobe mit Jansen

BERND LAMPE, **Kiel**

Für den Oppositionsführer im schleswig-holsteinischen Landtag und den gescheiterten SPD-Spitzenkandidaten bei den Landtagswahlen 1974 und 1979, Klaus Matthiesen, wird der Landesparteitag am 6. und 7. Oktober in Burg/Fehmarn zu einer Bewährungsprobe: Im Streit um die Kernenergie hat sich Matthiesen zum erstenmal öffentlich gegen den starken Jansen-Flügel im SPD-Landesvorstand gestellt.

Jansen, Landesvorsitzender der Sozialdemokraten, hatte sich auf der jüngsten Sitzung des SPD-Spitzengremiums mit einem strikten Nein zur Kernenergie gegen Matthiesen durchgesetzt. Mit 7:4 Stimmen passierte ein Leitantrag zum Thema Kernenergie für den Parteitag den Vorstand. Matthiesen will nun in Burg das Ruder zugunsten eines „schrittweisen Ausstiegs aus der Kerntechnologie" herumwerfen.

In dem Leitantrag Jansens war gefordert worden: . . . „Stillegungsplan für im Betrieb befindliche Kernkraftwerke; keine Inbetriebnahme für im Bau befindliche Kernkraftwerke; kein Zubau weiterer Kernkraftwerke; Zwischenlagerkapazität nur für die im Betrieb befindlichen Kernkraftwerke; das Weiterarbeiten an einer Endlagerungsregelung; keine Inbetriebnahme von Kalkar nach dem jetzigen Erkenntnisstand."

Diese Position macht nach Meinung Matthiesens den Ausstieg aus der Kerntechnologie „unmöglich". Der Oppositionsführer befürchtet, daß es zu „konkreten Schwierigkeiten bei der Energieversorgung kommen werde". Er wies darauf hin, daß im vergangenen Winter zur „Abdeckung der Spitzenlast im Energieverbund" mehr als doppelt soviel Strom importiert werden mußte, als die Kraftwerke in Schleswig-Holstein abgeben konnten. Ferner setzte sich Matthiesen für die Inbetriebnahme des im Bau befindlichen Kernkraftwerks Krümmel ein, das nach den Vorstellungen Jansens eine Bauruine bleiben soll. Matthiesen: „In der vom Landesvorstand beschlossenen Fassung ist dieser Antrag die Preisgabe der energiepolitischen Regierungsfähigkeit."

Der „Glaubenskrieg" innerhalb der schleswig-holsteinischen SPD hatte während des Landtagwahlkampfs im Frühjahr begonnen, als sich elf Landtagskandidaten und die Jungsozialisten für den völligen Verzicht auf Kernenergie ausgesprochen hatten. Auf das Wahlkampfmotto der SPD anspielend („Damit es Bundeskanzler Schmidt in Bonn leichter hat") sagte die Juso-Vorsitzende Ruth Springer: „Ich bin auch nicht auf der Welt, um es Helmut Schmidt leichter zu machen." Jansen, der sein Amt als Bürgermeister der Ostseegemeinde Süsel aufgeben will, um 1980 in den Bundestag einzuziehen, offenbarte kurz vor dem offenen Krach in der SPD seinen künftigen Arbeitsstil in Bonn: Es könne Fragen von grundsätzlicher Bedeutung geben, Gewissens- oder Moralentscheidungen, die die Regierung akzeptieren müsse, auch wenn sie keine Mehrheit bekomme.

Später wies Jansen darauf hin, daß er sein Programm zum totalen Verzicht auf Kernenergie auch auf Bundesebene durchsetzen wolle. Mit der Übernahme „dieser Gedanken" könnte auch die Bundes-SPD nach seiner Ansicht „weltweit deutlich machen, wie wir aus dieser verfahrenen Situation herauskommen". Entschieden die Sozialdemokraten anders, komme die Glaubwürdigkeit der gesamten Partei ins Wanken.

Welt 6.9.79

Kernkraft: Im Ballhaus Hohenzollern gehen die Richter mit Brokdorf ins Gericht

lno. **Schleswig**

Fast drei Jahre nach dem überraschenden Baubeginn des Kernkraftwerkes Brokdorf an der Unterelbe am 26. Oktober 1976 und dem daraufhin angeordneten gerichtlichen Baustopp prüft das schleswig-holsteinische Verwaltungsgericht jetzt die Rechtmäßigkeit der von der Landesregierung erteilten Teilgenehmigung für das Werk.

Die Zehnte Kammer des Gerichts tagt vom 1. Oktober an im größten Hotelsaal der Stadt, im Ballhaus Hohenzollern. Es wird über rund 230 Klagen von Gemeinden und Einzelpersonen verhandelt. Die Beklagten sind der Sozialminister sowie der Minister für Wirtschaft und Verkehr von Schleswig-Holstein.

Zur mündlichen Verhandlung sind auch die Hamburgischen Electricitätswerke (HEW) und die Nordwestdeutsche Kraftwerke AG (NWK) beigeladen, die das Werk betreiben. Zehn Sachverständige werden das Pro und Kontra des Brokdorf-Projektes vom wissenschaftlichen, wirtschaftlichen sowie sicherheitstechnischen Standpunkt beleuchten.

Wenige Tage nach Baubeginn demonstrierten mehrere tausend Menschen am Bauplatz. Das Gelände wurde daraufhin mit Wassergräben, doppelten Stacheldraht- und Metallgitterzäunen und einer stacheldrahtbewehrten Mauer gesichert. Am 13. November 1976 gab es zwischen 40 000 Demonstranten sowie Polizei und Bundesgrenzschutz schwere Zusammenstöße. Auf beiden Seiten gab es Verletzte.

Den ersten Weg durch die Instanzen hat Brokdorf hinter sich. Am 17. Dezember 1976 verhängte das Verwaltungsgericht in Schleswig einen vorläufigen Baustopp. Der Bau müsse unterbrochen werden, da andernfalls ein Rechtsschutz der Betroffenen durch zwischenzeitlich geschaffene Tatsachen mindestens erschwert würde, meinte die Kammer.

Am 9. Februar 1977 bekräftigte die gleiche Kammer das „rote Licht" vom Dezember 1976. Sie schloß nicht aus, „daß bei den in direkter Nähe lebenden Antragstellern gesundheitliche Schäden auftreten können". Außerdem hätten — nach Auffassung des Gerichts — „die Antragsgegner das grundsätzlich zu berücksichtigende Entsorgungsproblem in ihre Entscheidungsüberlegungen nicht einbezogen".

Die Kieler Landesregierung rief das Oberverwaltungsgericht (OVG) in Lüneburg an. Das OVG verhandelte am 11. und 12. Oktober 1977 im Schleswiger Gerichtsgebäude über die Beschwerde. Fünf Tage später fällte es in Lüneburg die Entscheidung, daß der Baustopp bis zum Ende des jetzt anberaumten Hauptverfahrens bestehen bleibt. Die Richter stützten ihren Spruch vor allem auf das Atomgesetz, nach dem „die Erteilung weiterer Genehmigungen von Einrichtungen für die Verwertung und Endlagerung radioaktiver Reststoffe abhängig ist".

Das Verfahren wird voraussichtlich bis zum 5. Oktober dauern. Aber gegen das Urteil besteht die Möglichkeit der Berufung, über die dann wiederum das OVG verhandeln müßte.

Welt 24.9.79

Pause im Brokdorf-Prozeß

SCHLESWIG, 5. Oktober (dpa). Der Brokdorf-Prozeß vor dem Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgericht in Schleswig soll nach dem fünften Verhandlungstag am Freitag bis Ende November unterbrochen werden. Der Vorsitzende Richter Jürgen Feist sagte, es sei „im Interesse der Aufklärung dringend erforderlich" gut, wenn eine erhebliche Pause eintrete.

FR 6.10.79

Wie teuer wird Brokdorf?

Wieviel das Kernkraftwerk Brokdorf kosten wird, welchen Anteil die Hamburgischen Electricitäts-Werke tragen und welchen Einfluß das Kernkraftwerk auf die Hamburger Strompreise haben wird, will der SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Ibs vom Senat wissen. Bisher sollen bereits 300 Millionen Mark für das KKW Brokdorf aufgewand worden sein.

Welt 25.7.79

Protest! Brokdorfer verließen den Saal

MOPO

Ansonsten ruhiger Prozeßbeginn im Schleswiger Hotel Hohenzollern

scho Schleswig — „Wenn das Kernkraftwerk Brokdorf gebaut wird, ist meine Existenz bedroht!" Seit 20 Jahren lebt Hans Ostermann vom Fischfang aus der Elbe. Seit gestern steht er vor dem Verwaltungsgericht Schleswig. Der 52jährige Berufsfischer aus Kollmar ist einer von zwei Einzelklägern, die ohne Anwalt den Bau des Atommeilers verhindern wollen.

Was Ostermann fürchtet, ist vor allem die Radioaktivität, die über das Kühlwasser in die Elbe gelangt. „Plankton wird verseucht. Die Fische fressen Plankton. Der Mensch ißt Fische. Keiner will dann noch Fische aus der Elbe haben. Und ich bin ruiniert."

Neben Ostermann klagen insgesamt rund 250 Bürger und vier Gemeinden gegen den Kernkraftwerksbau.

Der erste Prozeßtag begann gestern ausgesprochen ruhig. Zwar hatte die zehnte Kammer des Verwaltungsgerichts Schleswig vorsichtshalber den größten Saal der Stadt im Hotel „Hohenzollern" (400 Plätze) angemietet. Es kamen jedoch nur rund 100 Zuhörer, die Prozeßbeteiligten mitgerechnet.

Hat Sorgen um seine Zukunft, wenn Brokdorf gebaut wird: Fischer Hans Ostermann

Und dazu gehören neben den Klägern Vertreter der Landesregierung (Beklagte) sowie Mitarbeiter von HEW und NWK (Beigeladene).

Während der Vormittag mit Formalien verstrich — Vorsitzender Richter Feist mußte alle 250 Kläger namentlich aufrufen (nur 15 erschienen) —, kam es kurz nach Mittag zu einer grundsätzlichen Kontroverse: Die Kläger aus Brokdorf wollten ihre Sorgen im Zusammenhang vortragen. Doch die Gegenseite wehrte sich: „Das können wir auch im Laufe der Verhandlungstage tun."

Darauf Rolf Hellerich, Landwirt aus Brokdorf: „Unsere Zeit ist knapp. Wir sind alle berufstätig, und unsere Frauen schinden sich zu Hause ab."

Als das Gericht auf diesen Wunsch nicht einging, verließen die Brokdorfer unter Protest den Saal.

Peter Handge, Physiker der „Gesellschaft für Reaktorsicherheit" in Köln, der als erster Gutachter gehört wurde, erklärte, daß die radioaktiven Abgaberaten in der Genehmigungsurkunde für Brokdorf „nicht genügend spezifiziert" seien. Viele Werte seien zu hoch angesetzt.

Der Prozeß soll bis zum 6. Oktober dauern.

MOPO 2.10.79

Hamburg-Kommentar

Egal wie der Prozeß ausgeht: In der Wilstermarsch wird so schnell kein Kernkraftwerk gebaut werden. Denn: Gewinnen die Bürger — was sie angesichts der Bund-Länder-Einigung über die Zwischenlager-Entsorgung selbst nicht mehr so recht glauben, — dann gehen die Kraftwerksbetreiber in die nächste Instanz.

Gewinnen aber die Betreiber, dann bedeutet das ebenfalls noch keinen sofortigen Baubeginn. Weil es dann nämlich noch darauf ankommt, wie die politische Landschaft aussieht.

Daß Schleswig-Holsteins SPD Brokdorf ablehnt, ist bekannt, aber in der Opposition nicht sehr wirkungsvoll.

Mehr Gewicht haben da die Hamburger Sozialdemokraten, die sich gerade wieder gegen Brokdorf ausgesprochen haben. Denn da liegt es nahe, daß die Hansestadt ihre 74 Prozent HEW-Beteiligung benutzt, um aus dem Brokdorf-Projekt (je zur Hälfte HEW und NWK) auszusteigen.

Daß sich CDU-Stoltenberg und SPD-Schmidt über Hamburg hinweg einigen, ist zwar auch denkbar, aber wegen der SPD-Angst vor den Grünen bestimmt nicht mehr vor der Wahl 1980.

Scho.

Die Brokdorf-Chronik

- 25. 10. 76: Die Landesregierung in Kiel erteilt die 1. Teilerrichtungsgenehmigung (Aufspülungen, Bau des Fundaments). Die sofortige Vollziehbarkeit aus „öffentlichem Interesse" wird angeordnet.
- 26. 10. 76: Bei Nacht und Nebel rücken die Baumaschinen an. Polizeibewachung.
- 30. 10. 76: Erste Brokdorf-Demo. 8000 Demonstranten am Bauplatz. Rund 1500 besetzen das Gelände.
- 13. 11. 76: Zweite Brokdorf-Demo. Rund 30 000 Menschen am Bauplatz. Versuch der Platzbesetzung. Massiver Tränengas- und Wasserwerfer-Einsatz.
- 25. 11. 76: Neun Personen und drei Gemeinden klagen gegen die 1. Teilerrichtungsgenehmigung. Gleichzeitig soll der sofortige Baubeginn bis zur Entscheidung in der Hauptverhandlung gestoppt werden.
- 17. 12. 76: Verwaltungsgericht Schleswig verfügt Baustopp.
- 18. 12.76: Bauern demonstrieren mit Treckern.
- 9. 2. 77: Baustopp wird in der mündlichen Verhandlung bestätigt.
- 19. 2. 77: Dritte Brokdorf-Demo. Rund 40 000 Menschen protestieren in Itzehoe und Wilster.
- 5. 8. 77: Am Bauplatz wird ein „Bewachungslager" der Bürgerinitiativen eingerichtet.
- 9. 8. 77: Polizei räumt das Lager.
- 17. 10. 77: Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg weist die Beschwerde von NWK und HEW gegen den Baustopp zurück.
- 1. 10. 79: Beginn der Hauptverhandlung über die Klagen gegen das AKW-Brokdorf vor dem Verwaltungsgericht Schleswig.

Morgens Brokdorf-Prozeß, abends Tanz

BERND LAMPE, **Schleswig**

Die Richter der X. Kammer des Verwaltungsgerichts Schleswig schafften ihr Pensum im Prozeß um die erste Teilerrichtungsgenehmigung für das umstrittene Kernkraftwerk Brokdorf an der Unterelbe bis gestern nicht. Nach fünftägigen Hauptverhandlungen vertagte sich das Gericht auf den 26. und 27. November. Das ständige Hickhack um Verfahrensfragen wurde gestern wieder deutlich, als der Gerichtsvorsitzende, Jürgen Feist, vorschlug, die Beweisaufnahme in der nächsten Woche fortzusetzen. Der Hamburger Rechtsanwalt Winfried Günnemann, der fünf klagende Gemeinden und mehrere Einzelkläger vertritt, meldete mit dem Hinweis: „Wir alle können nicht in dieser Woche" heftigen Protest gegen die Verlegung an. Er drohte, daß der Prozeß ohne die Kläger fortgeführt werden müsse. Feist hatte jedoch darauf hingewiesen, daß man gerade für die Erörterung des Problems der Endlagerung radioaktiver Stoffe Zeit benötige.

Der Ballsaal des Schleswiger Hotels Hohenzollern, den das Gericht angemietet hatte, wurde beim Expertendisput über die Sicherheit von Kernkraftwerken tagsüber eher zum Hörsaal als zur Gerichtsstätte. Abends mußten die 300 Stühle im Saal allerdings wieder zur Seite geräumt werden, damit die beiden örtlichen Tanzschulen ihren Eleven Walzer- und Tangoschritte beibringen konnten.

Der Expertenstreit zwischen den Gutachtern gipfelte schließlich darin, daß der „Staatswissenschaftler" Walter Soyka als Prozeßbevollmächtigter von rund 260 Einzelklägern, von denen aber nur eine Handvoll erschienen war, durchsetzte, daß eine Liste von 2061 Nukleiden (Spaltpunkte) verlesen werden soll. Nach Protest der anderen Kläger wurde die Aufzählung nach 20 Minuten abgebrochen. Auch die Richter wurden der Kernspaltung und Wortspaltung zusehends überdrüssig.

Unruhe hatte sich bei der Aufzählung auch im Saal breitgemacht, wo Umweltschützer strickend, Kekse kauend oder Tee schlürfend den Prozeß verfolgten. Eine Gruppe von Rentnern und eine Schulklasse verließen bei der Auflistung fluchtartig die Gerichtsstätte.

Bei der Frage nach der Strahlenbelastung, die durch das Kernkraftwerk Brokdorf zu erwarten sei, ging man bis in die Details und erörterte selbst die Gefährlichkeit des Sauerfleisches, Lieblingsgericht an der Unterelbe, durch in den Knochen enthaltenes Strontium.

Hellhörig wurden die Richter, als Anwalt Günnemann aus einem bisher nicht veröffentlichten Gutachten des Atomphysikers Peter Handge vom Institut für Reaktorsicherheit zitierte, das nach Angaben des Experten bei einem Einbruch „aus meiner Schublade gestohlen" worden war. Als die Richter Günnemann aufforderten, das Gutachten vorzulegen, sagte der Anwalt, er hätte „es nicht hier".

Welt 6.10.79

Kloses Senat sagt ein klares Ja zur Kernenergie

HERBERT SCHÜTTE, **Hamburg**

Mit einem eindeutigen Ja zur Kernkraft hat sich der Hamburger Senat vor dem Landesparlament gegen ein ebenso klares Nein des hanseatischen SPD-Parteitages gestellt.

„Aus heutiger Sicht bleibt die (Strom-)Versorgung durch die Hamburgischen Electricitätswerke nur dann gesichert, wenn 1982 das Kernkraftwerk Krümmel in Betrieb geht", erklärte der Senat gegenüber der Bürgerschaft.

Der Senat setzte damit auch ein Signal vor dem im nächsten Monat stattfindenden SPD-Bundesparteitag, in den die Hamburger Delegierten — an ihrer Spitze Bürgermeister Klose — mit der Partei-Marschroute gehen, keine weiteren Bau- und Betriebsgenehmigungen für Kernkraftwerke zu erteilen und die jetzt noch betriebenen Kernkraftwerke nach einer Übergangszeit abzuschalten.

Als die Hamburger Sozialdemokraten diesen Beschluß am 29. September mit Mehrheit verabschiedeten, setzte sich von der politischen Prominenz nur einer zur Wehr: Bundesverteidigungsminister Apel. „Klose hat gekniffen", schäumte ein Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes, nachdem sich der Hamburger Regierungschef bei der Debatte zu diesem Punkt mäuschenstill verhalten hatte.

Mehr noch: Als Finanzsenator Nölling, Aufsichtsratsvorsitzender der Hamburgischen Electricitätswerke, in seiner Empörung über diesen Beschluß den Genossen die Leviten lesen wollte, hielt Klose ihn am Ärmel fest und überredete ihn, gleichfalls auf eine Wortmeldung zu verzichten. Murrend fügte sich Nölling, dessen Stromversorgungsunternehmen das Kernkraftwerk Krümmel (bei Geesthacht an der Oberelbe) gegenwärtig errichtet und ab 1982 betreiben will.

Nach dem spektakulären Parteitagsbeschluß im Heimat-Landesverband des für die Kernkraft kämpfenden Kanzlers forderte die CDU in einer großen Anfrage den Senat auf, Auskunft zu geben, wie er es mit der Kernkraft halte und wann er bei einem Verzicht auf diese Energie mit einem Zusammenbruch in der Energieversorgung der Stadt rechne — in einer Metropole, die schon jetzt 20 Prozent (ohne Brunsbüttel) ihres Strombedarfs aus Kernkraft schöpft.

In der Wirtschaftsbehörde wurden zwei Modelle einer Antwort entworfen: Die „weichere" Version vermied eine konkrete Auskunft. In der „ehrlicheren" Antwort, für die sich vor allem Finanzsenator Nölling engagierte, bekannte man sich zur Notwendigkeit der Kernkraftnutzung und nahm den Konfrontationskurs mit der Parteibasis bewußt in Kauf.

Nölling setzte sich im Senat durch. Der durch den Giftmüllskandal geschwächte Bürgermeister mußte die Flagge zeigen, die beim Parteitag eingerollt blieb — er stimmte zu.

Seite 6: Verkrümmelt
Wirtschaft: Stillstand

Welt 2.11.79

Brokdorf-Prozeß

Termine und Veranstaltungen

Berlin, 20.11. (taz) - Ab 26.11. wird der Prozeß um das AKW Brokdorf fortgesetzt. Aus Bremen werden Fahrten zum Prozeß organisiert. Abfahrt am 26.11. und den folgenden Tagen: 6 Uhr BBA-Laden, Fedelhören.
Am Donnerstag, dem 22.11. findet um 19.30 Uhr im Konsul-Hackfeld-Haus in Bremen eine Informationsveranstaltung mit Prozeßbeteiligten der BI Umweltschutz Unterelbe statt.

taz 22.11.79

Atom-Terror angedroht

ru. **Bonn**, 11. November

Deutsche Terroristen haben in einem bisher geheimgehaltenen Ultimatum an die Bundesregierung die Freilassung inhaftierter Komplizen gefordert. Sonst wollen sie Kernkraftwerke und Atommülltransporte angreifen. Deshalb üben jetzt die Männer der Bundesgrenzschutztruppe „GSG 9" die Abwehr solcher Terroranschläge.

BamS 11.11.79

anti-akw-telegramm Nr.20

BROKDORF PROZESS

Brokdorfprozeß

Vom 1. bis 5.10. fand in Schleswig die erste Verhandlungsrunde im Hauptverfahren um die erste Baugenehmigung für das AKW Brokdorf statt. Die Situation, in der der Prozeß stattfindet, wird ganz gut aus der folgenden Erklärung der Prozeßgruppe der BUU Hamburg deutlich. Diese Erklärung war eine Antwort auf das Vorgehen von Gericht und Gegenseite, die eine Überrollungsstrategie uns gegenüber hatten, die an den ersten drei Verhandlungstagen teilweise aufgegangen war.

" Stellungnahme der Prozeßgruppe der BUU Hamburg zum Verlauf des Prozesses (Do.,4.10., Verhandlungsbeginn)

Als wissenschaftliche Beistände der Kläger gegen das geplante AKW Brokdorf und als Mitglieder der Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe müssen wir hier eine Stellungnahme zum Verlauf des Prozesses abgeben :
Wir müssen feststellen, daß dieser Prozeß ein absolut unnormales Verfahren ist.
Nachdem 3 Jahre lang die Klage ruhte, wird nun der Prozeß in merkwürdiger Hektik durchgezogen. Im Juli vergangenen Jahres noch befragte das Gericht die Betreiber, ob die Auflagen des Oberverwaltungsgerichtes im Hinblick auf eine gesicherte Entsorgung durch die Verträge mit der französischen Firma COGEMA (La Hague) erfüllt seien. Die Betreiber erklärten 5 Monate später, daß sie einen Termin für verfrüht hielten. Am 20. Juli diesen Jahres, 3 Monate nach der Landtagswahl, haben die Betreiber das Gericht aufgefordert, nun endlich zu verhandeln. Innerhalb von 3 Wochen wurde eine Verhandlung anberaumt, der Gerichtstermin auf 7 Wochen später festgelegt, so daß der Klägerseite kaum Zeit für die Erstellung einer Klageschrift blieb. Bis zum Prozeßbeginn lag von Seiten des Gerichts keine inhaltliche Struktur der zu behandelnden Fragen vor.
Schon hieraus wird deutlich, daß es dem Gericht offensichtlich nicht um eine Klärung aller strittigen Fragen geht, sondern um eine rasche Entscheidung in einem unangenehmen und politisch brisanten Prozeß.
Dieser Eindruck wird verstärkt durch die Art und Weise der Prozeßführung :
- Stellungnahmen der Kläger zu ihrer Situation und zu ihrer besonderen Betroffenheit, die sie vor Beginn der Detailerörterung darstellen wollten, werden vom Gericht - auf Drängen des Vertreters des öffentlichen Interesses - nicht zugelassen. Daß hier Menschen mit ihrem Leben von dem Bau des AKW's betroffen sind, sollte hier wohl nicht deutlich werden.
- Der Prozeßablauf ist derart gedrängt, daß Anwalt+Beistände der Kläger an einer sachgerechten Aufarbeitung des Prozeßmaterials gehindert sind.
- Bei der Befragung der Sachverständigen wurde uns Beiständen eine geschlossene und gezielte Überprüfung ihrer Aussagen äußerst erschwert. Immer wenn es deutlich wurde, daß die Gutachten Lücken und Widersprüche aufwiesen, die die Sachverständigen nicht klären konnten, wurde vernebelt : Das Gericht ließ Entlastungsfragen zu, die Betreiberanwälte produzierten Konflikte und Ablenkungsmanöver, es wurden Verhandlungspausen eingelegt. Eine weitere Chaotisierung entstand durch das Durcheinanderwürfeln der Fragenkomplexe verschiedener Klägergruppen zu verschiedenen Themen.

Daraus müssen wir den Schluß ziehen, daß das Gericht parteiisch ist und nur an einem schnellen Urteil interessiert ist, dessen Richtung längst festliegt.
Für uns kann der jetzige Termin nur einen Sinn haben, wenn er aufgefaßt wird als ein Termin, auf dem strittige Fragen herausgearbeitet werden und die Grundlage für eine gründliche Hauptverhandlung geschaffen wird, in der die Interessen der Bevölkerung berücksichtigt werden. Diese kann erst stattfinden, wenn das Gericht einen ausführlichen Fragenkatalog erstellt hat und alle erforderlichen Entscheidungsunterlagen vorliegen.
Für die restlichen beiden Verhandlungstage der Prozeßrunde bestehen wir auf der Möglichkeit, unsere Fragen an die Gutachter ungestört und im Zusammenhang stellen zu können. Uns geht es um die sachliche Klärung im Interesse der Betroffenen.
Und im Übrigen müssen wir noch einmal feststellen :
Wir haben nicht Widerstand gegen das AKW Brokdorf geleistet, um jetzt hier an einem Gerichtsverfahren teilzunehmen, das schließlich der Stoltenberg'schen Landesregierung als Legitimationsveranstaltung dient! "

Diese Erklärung macht auch klar, wie wir den Prozeß verstehen und angehen.

An den beiden letzten Tagen lief es dann besser und, vor allem am letzten Tag, wurden die Kläger selbst aktiver und griffen in das Geschehen ein. Die Beiträge der Kläger machten wegen ihrer Klarheit und der klar erkennbaren Betroffenheit die Interessengegensätze und die Alibifunktion der Gutachter sehr deutlich. Dieses gemeinsame Vorgehen von Klägern, Anwalt und Beiständen (Prozeßgruppe) hat uns eine große Stärke gegeben. Wie sehr die Kläger am letzten Tag das Geschehen geprägt haben wird aus folgender Szene deutlich : Ein klagender Landwirt fragt den sog. "Vertreter des öffentlichen Interesses" (eine Art Staatsanwalt), wieso er immer bei der NWK sitze, ob die Interessen der NWK sich mit dem öffentlichen Interesse decken würden .... . Daraufhin sah dieser sich bemüßigt kleinlaut zuzugeben, daß dieser Name doch wohl eine etwas unglückliche Bezeichnung für seine Funktion wäre und er wohl besser Vertreter der Landesregierung heißen sollte.
Außerdem war es so, daß wir auf der Gegenseite bisher noch nie so lange Gesichter gesehen haben, wie an diesem Freitag.

Ein wichtiger Grund für unsere Stärke war, daß wir uns am Donnerstagabend mit den Klägern auf ein entschiedenes Vorgehen bezüglich der Fortsetzung des Prozesses in einer sehr intensiven Diskussion geeinigt hatten. Es ging darum, daß das Gericht schon am 10.10. weiterverhandeln wollte und wir bis zum 17.10. Zeit brauchten (Terminprobleme, Aufarbeitung des Prozeßmaterials, etc.). Wir hatten uns darauf geeinigt, für den Fall einer Ignorierung unserer Terminmöglichkeiten aus dem Prozeß auszuziehen. Da dies die Legitimationsbasis eines möglichen Urteils zerstört hätte, wurde auch in unserem Sinne Vertagt.

Es geht weiter in Schleswig am 26.+27.11. im Gerichtsgebäude in der Gottorfstr., nicht, wie angekündigt im Ballhaus Hohenzollern.
Möglicherweise wird auch noch am 29.+30.11 weiterverhandelt.
Geplant ist, über die Themenkomplexe: Zwischenlage und Wiederaufbereitung zu reden.

STELLUNGNAHME VOM BÜRGERMEISTER SACHSE ZUR VERTAGUNG(5.10.79

als vertreter eines örtlich beschränkten öffentlichen interesses schleppe ich die unterlagen eines für das breite öffentliche interesse recht interessanten kuhhandels zwischen der landesregierung und der gemeinde brokdorf (wobei der eigentlich beschämende teil nicht der gemeinde zukommt) seit fünf tagen zwischen wewelsfleth und schleswig hin und her.und gleich am ersten tage mußte ich erfahren,daß der vertreter dieses öffentlichen interesses in diesem verfahrenstets im sinne der beklagten votiert und dabei auch mit entscheidet,wann,wo und ob wir überhaupt zu wort kommen.
seitdem bin ich echt irritiert:darf ich hier noch für meine gemeinde sprechen,die ich in zwei urabstimmungen zu diesem thema befragt habe,oder nur noch für zehn gemeinderäte,oder gar nur für das interesse,das das öffentliche interesse,verterten durch herrn dr.busch,an mir hat?
nun wird kurzfristig und überraschend das verfahren wieder aufgenommen,was den betreibern noch vor einigen monaten nicht opportun erschien,just in einer manipulierten ölkrise wie seinerzeit im jahre1973.in beiden fällen funktionierte die ölkriese als psychologischer"weichmacher".die atomlobby in regierung und parteien prügelt fast täglich in den medien auf uns ein,daß wir die nation um ihren kernspaltofen bringen wollen und um die arbeitsplätze darum herum.da gibt se in letzter minute einen faulen kompromiß zur entsorgung, und der kanzler persönlich breitet ihnen einen teppich aus, daß sie trockenen fußes ans ziel kommen.
da maschieren dieselben gutachetr auf,deren offensichtliche parteinahme für die betreiber uns aus vier erörterungsterminen zur genüge bekannt ist,bis zum körperlichen unwohlsein. da wird nachgefragt ob die gutachter im saal sind,wieviel zeit sie noch haben,und am ende werden sie ganz ungeniert von den betreibern als schützenhelfer beglückwünscht,wie ich gestern am nebentisch beobachtete.
da hat man viel zeit für eine mündliche korrektur der klägerdaten und keine zeit in der ursprünglich vorgesehenen verhandlungsdauer für die reaktorsicherheit und die entsorgung.meine herren richter,sie wissen doch am besten,welche politische bedeutung diesem prozeß beigemessen wird,und können diese wichtige entscheidung doch nicht wwegen terminschwierigkeiten aufs spiel setzen!

Der entscheidentste Schwachpunkt war jedoch die geringe Öffentlichkeit im und um den Prozeß. Es waren immer nur sehr wenige Zuschauer da. Ein voller Saal und auch Leute vor der Tür (mit Transparenten etc.) sind aber sehr wichtig, damit klar wird, daß :

- die Kläger nicht alleine stehen, sondern auch für uns alle vor Gericht stehen
- wir einen Weiterbau nicht hinnehmen werden

Um im prozeßsaal eine Stimmung zu schaffen, in der es dem Gericht und der Gegenseite nicht möglich ist, die Kläger abzuwürgen, wenn sie ihre Argumente, ihre Betroffenheit und ihre Interessen in den Prozeß einbringen.

Fortsetzung

Genauso wichtig ist eine Eigenständige Öffentlichkeitsarbeit der BI's und Aktionen der BI's außerhalb des Gerichtssaales mit der Stoßrichtung, Brokdorf wieder in die Köpfe der Leute zu bringen und klar zu machen, daß wir einen Weiterbau nicht hinnehmen werden.
Hierzu können Prozeßinfos und Plakate bei uns bestellt werden.
Es ist jetzt auch an der Zeit, sich Aktionen zur Verhinderung des Weiterbaus zu überlegen, diese zu diskutieren und vorzubereiten. Wenn das Urteil gegen uns ausgeht, müssen an vielen Stellen Zeichen gesetzt werden!
Näheres zum Prozeß findet Ihr in den Prozeßinfos.

Brokdorfprozeßgruppe c/o Laden Lutterothstr. 33
2 Hamburg 19, Tel.: 040 / 4o 27 82, Mo-Fr 17-19

Schleswig-Holst. Landeszeitung 26.11.79

Schleswig im Zeichen des Atoms

Zweite Runde des Brokdorf-Prozesses – Demonstrationen angekündigt

Schleswig (lno) Nach einer Unterbrechung von 50 Tagen wird heute in Schleswig die zweite Runde des Hauptverfahrens um die Anfechtung der ersten Teilbaugenehmigung für das Kernkraftwerk Brokdorf/Unterelbe eingeläutet.

Die X. Kammer des Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichts wird diesmal im Plenarsaal des Oberlandesgerichts verhandeln und nicht mehr in einem Hotelsaal, denn in der ersten Prozeßhälfte vom 1. bis 5. Oktober hatte sich höchstens ein Drittel der erwarteten 300köpfigen Publikumsschar im angemieteten „Ballhaus" eingefunden.

In der nächsten Woche könnte es im und vor dem Gerichtssaal turbulent werden. Die Klägerseite – verantwortlich für ihre Stellungnahmen zeichnen zwei „Brokdorf-Pozeßgruppen" mit Absendern in Brokdorf und Hamburg – hat in der Aufarbeitungspause das werbende Trommeln nach Anhängerschaft verstärkt. „Bereitet Euch alle darauf vor, Schleswig in eine Anti-AKW-Stadt zu verwandeln" hieß es im letzten Informationsblatt der Kernkraft-Protestbewegung.

Auch die aus drei Berufs- und zwei ehrenamtlichen Richtern bestehende Kammer sowie die Prozeßbeteiligten sind während ihrer selbstverordneten Denkpause nicht untätig geblieben. Galt es doch für die Richter, das auf Tonband mitgeschnittene Aussagematerial von zehn bisher gehörten Gutachtern Revue passieren zu lassen, um den weiteren Verhandlungsablauf vorzubereiten.

Zu Beginn der Prozeß-Fortführung sollen zunächst noch einmal die Klagebefugnisse von vier Gemeinden um Brokdorf und neun Bürgern aus diesem Bereich sowie der restlichen mehr als 250 Kläger aus der übrigen Bundesrepublik und dem Ausland erörtert werden. Beschlossen hat die Kammer bereits, daß über die Klägerkomplexe getrennt verhandelt werden soll. Diese Abgrenzung dürfte auch für die Prozeßbeobachter den Vorteil haben, daß mehr Klarheit ins „Klägerlager" kommt. Die Gemeinden und neun Bürger werden nämlich von Rechtsanwälten vertreten, während die übrige, fast undefinierbare Klägermasse durch den Politologen Walther Soyka bevollmächtigt repräsentiert ist.

Wie aus der weiteren Tagesordnung hervorgeht, wird dann über den Umfang debattiert, in dem das Gericht das gesamte Brokdorf-Projekt überprüfen muß. Schließlich soll neben der erneuten Erörterung von Standortfragen auch das Problem der Entsorgung zur Sprache kommen. Die offene Frage der Atommüll-Verwertung und Endlagerung war vor allem der Grund für den vorläufigen Baustopp in Brokdorf.

S.H. – Landeszeitung 27.11.79

Landesseite

Erst nach Polizeiaufmarsch räumten „Besetzer" den Saal

Brokdorf-Prozeß bleibt auch in der zweiten Runde turbulent

Schleswig (em/hr) Die zweite Runde im Brokdorf-Prozeß begann, wie die erste am 5. Oktober geendet hatte: turbulent. Die Fronten scheinen sich sogar noch verhärtet zu haben. Erstmals jedenfalls mußte bei einer Verhandlung in Sachen Brokdorf Bereitschaftspolizei vom Gericht angefordert werden. Die Beamten hielten sich jedoch zurück, so daß es nicht zu der schon befürchteten Auseinandersetzung kam.

Entzündet hatte sich die Kontroverse an der Frage, wieviel Zuhörer in den ohnehin überfüllten Saal noch eingelassen werden sollten. Für das Gericht kam der Andrang offenbar überraschend, denn bei der Oktober-Sitzung im Ballsaal des Hotels „Hohenzollern" wurde nur ein Drittel des damals bereitgestellten Platzes genutzt; im Schleswiger Gericht waren gestern dagegen an die 200 Zuhörer erschienen. Als der Vorsitzende Richter Jürgen Feist die Verhandlung über die Klage der Gemeinden Dammfleth, Wewelsfleth, Krummendeich und Nordkehdingen sowie von neun der insgesamt 250 Einzelkläger eröffnete, protestierten meist jugendliche Zuhörer lautstark dagegen, daß einige Atomkraftgegner nicht eingelassen wurden.

Als einige Zuhörer auch noch ein Transparant an die Wand des Gerichtssaals klebten und mehrfach Ausführungen des Gerichts mit Mißfallenskundgebungen begleiteten, verwarnte Feist die Demonstranten zunächst und schloß nach weiteren Störungen die Öffentlichkeit aus. Ein Teil der Atomkraftgegner weigerte sich jedoch, den Gerichtssaal zu verlassen. Darauf zog Bereitschaftspolizei auf den Gerichtsflur. Nach längerem Zureden leerte sich der Saal dann aber ohne Gewalt.

Nach längeren Beratungen des Gerichts und der Zuhörer wurde nach insgesamt zweieinhalbstündiger Unterbrechung das Verfahren wieder aufgenommen und alle zuvor Ausgeschlossenen wieder eingelassen. Darunter auch der Schriftsteller Günter Grass, der in der Gemeinde Wewelsfleth einen Wohnsitz hat.

Anschließend befaßte sich das Gericht mit der Frage, ob die vier klagenden Gemeinden überhaupt klageberechtigt seien. Dies wurde von den Rechtsanwälten der Beklagten (das Kieler Sozialministerium und das Wirtschaftsministerium) entschieden abgelehnt. Als Begründung nannten sie, Gemeinden dürften nur dann eine Klage erheben, wenn es um ihre Selbstverwaltung gehe; dazu zähle in erster Linie die Planungshoheit. Das allgemeine Wohl der Einwohner gehört dagegen nach Ansicht der Rechtsanwälte nicht zur Planungshoheit. Der Vertreter des Sozialministeriums, Herbert Schattke, formulierte, Gemeinden seien nicht klageberechtigt, wenn es um den Schutz ihrer Einwohner vor nuklearer Immission gehe. Die Gemeinde könne ihren Gebietsbestand geltend machen, aber nicht ihren Bevölkerungsbestand.

Dieser Auffassung widersprach der Rechtsvertreter der Kläger mit Nachdruck. Die Gemeinden müßten Vorsorge für eine Gefahrenabwehr treffen können, da sie nach einem schweren Atom-Unfall Gefahr liefen, „in ihrer Substanz aufgelöst zu werden".

Auch der Bürgermeister der Gemeinde Wewelsfleth, Sachse, verteidigte das Recht der Gemeinden, sich gegen den Bau von Kernkraftwerken zu wehren. Er wies darauf hin, daß seine Gemeinde sechs Hektar für 1,5 Millionen Mark als Feriengebiet erschlossen hatte. Für dieses Planungsvorhaben sei vom Innenministerium grünes Licht gegeben worden. Nach der Entscheidung, das Brokdorfer Kernkraftwerk zu bauen, seien jedoch zwanzig Kaufinteressenten zurückgetreten. Für die Gemeinde hätten sich daraus erhebliche Nachteile ergeben.

Nach der Mittagspause befaßte sich die Kammer mit dem Umfang der Klage. Dabei schälte sich bald heraus, daß die Vertreter der Kläger, wie schon bei der Frage der Klagebefugnis selber, diesen Bereich möglichst weitgefaßt sehen wollten, während die Rechtsanwälte der Beklagten den „Überprüfungsumfang" des Gerichts auf ein Minimum reduzieren wollten. Fragen des Bauplanungsrechts, des Landschaftsschutzes und des Wasserrechts standen dabei im Mittelpunkt.

Im Verlauf der Erörterung stellte Rechtsanwalt Günnemann, Vertreter der klagenden Gemeinden sowie einiger Einzelkläger, einen Beweisantrag auf Ortsbesichtigung in Brokdorf und beim Kernkraftwerk Esenshamm. Günnemann und der Wewelsflether Bürgermeister Sachse verlasen lange Begründungen für diesen Antrag, in denen vor allem darauf verwiesen wurde, das geplante Kernkraftwerk Brokdorf werde Natur und Landschaft seiner Umgebung zerstören. Das Kraftwerk Esenshamm ist nach Ansicht der Kläger als abschreckendes Beispiel geeignet, ihre Befürchtungen zu untermauern. Über den Antrag auf Ortsbesichtigung fällte die Kammer noch keine Entscheidung; sie will, wie der Vorsitzende Richter Feist zu Beginn dieses Verhandlungsabschnittes erklärt hatte, über alle Anträge geschlossen beraten.

Applaus oder Mißfallenskundgebungen aus den Reihen der Zuhörer nahm der Kammervorsitzende auch am Nachmittag mehrere Male zum Anlaß, auf „Möglichkeiten des Gerichts, die Verfahrensordnung durchzusetzen" (den Saal räumen zu lassen), hinzuweisen.

43jähriger tot am Straßenrand

Damendorf (pr) Gestern morgen wurde der 43 Jahre alte Arbeiter Kurt M. aus Groß Wittensee am Ortsausgang Damendorf Richtung Eckernförde tot aufgefunden. Anhand der Verletzungen und der vorgefundenen Glasscherben wird vermutet, daß M. von einem Fahrzeug angefahren und tödlich verletzt wurde. Der Fahrzeugführer beging anschließend Verkehrsunfallflucht. Der Unfall muß sich nach ersten Ermittlungen der Polizei in der Nacht oder den frühen Morgenstunden ereignet haben. Eine im näheren Umkreis wohnende Person wurde als tatverdächtigt von der Polizei ermittelt.

10

S.H.-Landeszeitung 28.11.79

„Haarspaltereien" statt Kernspaltung

Brokdorf-Prozeß: Streit über Verfahrensfragen überwog Diskussion zum Thema

Schleswig (hr) Auch der zweite Verhandlungstag im Schleswiger Brokdorf-Prozeß war gekennzeichnet von heftigen verfahrensrechtlichen Auseinandersetzungen, die erneut zu tumultartigen Szenen im Gerichtssaal führten. Im Mittelpunkt stand ein Streit zwischen dem Vorsitzenden der Zehnten Kammer des Verwaltungsgerichtes, Jürgen Feist, und der Klägerseite, der sich so weit zuspitzte, daß der Prozeßbevollmächtigte der vier klagenden Gemeinden und einiger Einzelkläger, Rechtsanwalt Günnemann, Befangenheitsanträge gegen Feist und die gesamte Kammer stellte.

Diese Anträge führten zu einer über einstündigen Unterbrechung der Verhandlung. Das Ergebnis der Beratung gab der Beisitzer, Richter Wegner, bekannt: Sowohl der Antrag auf Ablehnung des Kammervorsitzenden als auch der auf Ablehnung der Kammer wurden abgelehnt.

Der ganze Streit entzündete sich an einer Bemerkung des Vorsitzenden Richters, Feist, die sich auf den Verfahrensablauf des Vortages bezog. Feist hatte nach der Erörterung der Verhandlung festgestellt, am Montagabend sei bei der rechtlichen Erörterung des Begriffes „Stand von Wissenschaft und Technik" einige wertvolle Zeit dadurch verlorengegangen, daß die wissenschaftlichen Beistände der Kläger Ausführungen gemacht hätten, die „erheblich neben der Sache lagen." Günnemann widersprach dieser Wertung und erklärte, er mache sich diese Ausführungen der Beistände voll zu eigen.

Dem Versuch des Vorsitzenden, zur Sacherörterung überzuleiten, widersetzte sich Rechtsanwalt Günnemann entschieden; er ließ keinen Zweifel daran, daß er zunächst den von Feist geäußerten Vorwurf „vom Tisch" haben wollte. Zu Tumulten kam es schließlich, als die wissenschaftlichen Beistände der Kläger, ohne das Wort erhalten zu haben, in die Auseinandersetzung eingriffen, dabei dem Gericht Parteilichkeit vorwarfen und dafür von den mit ihnen sympathisierenden Zuhörern – die weit überwiegende Mehrheit im Saal – lautstarke Unterstützung erhielten. Nachdem die Kammer sich zu einer kurzen Beratung zurückgezogen hatte, verkündete Feist den Beschluß, an die wissenschaftlichen Beistände Professor Scheer und Dr. Hamann die Warnung zu richten, sie bei der nächsten Störung von der Verhandlung auszuschließen.

Rechtsanwalt Günnemann reagierte darauf mit dem Antrag auf Sitzungsunterbrechung, damit Kläger und Beistände Gelegenheit erhielten, über eventuelle Konsequenzen aus diesem Beschluß zu beraten. Dieser Antrag wurde von der Kammer abgelehnt; daraufhin verließ die „Gruppe Günnemann" den Saal.

Auch nachdem die Klägergruppe Günnemann nach einer halben Stunde wieder im Sitzungssaal Platz genommen hatte, gab es weitere verfahrensrechtliche Debatten mit zahlreichen Sitzungsunterbrechungen, ehe die Kammer – es war inzwischen 12.00 Uhr – die Sachberatung fortsetzen konnte.

Dabei ging es zunächst um die Frage des maßgeblichen Zeitpunktes für die Gerichtsentscheidung, das heißt darum, ob der heutige Stand von Wissenschaft und Technik oder der zum Zeitpunkt der Erteilung der ersten Teilgenehmigung (1976) für die Urteilsfindung zu berücksichtigen ist. Wie nicht anders zu erwarten, trugen auch hier die Kläger auf der einen sowie Beklagte, Beigeladene und Vertreter des öffentlichen Interesses auf der anderen Seite gegensätzliche Standpunkte vor: Die Kläger wollten den heutigen, die Gegner den damaligen Stand berücksichtigt wissen.

S.H. Landeszeitung 29.11.79

VDEW zur Kernenergiedebatte im Bundestag:

14 v. H. Strom aus Kernkraft

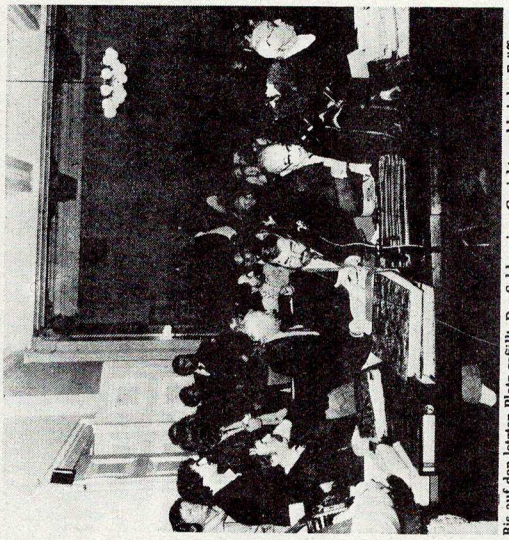
Frankfurt/Main (sl) Der Brutto-Strom-Verbrauch aus dem Netz der öffentlichen Versorgung stieg in den ersten zehn Monaten 1979 um 5,4 Prozent. Wie die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) in Frankfurt mitteilt, wurden von Januar bis Oktober 1979 rund 246 Milliarden Kilowattstunden (kWh) Strom verbraucht.

Die Kernkraft hatte nach Angaben der VDEW-Schnellstatistik einen Anteil von rund 14 Prozent an der zur Dekkung dieses Bedarfs notwenigen Brutto-Stromerzeugung. Ein Verzicht auf Kernkraft, erklärte die VDEW zur heutigen Kernenergiedebatte im Bundestag, würde die öffentliche Stromversorgung der Bundesrepublik bereits heute gefährden: Rund ein Drittel der Erzeugungskapazität der öffentlichen Versorgung im Grundlastbereich – das sind Kraftwerke, die mit rund 6000 Betriebsstunden jährlich fast rund um die Uhr arbeiten – stellt die Kernkraft. Gemessen an der gesamten Kraftwerksleistung der öffentlichen Versorgung macht die Kernkraft mit rund 8500 Megawatt (MW) 12 Prozent aus.

Wie es um die Kernkraftwerke (KKW) in der Bundesrepublik steht, scheint mit drei Zahlen gesagt: 15 KKW sind fertiggestellt, elf im Bau und weitere elf sind geplant, dabei ist jeder Kernkraftblock als ein KKW gezählt). Aber weitere Erläuterungen sind nötig. Von den fertigen KKW liegt eines wegen Umrüstung still (Gundremmingen A). Weitere, z. B. Brunsbüttel, mußten wegen Störung abgeschaltet werden – ganz abgesehen von jenen Kraftwerken, die wegen turnusmäßiger Wartung keinen Strom liefern. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß es sich bei den vier KKW um Forschungsreaktoren handelt (Jülich, Kahl, zweimal Karlsruhe), die verhältnismäßig wenig Elektrizität ans öffentliche Netz geben. Von den im Bau befindlichen eld Kraftwerken sind zwei (Brokdorf und Wyhl) gerichtlich gestoppt. Und was die elf geplanten angeht, so weiß noch niemand, ob sie alle die Hürden des Genehmigungsverfahrens nehmen werden. Jedenfalls liegt der Ausbau der Kernkraft weit hinter den ursprünglichen Plänen zurück – was die Kernkraftgegner freuen mag, die Elektrizitätswerke aber mit wachsender Sorge erfüllt.

S.H. - Landeszeitung

Dienstag, den 27. November 1979



Bis auf den letzten Platz gefüllt: Der Schleswiger Gerichtssaal bei der Eröffnung des Brokdorf-Prozesses
Fotos: Haller

Unter den Zuhörern auch Günter Grass

Brokdorf-Prozeß jetzt heiter

Rechtsanwalt Soyka: Herr Richter, der Herr tastet mich an

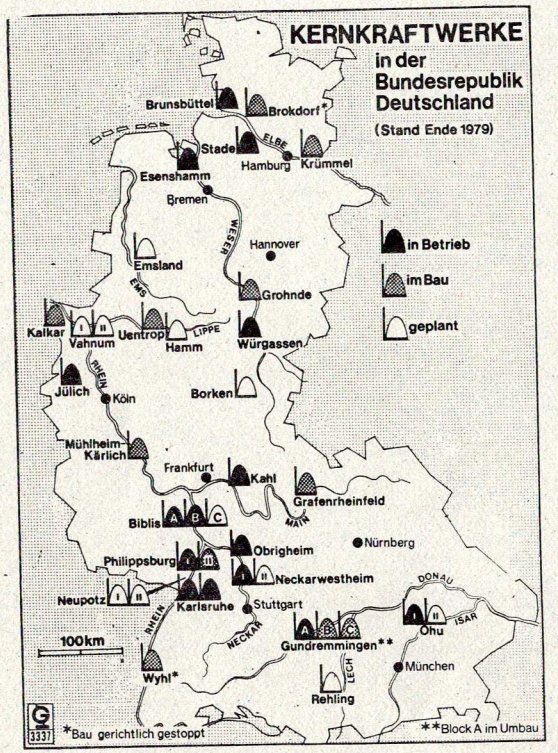
Schleswig (hr) Ein völlig anderes Bild als an den Vortagen bot sich gestern im Plenarsaal des Oberlandesgerichts, in dem seit Montag die zweite Runde des Verwaltungsgerichtsstreits um das Kernkraftwerk Brokdorf stattfindet: gähnende Leere (nur zwei der 15 Zuhörerreihen waren besetzt), und auch die Atmosphäre der Verhandlung war – von einigen kleinen „Ausrutschern" abgesehen – bei weitem nicht so gespannt wie im bisherigen Verlauf. Der Grund: gestern waren, wie es eine Zuhörerin ausdrückte, die „anderen Grünen" dran, nämlich die Gruppe um den selbsternannten „Staatswissenschaftler" Walther Soyka, der rund 250 Einzelkläger als Prozeßbevollmächtigter vertritt.

Der Auftakt des dritten Verhandlungstages trug ausgesprochen heitere Züge. So sah Soyka sich schon nach wenigen Minuten veranlaßt, seinen Nachbarn, den Rechtsanwalt Hoffmann-Fölkersamb (Vertreter der beklagten Ministerien) empört zuzuzischen: „Stoßen Sie mich nicht!" Und dann, an den Kammervorsitzenden Feist gewandt: „Herr Richter, bitte setzen Sie diesen Herrn weg! Ich werde dauernd dadurch gestört, daß dieser Herr mich antastet." Feist ignorierte diesen „Antrag" zunächst, sah sich kurze Zeit später, als Soyka sich erneut von seinem Nachbarn belästigt fühlte („Ich finde diese Aufsässigkeit unpassend" – Soyka zum Gericht, nachdem Hoffmann-Fölkersamb eine kommentierende Zwischenbemerkung gemacht hatte), veranlaßt, ein „salomonisches Urteil" zu fällen: ein anderer Vertreter der Beklagtenseite mußte seinen Platz in der ersten Reihe räumen, damit Hoffmann-Fölkersamb weiter nach links rücken konnte. Auf elegante Weise wurde so die Reibungsfläche zwischen beiden Streithähnen beseitigt.

Eine beinahe tragikomische Note erhielt die Verhandlung durch Schleswig-Holsteins Obergrünen Baldur Springmann, der in der ihm eigenen freundlichen Art alle Prozeßbeteiligten aufforderte, auf die Argumente der jeweils anderen Seite mehr einzugehen und so möglicherweise zu einer Einigung zu kommen. Springmann („Ich fühle mich als Anwalt des Lebens") stellte dann den Antrag, „eine Minute des gemeinsamen Schweigens" einzulegen, um sich „gemeinsam Gedanken über das schützenwerte Leben zu machen, mal an bunte Schmetterlinge, an die Gesundheit unserer Kinder zu denken". Der Vorsitzende Richter, beinahe enttäuscht, diesem Antrag nicht stattgeben zu können: „Das sieht die Prozeßordnung nicht vor, das wäre eine Demonstration."

Vorübergehend kam dann doch noch Schärfe in die Verhandlung, als der Kläger Jaeckel im Zusammenhang mit Kernkraftwerken den Ausdruck „Mord" verwandte. Das veranlaßte den Kammervorsitzenden und seinen Beisitzer, den Kläger scharf zu rügen. Auch Soyka sah noch einmal die Notwendigkeit, sich auf eine Auseinandersetzung mit den Richtern einzulassen – diese hatten gerügt, daß Soyka als Prozeßbevollmächtigter es nicht für nötig gehalten habe, den von der Kammer „mit viel Mühe in tagelanger Arbeit erstellten" (Feist) „Prozeß-Fahrplan" von der Post abzuholen. Das Gericht war der Auffassung, das sei keine sachgemäße Prozeßführung; Soyka meinte, er sei durchaus in der Lage, auch ohne den Fahrplan auszukommen.

Was dann folgte, waren zwei Stunden der großen Langeweile, in denen Soyka und sein Schwiegersohn Bohlinger, der selber als Kläger auftritt, die schon aus früheren Prozeßstadien bekannten Thesen zur „Lebenswissenschaft" vortrugen. Die Kammer kam schließlich nach kurzer Beratung zu der Feststellung, daß diese Ausführungen als Stellungnahme zum gesamten Streitkomplex zu werten seien.



S.H. Landeszeitung 29.11.79

Streit um Kernkraft spaltet Parteien

Union wirft Kanzler Unschlüssigkeit vor / SPD beharrt auf Vorrang der Kohle

29.11.79 FR.

Von unserem Korrespondenten Rolf Dietrich Schwartz

BONN, 28. November. In der Energiedebatte des Bundestages prallten am Mittwoch die unterschiedlichen Auffassungen von Regierung und Opposition vor allem in der Frage des künftigen Kurses in der Kernkraftpolitik mit unverminderter Schärfe aufeinander. Die Union warf dem Kanzler Unschlüssigkeit vor.

Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg schloß als Hauptredner der Union eine „dramatische Zuspitzung der Energiekrise" und ein „Notstandsprogramm aller politischen Kräfte des Parlaments", das ökologische Erfordernisse vernachlässigen müsse und ökonomisch zu immensen Kosten führen werde, nicht aus. Er forderte einen Ausbau der Kernenergie und warf der Regierung Unschlüssigkeit vor, so daß die Bundesrepublik im Begriff sei, ihre führende technologische Stellung in der Welt zu verlieren.

Unter Hinweis auf die Kernenergie-Diskussion bei der SPD sprach Stoltenberg von einem Mangel an politischer und geistiger Führung, die Entscheidungen in lebenswichtigen Fragen Amateuren überlasse. Da schon 1985 Stromengpässe zu erwarten seien, forderte er den Kanzler auf, Maßnahmen gegen den Bundesinnenminister zu unternehmen, damit dieser für mehr Rechtssicherheit als Grundlage für Gerichtsurteile sorge und damit Investitionshemmnisse beim Reaktorbau beseitigt würden.

Auch Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff bekräftigte seine Überzeugung von der Notwendigkeit neuer Reaktoren. Neben Kohle seien sie Hauptstützen künftiger Energieversorgung. Verzögerungen beim Ausbau seien nicht der Bundesregierung anzulasten, sondern den Gerichten und dem Widerstand der Bevölkerung gegen geplante Atommeiler.

Die Redner der SPD sprachen sich übereinstimmend für den Vorrang der Kohle bei der Energieversorgung aus. Skeptiker oder Gegner der Atomkraft aus ihren Reihen meldeten sich nicht zu Wort.

Kläger: Wir reden und reden. .

Im Brokdorf-Prozeß geht es immer wieder um Verfahrensfragen

S.H. Landeszeitung 30.11.79

Schleswig (hr) Zahlreiche Beweisanträge, ein erneuter Befangenheitsantrag – diesmal gegen einen Gutachter – und wieder einmal Auseinandersetzungen über verfahrensrechtliche Fragen kennzeichneten den gestrigen Verhandlungstag im Schleswiger Brokdorf-Prozeß. Die Anträge der vom Rechtsanwalt Günnemann vertretenen Klägergruppe und die Sacherörterung befaßten sich vor allem mit Fragen der Reaktorsicherheit und der Entsorgung.

Rechtsanwalt Günnemann gab zu Beginn der Sitzung eine Erklärung ab, in der er grundsätzliche Vorstellungen der Klägerseite zur Verfahrensführung der 10. Kammer des Verwaltungsgerichts darlegte. Günnemann bekundete eine außerordentliche Unzufriedenheit mit dem Gericht", die darin ihre Ursache habe, daß die Kammer im bisherigen Verlauf des Verfahrens zu keinem Zeitpunkt zu erkennen gegeben habe, wie sie zu den von den Klägern vorgebrachten Argumenten stehe. „Wir reden und reden und wissen gar nicht, wofür wir reden; um uns ernsthaft auseinanderzusetzen, müssen wir Ihre Reaktion haben", erklärte der Anwalt.

Die Prozeßbevollmächtigten der Beklagten und der Beigeladenen bemerkten dazu übereinstimmend, das Gericht könne nicht immer gleich zu jedem erörterten Punkt eine Entscheidung fällen. Sie gaben zu erkennen, daß sie weiter nach dem von der Kammer erarbeiteten Themenkatalog verfahren möchten. Der Vertreter des öffentlichen Interesses, Dr. Busch, meinte, die Rechtssprechung des Bundesverwaltungsgerichts zur Darlegungspflicht gehe nicht so weit, wie das die Kläger wünschten. Außerdem würde sich die Kammer, falls sie der Anregung Günnemanns folgte, immer wieder der Gefahr von Befangenheitsanträgen aussetzen.

Der Wewelsflether Bürgermeister Sachse wollte von der Kammer wissen, ob seine Klagebefugnis wenigstens teilweise anerkannt werde, oder „ob ich mich hier tagelang umsonst abstrampele". Sachse wies darauf hin, daß er wegen der Teilnahme an der Verhandlung seine Pflichten als Bürgermeister erheblich vernachlässigen müsse.

Nach halbstündiger Beratung, zu der sich die Kammer zurückgezogen hatte, verkündete der Vorsitzende Richter Jürgen Feist, das Gericht könne die von den Klägern gewünschten Erklärungen zu einzelnen Klagepunkten nicht abgeben. Die Kammer habe nach dem bisherigen Ablauf den Eindruck, daß die „entscheidungserheblichen Tatsachen und rechtlichen Argumente" vorgetragen seien. Zu den einzelnen Klagepunkten habe sie noch keine „abschließende Entscheidung" getroffen; das gelte auch für die Klagebefugnis der Gemeinden.

Die Beweisanträge der Kläger betrafen u. a. die möglichen Folgen eines Flugzeugabsturzes auf das Kernkraftwerk Brokdorf (die geplante Auslegung des Kraftwerks bietet nach Ansicht der Kläger vor allem keinen ausreichenden Schutz gegen heute übliche Militärflugzeuge), und die allgemeine Sicherheit des Reaktordruckbehälters, der nach ihrer Auffassung „nicht dauerfest" ausgelegt ist.

Die Beklagtenvertreter beantragten die Zurückweisung aller Beweisanträge und wiesen u. a. darauf hin, daß es in diesem Verfahren schließlich nur um die erste Teilerrichtungsgenehmigung gehe; dabei könne keinesfalls die Auslegung des Gesamtprojekts – die im übrigen noch gar nicht feststehe – verhandelt werden. Günnemann hielt dem entgegen, daß der Reaktordruckbehälter, um den es jetzt angeblich noch gar nicht gehe, bereits seit 1977 fertig sei.

Der Befangenheitsantrag betraf die TÜV-Gutachter, die in der ersten Verhandlungsrunde vom 1. bis 5. Oktober ausgesagt hatten. Begründet wurde der Antrag von Günnemann mit einer vom Kläger Ostermann in das Verfahren eingebrachten eidesstattlichen Versicherung eines ehemaligen TÜV-Mitarbeiters, nach der enge Verflechtungen zwischen dem TÜV-Vorstand und den Kraftwerksbetreibern HEW und NWK bestünden. Außerdem war eine TÜV-Dienstanweisung zitiert worden, in der es hieß, bei der Erstellung von Gutachten gehe es in erster Linie darum, „den Kunden zufriedenzustellen".

Die Kammer lehnte den Befangenheitsantrag ab – erstens, weil er nicht rechtzeitig gestellt worden sei, zweitens weil nach der TÜV-Satzung Weisungen des Vorstands an Mitarbeiter, die Gutachten erstellen ausdrücklich ausgeschlossen werden und drittens weil die Kläger nicht glaubhaft gemacht hätten, daß ein konkretes Abhängigkeits-Verhältnis zwischen Gutachtern und Vorstandsmitgliedern bestanden habe.

S. H. – Landesreitung 1. 12. 79

„Schwarzer Freitag" für Klägerseite

Verwaltungsgericht lehnt im Brokdorf-Prozeß alle Anträge ab

Schleswig (dpa) Am zehnten Tag im Schleswiger Brokdorf-Prozeß hat das Gericht das gesamte Antragspaket der Kläger gegen das geplante Kernkraftwerk Brokdorf an der Unterelbe abgelehnt. In dem Prozeß geht es um die Anfechtung der ersten Teilerrichtungsgenehmigung für das Kraftwerk.

Die X. Kammer des Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichts begründete die Ablehnung der insgesamt 28 Beweisanträge der Klägerseite – vier Gemeinden und zehn Einzelkläger – am Freitag damit, daß es dem Gericht auf die beantragte Beweiserhebung – Gutachten über die Kernenergie – „nicht ankommt".

Mit diesen Gutachten wollten die Kläger beweisen, daß die Verwirklichung der Gesamtkonzeption der Kernenergie nicht nur für Brokdorf, sondern für die gesamte Bundesrepublik eine große Gefahr darstellt und die Atomenergie außerdem wirtschaftlich nicht notwendig sei.

Heftige Vorwürfe erhoben die Kläger in der Frage der Entsorgung. „Die Situation ist katastrophal", sagte Rechtsanwalt Winfried Günnemann (Hamburg). Weder die kurzzeitige Kompaktlagerung noch die Zwischenlagerung und erst recht nicht die Endlagerung von abgebrannten Kernstäben sei möglich, da der Atommüll niemals mit völliger Sicherheit außerhalb der Biosphäre untergebracht werden könne.

Nach Auffassung der Kammer sind die Beweise der Kläger deshalb unerheblich, „weil zur Erfüllung der gerichtlichen Sachaufklärungspflicht weitere Gutachten nicht eingeholt werden müssen". Das Gericht fühlt sich offenbar durch die bislang fast einhundertstündige Anhörung ausreichend informiert.

Vorsitzender Richter Jürgen Feist meinte: „Sollte die Kammer zu dem Ergebnis kommen, daß die Beweiserhebung zu einem der mit den bisherigen Anträgen erfaßten Streitpunkte notwendig ist, so ergebe sich damit, daß bei Erteilung der ersten Teilgenehmigung unvollständig oder fehlerhaft gearbeitet worden ist. Insoweit müßte dann eine Aufhebung der Teilgenehmigung ausgesprochen werden." Jedenfalls könne das Gericht, „das mit umfangreichen technischen und wissenschaftlichen Untersuchungen durchgeführte Vorverfahren nicht durch eigene Maßnahmen heilen", stellte der Kammervorsitzende fest.

Die erste Genehmigung war am 25. Oktober 1976 vom schleswig-holsteinischen Sozialminister sowie dem Minister für Landwirtschaft und Verkehr mit einer Erlaubnis zum Sofort-Vollzug – dem Baubeginn – erteilt worden. Die Genehmigung umfaßt die Aufspülung des Geländes in Brokdorf bis zur Herstellung der Pfahlkopfplatte des Reaktorgebäudes.

Am Montag (14.00 Uhr) soll vor Gericht über die Anfechtungen der 260 Kläger umfassenden Gruppe um den Wissenschaftler Walther Soyka (Bremen) abschließend verhandelt werden. Mit der Verkündung des Urteils rechnen Prozeßbeobachter erst Anfang 1980.

S. H. – Landesreit. 3. 12. 79

SPD-Spitze rechnet mit Mehrheit für Kernenergie

Die Bürgerinitiativen drohen . . .

Hamburg (dpa) Nach Ansicht führender SPD-Politiker wird sich der Bundesparteitag in Berlin in der kommenden Woche mehrheitlich für den Ausbau der Kernenergie aussprechen. Der stellvertretende Parteivorsitzende Hans Koschnick hat in einem Zeitungsinterview („Welt am Sonntag)") eine 60-Prozent-Mehrheit vorausgesagt. Auch Parteichef Willy Brandt rechnet nicht mit einer Ablehnung des vom Vorstand eingebrachten Leitantrages.

Nach Ansicht des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) verliert eine „SPD auf Atomkurs" endgültig die Dialogfähigkeit mit den Bürgern, die sich gegen die zivile und militärische Nutzung der Atomenergie wenden. Die BBU-Mitgliederversammlung forderte in Mainz die SPD-Delegierten in Berlin auf, „endgültig den Ausstieg aus der Atomenergienutzung zu beschließen".

Der BBU-Schleswig-Holstein hat für den Fall Großdemonstrationen angekündigt, daß das Kernkraftwerk Brokdorf weitergebaut und das Kernkraftwerk Brunsbüttel wieder in Betrieb genommen wird. Bei einem Landeskongreß in Brunsbüttel wurde deutlich, daß die Kernkraftgegner bei neuen Aktivitäten an beiden Orten nicht untätig bleiben wollen. Das Urteil im Schleswiger Brokdorf-Prozeß um die Anfechtung der ersten Teilgenehmigung wird wahrscheinlich noch in diesem Jahr fallen, kündigte der vorsitzende Richter des Verwaltungsgerichts an.

S. H. – Landesreitung 4. 12. 79

Am Ende Brokdorf fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit

Vermutlich in 14 Tagen soll in Schleswig das Urteil vorliegen

Schleswig (hr) Die öffentliche Verhandlung im Schleswiger Brokdorf-Verfahren ist abgeschlossen. Gestern lehnte die 10. Kammer des Verwaltungsgerichts die im bisherigen Prozeßverlauf von der Klägergruppe Soyka/Bohlinger gestellten Beweisanträge – wie schon am Freitag die Anträge der Gruppe Günnemann – ab, weil es, so der Vorsitzende Richter Jürgen Feist, auf die Beweiserhebung bei der Entscheidungsfindung „nicht ankommt".

Feist hatte im übrigen angedeutet, daß eventuell doch noch in diesem Jahr das Urteil gesprochen wird; die Kammer werde sich bemühen, innerhalb von 14 Tagen eine Entscheidung zu treffen.

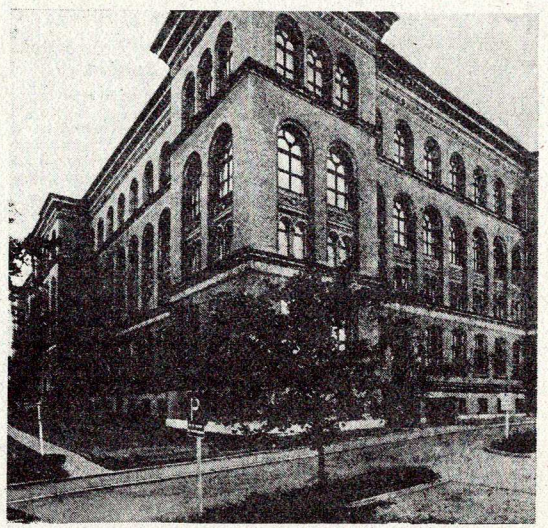
Die äußeren Umstände des letzten Verhandlungstages unterschieden sich erheblich von denen des Auftaktes der zweiten Runde: eine einzige Zuhörerin und drei Journalisten „bevölkerten" den Plenarsaal des Oberlandesgerichts. Auch die Zahl der Prozeßbeteiligten war erheblich reduziert: Vater Soyka hatte Sohn und Schwiegersohn den Rest der Verhandlungsführung überlassen, und auch Beklagte und Beigeladene waren nur noch in einer „Mindestbesetzung" vertreten.

Was sich dann allerdings im Gerichtssaal abspielte, ähnelte doch wieder dem, was man schon gewohnt war, wenn die Gruppe Soyka „am Zuge" war. Nachdem Kammervorsitzender Feist die 25 Anträge dieser Gruppe aufgeführt und ihre Ablehnung einzeln begründet hatte, sah sich der Kläger Bohlinger zu einer langatmigen Erklärung vorwiegend politischen Inhalts veranlaßt, um dem Gericht zu erläutern, warum er auf einen Befangenheitsantrag verzichte. Nach einer kurzen Beratungspause stellte sich Bohlinger einem weiteren Beweisantrag, den die Kammer jedoch ebenfalls ablehnte.

Bei dem sich anschließenden Versuch, gemeinsam den Klageantrag der Soyka-Gruppe zu formulieren, erwies es sich erneut als großer Nachteil, daß die Prozeßbevollmächtigten dieser Gruppe – gestern Bohlinger und Soyka junior – juristische Laien sind. Alle drei Berufsrichter und zeitweise sogar die Anwälte der Beklagten gaben sich redlich Mühe, den Klägern einzelne Bestimmungen der Verwaltungsgerichtsordnung zu erläutern, und so kam schließlich nach einiger Zeit doch noch eine Antragsformulierung zustande, die von den Klägern akzeptiert wurde.

Anschließend legten Soyka junior und Bohlinger in ihren Plädoyers noch einmal ihre in den bisherigen Verhandlungstagen vorgebrachten Ansichten dar.

Rechtsanwalt Dr. Peter, einer der Prozeßbevollmächtigten der beklagten Landesministerien, bezeichnete den letzten Verhandlungstag als eine Farce und wies gleichzeitig auf die den Klägern entstandenen nicht unerheblichen Prozeßkosten hin.



Schauplatz des Brokdorf-Prozesses: das Gerichtsgebäude in Schleswig
Foto: Habbe

Brokdorf-Prozeß schleppt sich weiter

Befangenheitsantrag gegen Richter

Schleswig, 27.11. (taz). Nachdem es am ersten Tag der neuen Verhandlungsrunde schon erhebliche Verzögerungen gegeben hat, konnte auch heute der Prozeß nicht so durchgeführt werden, wie es sich der Vorsitzende Richter Feist vorgestellt hat. Schuld war er wieder einmal selbst.

Hatte er am Montag das Hauptsachverfahren um die erste Teilerrichtungsgenehmigung des Atomkraftwerks Brokdorf wegen der „unruhigen" Öffentlichkeit unterbrochen, so wurde er heute dazu durch einen Befangenheitsantrag der Klägerseite gezwungen.

Feist hatte zu Beginn des Verhandlungstages kritisiert, daß wegen der langen Ausführungen der Klägerbeistände, die zudem auch noch „erheblich neben der Sache" - der Erörterung des Begriffs „Stand von Wissenschaft und Technik" - lagen, wertvolle Zeit verloren gegangen sei. Daraufhin stellte Rechtsanwalt Günnemann, der die 4 Gemeinden und 9 Einzelkläger aus der Wilstermarsch vertritt, einen Befangenheitsantrag gegen Feist und die ganze Kammer. Nach der Ablehnung des Antrags wollte Feist dann ohne Umschweife in die Sacherörterung eintreten. Aber die Kläger wollten erst den Vorwurf eindeutig vom Tisch haben. Da auch die betroffenen Beistände ungefragt in diesen Disput eingriffen, und so etwas tut man vor Gericht eben nicht, zog sich die Kammer zurück und verkündete ihren Beratungsbeschluß: bei erneuter Störung durch dei Beistände würden diese vom Prozeß ausgeschlossen. Nachdem der Unterbrechungsantrag der Kläger ebenso vom Tisch gefegt wurde, verließen Kläger, Beistände und Anwalt den Großen Sitzungssaal des Schleswiger Verwaltungsgerichts. Als sie eine halbe Stunde später wieder zurückkamen, waren wieder einmal 2 für Feist doch so wertvolle Stunden vergangen.

Den Rest des Tages stritt man sich dann um den Begriff „Stand von Wissenschaft und Forschung". Die beklagten Betreiber vertraten die Auffassung, daß für dieses Verfahren di Erkenntnisse von 76, dem Jahr der Genehmigung, zu gelten habe, nicht der Neueste Stand. Daß sie damit allerdngs im Widerspruch zu ihrer eigenen Prozeßführung stehen, haben sie gar nicht gemerkt. In der ersten Verhandlungrunde Anfang Oktober gab der Strahlengutachter nämlich zu, daß die damalige Untersuchung nicht ausreichte, schob eine spätere nach und zitierte fleißig aus der neueren Untersuchung. Ob die Kammer das wohl auch gemerkt hat?

Die Kläger sehen allerdings nach den zahlreichen Störfällen in Atomtechnischen Anlagen es für zwingend notwendig an, den neuesten Stand von Wissenschaft und Technik zur Bewertungsgrundlage zu machen.

taz 29.11.79

Brokdorfprozeß

Brennstäbe nach Großbritannien

Schleswig, 28.11. (rtr). Die abgebrannten Brennstäbe aus dem geplanten Kernkraftwerk Brokdorf an der Unterelbe sollen nach Auskunft der schleswig-holsteinischen Genehmigungsbehörde in Großbriitannien gelagert werden. Im Prozeß um die erste Teilerrichtungsgenehmigung für das Kraftwerk vor dem Verwaltungsgericht in Schleswig teilte ein Sprecher der Behörde am Mittwoch mit, die Kernkraftwerk Brokdorf GmbH habe mit einem britischen Aufbereitungsunternehmen einen Optionsvertrag abgeschlossen, der die Abnahme der Brennelemente sichere. Zusätzlich sei bereits im September ein Antrag auf Einrichtung eines Kompaktlagers am Reaktor gestellt worden, das auf zehn Jahre ausgelegt sei. Später könnten die Brennstäbe auch in externen Zwischenlagern untergebracht werden, die nach Ansicht des Sprechers dann „mit Sicherheit" fertiggestellt weien.

taz 30.11.79

SPD Schleswig-Holstein:

Schweigende Mehrheit für AKW's

Kiel, 29.11. (taz) Das Vorstandsmitglied der Nordwestdeutschen Kraftwerksunion Schwalbach, nebenbei Bezirkschef der ÖTV, das Vorstandsmitglied des DGB Brinkmann und weitere 59 SPD-„Genossen", unter ihnen zahlreiche Betriebs- und Personalratsvorsitzende, bilden die schweigende Mehrheit der Nordlichter. Sie haben jetzt endlich den mutigen Entschluß gefaßt, an die Öffentlichkeit zu treten. Sie seien auf dem SPD-Landesparteitag nicht ausreichend vertreten gewesen, meinen sie. Deshalb wenden sie sich nun direkt an den großen Macher in Bonn, den Bundeskanzler. Ihre Motive sind: „Eine Politik die Arbeitsplätze gefährdet, jede Hilfe für die Dritte Welt unmöglich macht (hört, hört!!) und unter Umständen den erreichten Lebensstandard nachhaltig beeinträchtigt, hat weder Aussicht auf Erfolg, noch kann man sie vertreten."

So verstehen sie Politik: erstens ist wichtig, was Aussicht auf Erfolg hat, zweitens, was vertretbar ist.
Die schweigende Menrheit aus dem Norden wünscht dem Macher in Bonn abschließend gutes Gelingen für seine Atompläne.

taz 30.11.79

Zehnter Prozeßtag in Schleswig:

Gericht lehnt die Beweisanträge der Brokdorf-Kläger ab

dpa, **Schleswig**

Am zehnten Tag im Schleswiger Brokdorf-Prozeß hat das Gericht das gesamte Antragspaket der Kläger gegen das geplante Kernkraftwerk Brokdorf an der Unterelbe abgelehnt. In dem Prozeß geht es um die Anfechtung der ersten Teilerrichtungsgenehmigung für das Kraftwerk.

Die Zehnte Kammer des schleswig-holsteinischen Verwaltungsgerichts begründete die Ablehnung der insgesamt 28 Beweisanträge der Kläger! (vier Gemeinden und zehn Einzelpersonen) gestern damit, daß es dem Gericht auf die beantragte Beweiserhebung — Gutachten über die Kernenergie — „nicht ankommt". Mit diesen Gutachten wollten die Kläger beweisen, daß die Verwirklichung der Gesamtkonzeption der Kernenergie nicht nur für Brokdorf, sondern für die gesamte Bundesrepublik eine große Gefahr darstelle und die Atomenergie außerdem wirtschaftlich nicht notwendig sei.

Heftige Vorwürfe erhoben die Kläger in der Frage der Entsorgung. „Die Situation ist katastrophal", sagte Rechtsanwalt Winfried Günnemann (Hamburg). Weder die kurzzeitige Kompaktlagerung noch die Zwischenlagerung und erst recht nicht die Endlagerung von abgebrannten Kernstäben sei möglich, da der Atommüll niemals mit völliger Sicherheit außerhalb der Biosphäre untergebracht werden könne.

Nach Auffassung der Zehnten Kammer des Verwaltungsgerichts sind die Beweise der Kläger deshalb unerheblich, „weil zur Erfüllung der gerichtlichen Sachaufklärungspflicht weitere Gutachten nicht eingeholt werden müssen". Das Gericht fühlt sich offenbar durch die bisherige Anhörung — rund 100 Stunden — ausreichend informiert.

Vorsitzender Richter Jürgen Feist sagte: „Sollte die Kammer zu dem Ergebnis kommen, daß die Beweiserhebung zu einem der mit den bisherigen Anträgen erfaßten Streitpunkte notwendig ist, so ergebe sich damit, daß bei Erteilung der ersten Teilgenehmigung unvollständig oder fehlerhaft gearbeitet worden ist. Insoweit müßte dann eine Aufhebung der Teilgenehmigung ausgesprochen werden." Jedenfalls könne das Gericht, „das mit umfangreichen technischen und wissenschaftlichen Untersuchungen durchgeführte Vorverfahren nicht durch eigene Maßnahmen heilen", hob der Kammervorsitzende hervor.

Die erste Genehmigung war am 25. Oktober 1976 vom schleswig-holsteinischen Sozialminister sowie dem Minister für Landwirtschaft und Verkehr mit einer Erlaubnis zum Sofort-Vollzug des Baubeginns erteilt worden.

Am kommenden Montag soll vor Gericht über die Anfechtungen der 260 Kläger umfassende Gruppe um den Wissenschaftler Walther Soyka (Bremen) abschließend verhandelt werden. Die Verkündung des Urteils wird erst Anfang 1980 erwartet.

Welt 1.12.79

Drei-Tage-Schlacht um Brokdorf beginnt

FRIEDHELM CASPARI, **Brokdorf**

Nach einer Unterbrechung von 50 Tagen wird am kommenden Montag in Schleswig die zweite Runde des Hauptverfahrens um die Anfechtung der ersten Teilbaugenehmigung für das Kernkraftwerk Brokdorf eingeläutet.

Die X. Kammer des schleswig-holsteinischen Verwaltungsgerichts wird im Plenarsaal des Oberlandesgerichts verhandeln. Zunächst sollen noch einmal die Klagebefugnisse von vier Gemeinden um Brokdorf und neun Bürgern aus diesem Bereich sowie der restlichen mehr als 250 Kläger aus der übrigen Bundesrepublik und dem Ausland erörtert werden. Beschlossen hat die Kammer bereits, daß über die Klägerkomplexe getrennt verhandelt werden soll.

Die Abgrenzung dürfte auch für Prozeßbeobachter den Vorteil haben, daß mehr Klarheit ins „Klägerlager" kommt. Die Gemeinden und neun Bürger werden nämlich von Rechtsanwälten vertreten, während die übrige, fast undefinierbare Klägermasse durch den Politologen Walther Soyka bevollmächtigt repräsentiert ist. Soyka stammt aus Österreich und leitet in Bremen das „Institut für biologische Sicherheit".

Wie aus der weiteren Tagesordnung hervorgeht, wird dann über den Umfang debattiert, in dem das Gericht das gesamte Brokdorf-Projekt überprüfen muß. Schließlich soll neben den Standortfragen auch das Problem der Entsorgung zur Sprache kommen. Die offene Frage der Atommüll-Verwertung und Endlagerung war der Grund für den vorläufigen Baustopp in Brokdorf.

Ob die juristische „Schlacht um Brokdorf" innerhalb der drei geplanten Verhandlungstage beendet werden kann, ist mehr als fraglich.

Welt 23.11.79

Der Rote Elefant war zu klein für Brokdorf-Prozeß

BERND LAMPE, **Schleswig**

Erst nach dem Einsatz einer Polizeihundertschaft im Gebäude des schleswig-holsteinischen Verwaltungsgerichts konnte gestern in Schleswig der Brokdorf-Prozeß nach einer Unterbrechung von 50 Tagen fortgesetzt werden.

Schon zu Verhandlungsbeginn um 10.00 Uhr drohte der große Sitzungssaal im „Roten Elefanten", wie von der Bevölkerung das Backsteingebäude genannt wird, aus allen Nähten zu platzen. Unter Beifall vieler Kernkraftwerksgegner stellte der Vertreter der Kläger, der Hamburger Rechtsanwalt Winfried Günnemann, fest: „Ich fühle mich in die Ecke gedrängt, zwölf meiner Kläger finden keinen Platz." Der Vorsitzende der X. Kammer, Richter Jürgen Feist, bezweifelte zwar, „ob die Konstruktion des Saales" mehr als 150 Personen tragen könne, dennoch ließ er auf Drängen Günnemanns weitere 40 Zuhörer in den stuckverzierten Saal. Unter ihnen befand sich auch Schriftsteller Günter Grass, der im Kreis Steinburg (Itzehoe), wo das 1300 Megawatt große Kernkraftwerk gebaut werden soll, ein Bauernhaus besitzt. Er hatte mit einer Pressekarte Einlaß erhalten und machte sich eifrig Notizen.

Als Kernkraftgegner versuchten, an der Stirnseite des Saales ein Transparent mit der Aufschrift „Gerichtsurteile machen AKWs nicht sicher" zu befestigen, und die Verhandlung immer massiver durch Klatschen und Zwischenrufe gestört wurde, forderte Feist alle Zuhörer auf, den Saal zu räumen. Die meisten Kernkraftwerksgegner weigerten sich jedoch, den Saal zu verlassen, und räumten erst das Feld, als sich eine Polizeihundertschaft auf den Fluren vor dem Saal postierte.

Schon vor einigen Tagen hatten Kernkraftgegner auf Flugblättern die Parole verbreitet: „Bereitet Euch alle darauf vor, Schleswig in eine Anti-AKW-Stadt zu verwandeln." Durch die Flure des fast 100 Jahre alten Gerichtsgebäudes hallte dann auch der Schlachtruf der Demonstranten: „Wehrt euch, leistet Widerstand gegen die AKWs im Land, schließt euch fest zusammen!"

Erst mit zweieinhalbstündiger Verspätung konnte die Verhandlung schließlich fortgesetzt werden, nachdem für die meisten Kläger und Zuhörer neue Eintrittskarten ausgegeben wurden. Die Vertreter der Atomkraftgegner, die Anwälte der beklagten Kieler Landesregierung und die „Beigeladenen" der Hamburger Elektrizitätswerke und der Kraftwerk Union stritten sich darüber, ob die vier klagenden Gemeinden überhaupt berechtigt seien, den Bau des Kernkraftwerks Brokdorf gerichtlich anzufechten.

Schon zu Beginn der Hauptverhandlung Anfang Oktober hatte Richter Feist den Prozeß als „eine Etappe auf dem Wege zur Wahrheitsfindung" im Streit um die Errichtung von Atomkraftwerken bezeichnet. Das Gericht hatte damals den Verhandlungsort ins benachbarte „Ballhaus Hohenzollern" verlegt. In vier Mammutsitzungen von je zehn Stunden schälten sich im Oktober zwei Elementarfragen in diesem Gerichtsstreit heraus: Ob der Standort des Kernkraftwerks Brunsbüttel an der Unterelbe richtig gewählt worden sei, und ob die Genehmigung von Bauteilen — wie die Pfahlgründung, die Fundamente des Reaktors und die Entwässerung — rechtmäßig sei.

Im Februar 1977 hatte das Verwaltungsgericht Schleswig auf die Klage der Gemeinden und rund 270 Einzelkläger hin die Teilerrichtungsgenehmigung der Kieler Landesregierung vom Oktober 1976 gestoppt, weil die Entsorgung von radioaktiven Abfällen nicht sichergestellt sei. Dieses Urteil wurde vom Oberverwaltungsgericht Lüneburg im Oktober 1977 bestätigt. In der jetzigen Hauptverhandlung ist allerdings bisher das Entsorgungsproblem noch nicht angesprochen worden.

taz 27.11.79

Schleswig

Brokdorf-Prozeß fortgesetzt

Schleswig, 26.11. (rtr). Von Zwischenfällen begleitet begann am Montagvormittag vor der 10. Kammer des Verwaltungsgerichts Schleswig der zweite Teil der Hauptverhandlung um die erste Teilgenehmigung für das geplante Atomkraftwerk Brokdorf an der Unterelbe. Die Kammer will über die Klagen von drei Gemeinden und qwölf Einzelklägern aus der Nachbarschaft des Baugebietes entscheiden, die die Rechtmäßigkeit von Standortentscheidung sowie die Sicherheit der Entsorgung anzweifeln. Von Mittwoch an soll über die Klagen von weiteren 230 Einzelklägern beraten werden.

Eine Stunde nach Prozeßbeginn ließ der Kammervorsitzende nach mehrer Störungen den Saal räumen. In Sprechchören hatten Gruppen der rund 100 Zuhörer den Umzug in einen größeren Saal außerhalb des Gerichtsgebäudes gefordert, damit auch 50 vor dem Gebäude wartende Interessenten an den Verhandlungen teilnehmen könnten. Außerdem hatten sie an der Wand des Gerichtssaals ein Transparent befestigt, daß die Aufschrift trug: „Gerichtsurteile machen Kernkraftwerke nicht sicher". Nach der Räumung des Gerichtssaales weigerte sich ein Teil der Kläger, weiter an der Verhandlung teilzunehmen.

Welt 27.11.79

Verhandlungsende im Brokdorf-Prozeß

Aufhebung des Baustops erwartet

Kiel, 1.12. (taz) - Mit einem gerichtlichen Jogging endete der Prozeß um die Rechtmäßigkeit der Teilerrichtungsgenehmigung des AKW Brokdorf am Freitag vor dem Verwaltungsgericht in Schleswig. Anlaß war der poltisiche Protest im Schlußwort eines der wissenschaftlichen Beistände der Klägergruppe, die sich aus vier Nachbargemeinden Brokdorfs und neun Einzelklägern zusammensetzt. Er hatte die politische Verantwortlichkeit von Betreibern, Landesregierung und des zu entscheidenden Verwaltungsgerichts betont, da mit einer Aufhebung des Baustops jetzt gerechnet werden muß.

„Und das dies sicher nicht angenehm werden wird" - über diese, so das Gericht in seiner zweiten Entscheidung als „möglicherweise im historischen Rahmen gemachte Äußerungen", gab es erhebliche Auseinandersetzungen. Zunächst hatte das Gericht den Saal verlassen und kam nach längerer Beratungspause mit einem Beschluß zurück, der den Ausschluß des Beistandes und eine staatsanwaltliche Ermittlung unter anderem wegen Nötigung beinhaltete. Nach dem Protest von Rechtsanwalt Günnemann und des beinahe sofort Ausgeschlossenen gegen die Wiedergabe seiner Äußerung im Protokoll, zog sich das Gericht erneut zurück. Der Beschluß der Strafverfolgung wurde aufgehoben, ebenso der Ausschluß vom Verfahren. Das Gericht sicherte sich durch Protokollaufnahme per Tonband jedes weitere Schlußwort der Kläger. Doch jetzt zog die Gegenseite, Landesregierung und AKW-Betreiber erst mal aus dem Saal, um bei ihrer Rückkehr ihre „Empfindung" zu Protokoll zu geben, daß sie die oben zitierte „Unannehmlichkeit" als Bedrohung und Nötigung auffasse. Sie durften dies - nach erneuter Gerichtsberatung - auch protokollarisch so empfinden.

Klägeranträge zurückgewiesen

Auslöser und Hintergrund der persönlichen Stellungnahmen der Kläger war der am Nachmittag gefallene Gerichtsbeschluß, keine weiteren Beweisanträge zuzulassen. Diese Anträge bezogen sich hauptsächlich auf die ungesicherte Lagerung des nach Betriebsbeginn anfallenden Atommülls. Die Betreiber verwiesen auf ihre Anträge auf ein Abklingbecken im AKW Brokdorf, auf die geplanten Zwischenlager und auf die vertragsreife Endlagerung bzw. Wiederaufbereitung der Brennstäbe in Großbritannien, womit die staatliche stillgelegte Anlage in Windscale gemeint ist. Juristisch geht es bei diesem Prozeß nur um die erste Teillerrichtungsgenehmigung und nicht um die endgültige Betriebsgenehmigung, bei der dann das Entsorgungskonzept erneut gerichtlich überprüft werden kann - so die Betreiber. So werden hier Fakten geschaffen. Denn mit einem gebauten AKW kann leichter eine Betriebsgenehmigung erreicht werden, als mit einem geplanten AKW, dessen Atommüllentsorgung „erst mal" nur bis 1995 gesichert sein braucht. In der Baustopentscheidung des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg war 1977 der Rahmen der jetzigen Hauptverhandlung abgesteckt worden, der jetzt keine ernsthafte Überprüfung des Entsorgungskonzepts durch die Kläger mehr möglich machte. Bedingung der Aufhebung des Baustopps, so das OVW Lüneburg, sei ein prüffähiger Antrag für ein Zwischenlager und die Einleitung der geologischen Untersuchung für ein Endlager. Diesen juristischen Kriterien ist nach Beklagtenmeinung Genüge getan worden, die absolute Sicherheit aller Entsorgungsstufen brauche den Klägern nach der Ablehnung weiterer Gutachter und Beweisanträge nicht mehr bewiesen werden.

Gerichtsvertrauen verloren

Bürgermeister Sachse, Vertreter der klagenden Nachbargemeinde Wewelsfleth, verwies dann auch darauf, daß das Gericht sich mit der Ablehnung weiterer Beweisanträge zu einer Art juristischem TÜV mache und er sein damaliges Vertrauen auf Gerichtsentscheide heute nicht mehr habe. Auch alle anderen Kläger betonten ihre Betroffenheit und ihr Unverständnis über die Nichtzulassung weiterer Gutachten, denn daß ein unabhängiges Gericht Gegengutachten grundsätzlich ablehnt, wollten viele bis zuletzt nicht glauben. Dennoch war man sich auf der Klägerseite schnell einig, daß der Widerstand gegen das geplante AKW Brokdorf nicht mit der erwarteten Aufhebung des Baustops im Gerichtssaal verenden wird. „Gerichtsentscheide machen AKW's nicht sicherer" - so lautete ein im Gerichtssaal am Montag aufgehängtes Transparent. Das war auch, trotz unterschiedlicher politischer Standpunkte der Kläger das verbindende Element in den Schlußworten der Bewohner der Wilster Marsch. Das Urteil wird den Prozeßbeteiligten schriftlich zugestellt, möglicherweise erst im Januar. Heute jedoch tagen in Brunsbüttel bereits Bürgerinitiativen, um das weitere Vorgehen zu beraten.

Eine Zusammenfassung und Einschätzung des Brokdorf-Prozesses erscheint in Kürze im Prozeß-Info 7, herausgegeben von der Vorbereitungsgruppe der BUU Hamburg (autonomes Plenum). Es kann bestellt werden: Brokdorf-Prozeß-Gruppe, c/o BUU-Laden, Lutterothstr.33, 2 Hamburg 19

taz 3.12.79

Bald wieder Demonstrationen in Brokdorf?

scho Hamburg/Brunsbüttel — An der Unterelbe kündigen sich wieder Demonstrationen gegen Atomkraftwerke an.

Auf einer Landeskonferenz in Brunsbüttel waren sich die Umweltschutz-Bürgerinitiativen darüber einig, eine Wiederinbetriebnahme des Störfall-Reaktors in Brunsbüttel und einen Weiterbau in Brokdorf nicht ohne weiteres hinzunehmen.

Gegen das Kernkraftwerk Brunsbüttel läuft zur Zeit eine Unterschriften-Aktion, die Mitte Dezember im Rahmen von „Aktionstagen" in Kiel zu Ende geht.

Was in Brokdorf geschehen soll, hängt vom Ausgang des Verwaltungsgerichts-Prozesses in Schleswig ab, der heute zu Ende geht. Eine mögliche Abweisung der Klagen von vier Gemeinden und rund 260 Einzelpersonen hätte die Aufhebung des vor drei Jahren ausgesprochenen Baustopps zur Folge.

In diesem Fall soll in Brokdorf wieder demonstriert werden. Auch eine Bauplatzbesetzung schließen die Bürgerinitiativen nicht aus.

Mopo 3.12.79

(19)

WELT 4.12.79

Im Brokdorf-Prozeß trat ein „Staatswissenschaftler" auf

BERND LAMPE, **Schleswig**

Haarspaltereien statt Kernspaltung prägten die 10tägige Beweisaufnahme im Brokdorf-Prozeß vor der X. Kammer des Verwaltungsgerichts in Schleswig, die gestern beendet wurde. Platzte der große Plenarsaal im Schleswiger Gerichtsgebäude zu Beginn der 2. Verhandlungsrunde über das Für und Wider des 1300 Megawatt großen Kernkraftwerks wegen des großen Zuhörerandrangs noch aus allen Nähten, nahm gestern gerade noch ein Zuschauer auf einem der rund 150 Stühle Platz.

Lautstark hatte der Hamburger Anwalt Winfried Günnemann gegen einen „Ausschluß der Öffentlichkeit" protestiert, als einmal 30 Zuhörer wegen Überfüllung keinen Zutritt fanden. Breit angelegte Diskussionen über den Erkenntnisstand der Wissenschaft mußte jedoch auch den hartgesottensten Atomkraftgegner auf Dauer ermüden.

In der Sache brachte der Prozeß wenig Neues über die Standortfrage oder die Baumodalitäten des Atommeilers; war doch schon alles im ersten Prozeß im Oktober vor zwei Jahren gesagt worden. Über die entscheidende Frage der Entsorgung radioaktiven Mülls, der 1977 das Gericht bewog, einen Baustopp zu verfügen, wurde nur erstaunlich kurz verhandelt.

Vergeblich versuchten die Kläger das Gericht mit einer Flut von Beweisanträgen zu überschwemmen, um die Richter aufs wissenschaftliche Glatteis zu führen. Vor allem der selbsternannte „Staatswissenschaftler" Walther Soyka vom obskuren „Institut für biologische Sicherheit" in Bremen, der 260 Einzelkläger vertritt, strapazierte als Nicht-Jurist die Nerven der Prozeßbeteiligten.

Den Richtern dürfte es bei ihrem Urteil nicht leichtfallen, sich von den Aggressionen freizumachen, die ihnen unverhüllt entgegengebracht wurden. Das Urteil soll noch in diesem Monat fallen.

WELT 13.12.79

Burgfrieden in der Kieler SPD über Kernkraft

BERND LAMPE, **Kiel**

Der Landesvorsitzende der schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten, Günther Jansen, und der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Klaus Matthiesen, haben im Streit über die Kernenergie Burgfrieden geschlossen. In einer gemeinsamen Erklärung betonten die beiden SPD-Landespolitiker, daß sie das energiepolitische Konzept, das auf dem Parteitag in Berlin beschlossen wurde, auch im nördlichsten Bundesland gemeinsam vertreten wollen.

Auf dem Parteitag der schleswig-holsteinischen SPD im Oktober hatte Jansen mit großer Mehrheit einen „politisch gewollten" Ausstieg aus der Kernenergie durchgesetzt, u. a. mit der Forderung, daß das nahezu fertiggestellte Kernkraftwerk Krümmel/Elbe nicht mehr in Betrieb genommen wird. Matthiesen war der große Verlierer.

Die Diskussion über die Energiepolitik soll allerdings im nördlichsten Bundesland offengehalten werden. In der gemeinsamen Erklärung hieß es nämlich: „Der Landesvorstand ist einhellig der Auffassung, daß der Berliner Beschluß allen politisch engagierten Bürgern die Möglichkeit gibt, in der SPD über die richtige Energiepolitik der Zukunft zu diskutieren und mitzuentscheiden."

Auch werde der 1977 auf dem Hamburger SPD-Parteitag gefaßte Beschluß, die Kernenergie für die Energieversorgung kurz- und langfristig zu nutzen bzw. auf sie zu verzichten, „weiterhin offengehalten". Das Kernkraftwerk Krümmel sollte zwar unter bestimmten Bedingungen eine Betriebsgenehmigung erhalten, doch sei für die Errichtung neuer Kernkraftwerke in Norddeutschland „mittel- und langfristig kein Bedarf".

Gericht: In Brokdorf darf gebaut werden

rtr/dpa, **Schleswig/Landshut**

Das schleswig-holsteinische Verwaltungsgericht in Schleswig hat gestern nach dreijährigem Rechtsstreit die Klagen von vier Gemeinden und mehr als 250 Einzelklägern gegen das geplante Kernkraftwerk in Brokdorf zurückgewiesen. Der Baustopp für die Anlage bleibt jedoch bestehen, bis das Urteil Rechtskraft erlangt.

Die Regierung von Niederbayern hat gestern das Raumordnungsverfahren für ein zweites, vier Milliarden Mark teures Kernkraftwerk in Ohu bei Landshut abgeschlossen. Baubeginn soll 1982 sein.

15.12.79
WELT

Der Baustopp für Brokdorf hat schon 100 Millionen gekostet

BERND LAMPE, **Kiel**

Frohlocken über das Urteil des Schleswiger Verwaltungsgerichts, den Baustopp für das Kernkraftwerk Brokdorf an der Unterelbe aufzuheben, will sich bei der Kieler Landesregierung nicht einstellen. Regierungssprecher Arthur Rathke erklärte zwar, die Entscheidung habe bewiesen, „daß die Rechtsauffassung der Landesregierung zutreffend ist", doch von einem Baubeginn kann noch nicht die Rede sein. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Die vier klagenden Gemeinden und 250 Kläger haben Berufung angekündigt.

Die Landesregierung will jetzt, wie Rathke ankündigte, vor Baubeginn klären, ob die Bundesregierung dieses Projekt weiter unterstützen will. Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg (CDU) fühlte sich nämlich von der Bundesregierung schon Anfang dieses Jahres im Stich gelassen, nachdem führende SPD-Politiker im schleswig-holsteinischen Landtagswahlkampf die Notwendigkeit dieses Kernkraftwerks bezweifelten.

In der Erklärung der Kieler Landesregierung zum jüngsten Gerichtsentscheid hieß es deshalb, man werde unverzüglich „klären, ob die sachlichen und politischen Voraussetzungen für die Realisierung des Projekts und die Durchführung des Energieprogramms der Bundesregierung gegeben sind".

Dafür hat Stoltenberg monatelang Zeit, da in der Berufungsverhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht Lüneburg die Anhörung, die in der Hauptverhandlung zehn Tage dauerte, noch einmal abgehalten werden muß.

Das Tauziehen um das geplante Kernkraftwerk läuft seit Jahren. Nach der Entscheidung der Landesregierung für den Standort Brokdorf vom Oktober 1973 begannen nach langwierigen behördlichen Verfahren wegen zahlloser Einsprüche im Oktober 1976 unter Polizeischutz die Bauarbeiten. Zehntausende demonstrierten Ende 1976 am Baugelände. Schwere Zusammenstöße zwischen Demonstranten und der Polizei forderten dabei zahlreiche Verletzte auf beiden Seiten.

Am 15. Dezember 1976 verfügten die Verwaltungsrichter in Schleswig einen vorläufigen Baustopp, der im Februar 1977 bestätigt wurde. Der VII. Senat des Lüneburger Verwaltungsgerichts legte fest: Der Baustopp solle so lange bestehenbleiben, „bis ein prüffähiger Antrag für ein Zwischenlager zur Lagerung abgebrannter Brennelemente gestellt und geologische Untersuchungen zum Nachweis der Eignung eines bestimmten Standorts für die Endlagerung radioaktiver Abfälle eingeleitet sind".

Seit dem Baustopp von 1976 sind nach Angaben eines Sprechers der NWK bisher mehr als 100 Millionen Mark „effektive Kosten" entstanden. Die NWK planen inzwischen für eine Übergangszeit ein Kohlekraftwerk mit 600 bis 700 Megawatt.

(20)

FR. 15.12. 79

Gericht weist Brokdorf-Klagen ab

Kiel will politische Voraussetzungen für Bau des Kernkraftwerks prüfen

Von unserem Korrespondenten Karsten Plog

HAMBURG, 14. Dezember. Die Klagen gegen die im Oktober 1976 von der Kieler Landesregierung erteilte erste Teilgenehmigung für den Bau des Kernkraftwerks Brokdorf an der Unterelbe sind vom Verwaltungsgericht abgewiesen worden. Das Gericht benachrichtigte die Prozeßbeteiligten am Freitag telefonisch von dieser Tatsache. Die Begründung soll erst später zugestellt werden.

Die mündliche Verhandlung war am 3. Dezember nach zehntägiger Dauer beendet worden. Geklagt hatten vier Gemeinden aus der Nachbarschaft des geplanten Kernkraftwerkstandorts sowie insgesamt 260 Bürger aus dem In- und Ausland. Beklagt waren das schleswig-holsteinische Sozial- und Wirtschaftministerium.

Die gleiche Kammer des Verwaltungsgerichts, die jetzt die Kläger abwies, hatte am 9. Februar 1977 den mit der Teilgenehmigung angeordneten sofortigen Vollzug der Baumaßnahmen auf Grund der eingerichten Klagen aufgehoben. Das Gericht verhängte damals wegen der ungeklärten Entsorgung einen Baustopp bis zur Entscheidung in der Hauptsache. Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg bestätigte diese Entscheidung, gab aber zwei Hinweise, die auch bei der jetzigen Entscheidung eine Rolle gespielt haben könnten: ein Weiterbau in Brokdorf sei möglich, wenn ein prüfungsfähiger Antrag für ein Zwischenlager vorliege und die geologischen Untersuchungen für ein Endlager eingeleitet worden seien. Das Gericht könnte jetzt zu dem Schluß gekommen sein, daß die Vorbedingungen für den Baubeginn in Brokdorf heute erfüllt seien.

Noch ist offen, wie es an der Unterelbe weitergehen wird. Die Nordwestdeutschen Kraftwerke machten in einem ersten Kommentar am Freitag deutlich, daß ihrer Ansicht nach jetzt die rechtlichen Voraussetzungen für einen Weiterbau gegeben seien. Sie wollen aber offenbar zunächst Gespräche mit der Landesregierung aufnehmen und dabei prüfen, ob auch mit den weiter notwendigen Teilgenehmigungen zu rechnen ist. Die Kieler Landesregierung begrüßt das Urteil. Entsprechend ihrer Ankündigung in der Regierungserklärung vom Mai dieses Jahres wolle sie, so ein Sprecher, unverzüglich klären, ob die sachlichen und politischen Voraussetzungen für die Realisierung des Projekts und die Durchführung des Energieprogramms der Bundesregierung gegeben sind.

Es ist damit zu rechnen, daß die Kläger vor das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg gehen werden, und daß in Brockdorf zumindest so lange nichts geschieht, bis dieses Gericht oder später sogar die höchste Instanz gesprochen haben.

Der Sprecher der schleswig-holsteinischen SPD sagte zu dem Urteil, da zu erwarten sei, daß die Kläger den Rechtsweg weiter beschreiten werden, fordere die SPD, um weiteren Zeitverlust zu vermeiden, die Landesregierung auf, alternative Kohlekraftwerke an anderen Standorten in ihre Überlegungen einzubeziehen. Es sei bekannt, daß die Betreiber selbst an einer solchen Alternativplanung arbeiteten.

*

LANDSHUT (dpa). Die Regierung von Niederbayern schloß am Freitag das 1976 eingeleitete Raumordnungsverfahren für ein zweites Kernkraftwerk in Ohu bei Landshut (KKI II) positiv ab.

FR 17.12. 79

Bald Baubeginn in Brokdorf?

„Gericht stellte sich schon vorher auf Seite der Regierung"

Von unserem Korrespondenten

pl HAMBURG, 16. Dezember. Die Kläger gegen das geplante Kernkraftwerk in Brokdorf an der Unterelbe müßten damit rechnen, daß nach der Abweisung ihrer Klage durch das Verwaltungsgericht Schleswig schon bald mit dem Weiterbau begonnen wird. Diese Ansicht vertrat der Anwalt von vier klagenden Gemeinden und mehreren Einzelklägern, Winfried Günnemann aus Hamburg, am Wochenende in einer Stellungnahme zu dem Urteil.

Günnemann kritisiert insbesondere die Art, wie dieses Urteil am Freitag bekanntgegeben worden ist. Die Verwaltungsgerichtsordnung sehe nur eine Verkündung des Urteils in mündlicher Verhandlung oder aber eine Zustellung des schriftlichen Urteils vor. Beides sei nicht geschehen. Darüber hinaus sei zwingend vorgeschrieben, daß die Gründe bekanntgegeben werden, die zu einer Klageabweisung führten. Am Freitag waren die Betroffenen lediglich telefonisch davon informiert worden, daß die Klagen in allen Punkten auf Kosten der Kläger abgewiesen worden waren.

Der Anwalt vertritt in seiner Stellungnahme die Ansicht, das Gericht habe sich schon vorher eindeutig auf die Seite der beklagten schleswig-holsteinischen Landesregierung und der beigeladenen Kernkraftwerks-Betreiber gestellt. Das betreffe auch das zeitliche Vorgehen. So hätten die Betreiber auf ihren Antrag hin sofort einen Termin für eine mündliche Verhandlung bekommen, obwohl sich das Gericht vorher seit dem Baustopp-Beschluß des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg monatelang nicht gerührt habe.

Mit der jetzigen Bekanntgabe der Entscheidung gebe das Gericht den Beklagten und Beigeladenen einen deutlichen Hinweis, daß sie bereits jetzt mit dem Weiterbau beginnen könnten und nicht erst die langfristige Abfassung des schriftlichen Urteils abwarten müßten. Ein Antrag der Kläger auf die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung ihrer Klage sei gegenwärtig aussichtslos und müsse ins Leere gehen, „weil die Kläger immer noch nicht wissen, warum das Gericht von der Rechtmäßigkeit des Bescheides überzeugt ist".

WELT 17.12. 79

Klose zum geplanten Kraftwerk in Brokdorf

Zu Fragen der Energieversorgung hat Bürgermeister Hans-Ulrich Klose in einem Interview mit der „Welt am Sonntag" Stellung genommen. Klose meinte, „als Person" würde er im Augenblick keinen positiven Beschluß zum Bau des geplanten Kernkraftwerks Brokdorf fassen. Die Position der schleswig-holsteinischen SPD, die ein Kernkraftwerk in Brokdorf ablehnt, sei übrigens eindeutiger als die des Hamburger Senats. Die Rathaus-Regierung habe nach dem Vorfall in Harrisburg und mit Blick auf die noch nicht geklärte Entsorgungsfrage erklärt, daß für sie die Frage Brokdorf wieder offen sei. Der Bürgermeister meinte weiter, es sei ein Irrtum, zu glauben, man könne auf Kernenergie sofort verzichten. LR

WELT 15.12. 79

HEW und NWK nahmen erste Hürde im Hauptverfahren um das geplante Kernkraftwerk an der Unterelbe

Schon in fünf Jahren Strom aus Brokdorf?

K. T./hau, **Hamburg**

In der Auseinandersetzung um den Bau des Kernkraftwerks Brokdorf haben die Betreiber des geplanten Projekts juristisch die erste Stufe im Hauptverfahren genommen. Die Hamburgischen Electricitäts-Werke (HEW) und die Nordwestdeutschen Kraftwerke (NWK) äußerten sich in ersten Stellungnahmen positiv zu der Entscheidung des Schleswiger Gerichts.

Die HEW erklärten: „Wir begrüßen die Entscheidung des Verwaltungsgerichts, weil sie eine gute Ausgangsbasis für die Realisierung des ‚Projekts Brokdorf' darstellt. Über die Konsequenzen in sachlicher und politischer Hinsicht können wir uns aber erst äußern, wenn die Urteilsbegründung vorliegt."

Die NWK betonten gestern in Hamburg: „Wenn ir jetzt mit dem Bau beginnen würden, könnten wir Brokdorf noch in der zweiten Hälfte der 80er Jahre in Betrieb nehmen. Dafür wäre allerdings Voraussetzung, daß die weiteren fünf Teilerrichtungsgenehmigungen (TEG) zügig vorangetrieben würden. Die Entscheidung liegt jetzt wieder bei der Landesregierung in Kiel. Die beiden Stromerzeuger werden jedenfalls keine weiteren Millionenbeträge investieren, solange die weiteren Voraussetzungen weder politisch noch sachlich geklärt sind. Der Ausbau des Kernkraftwerks im Rahmen der ersten Teilerrichtungsgenehmigung lohnt allein nicht."

Ob sich die Kieler Landesregierung freilich für zügige Genehmigungen zum weiteren Ausbau des Kernkraftwerks erwärmen wird, ist vorerst ungewiß.

Noch immer gleicht die Baustelle in Brokdorf einer kleinen Festung: Wassergraben und Stacheldraht verhindern, daß ungebetene Besucher das Gelände betreten. FOTO: RUDOLF ALERT

Das Urteil des Verwaltungsgerichts hat Verwirrung ausgelöst: Während die NWK und die HEW davon ausgehen, daß sie jetzt vorläufig — wenigstens theoretisch — weiterbauen könnten, erklärte der Pressesprecher des Gerichts in Schleswig, daß der vom Oberverwaltungsgericht (OVG) Lüneburg angeordnete Baustopp „so lange bestehen bleibt", bis das Urteil rechtskräftig geworden ist.

Diese unterschiedliche Auffassung beruht auf einer anderen Auslegung des OVG-Spruches, den die Lüneburger Richter in einem Eilverfahren zum Thema Brokdorf erlassen haben.

Der Streit um dieses Kernkraftwerk wird gerichtlich auf zwei Ebenen behandelt. Im Hauptverfahren über die TEG verhandelt das Verwaltungsgericht Schleswig die Rechtslage, während im Eilverfahren mittlerweile das OVG Lüneburg zuständig war. Dabei ging es lediglich um die Frage, ob in der Zwischenzeit, während also die Problematik im Hauptverfahren geprüft wird, nicht wenigstens mit dem Bau begonnen werden könne. Das verneinte Lüneburg und knüpfte seine Ablehnung an mehrere Bedingungen, die die Hersteller erst zu erfüllen hätten, bevor sie mit dem Bau beginnen dürften. Da diese Auflagen mittlerweile erfüllt wurden, glauben die Hersteller, mit dem Bau beginnen zu dürfen; erst recht nach dem gestrigen Urteil, das ihnen recht gab.

Die Konsequenz freilich könnte folgende sein: Im Endeffekt ist bei der langen Dauer des Verfahrens das Kernkraftwerk bereits vollständig errichtet, während das Bundesverwaltungsgericht in Berlin zu dem endgültigen Ergebnis kommt, die Errichtung sei rechtswidrig. Das zu verhindern, ist der Sinn des aufrechterhaltenen Baustopps.

Die Baustelle in Brokdorf liegt seit nunmehr drei Jahren brach. Sie ähnelt heute einem militärisch gesicherten Gelände: Hoher Stacheldrahtzaun, davor ein Wassergraben, dahinter Ständer mit starken Scheinwerfern. Aber es gibt nur einen Pförtner, der Wache hält, ein Telefon neben sich und zu seiner Sicherheit einen Schäferhund. Zu schützen gibt es objektiv nichts. Bislang ist nur Boden aufgespült worden. Alles Baugerät ist abgezogen, um es vor dem Verrotten zu schützen.

(22)

Wilstersche Zeitung

Sonnabend, 15. Dezember 1979

Erste Stimmen aus der Wilstermarsch zu dem Schleswiger Brokdorf-Urteil

Brokdorf/Wilstermarsch (kim). Das Verwaltungsgericht in Schleswig hat die Klage gegen die erste Teilerrichtungsgenehmigung (TEG) zur Errichtung des Kernkraftwerkes Brokdorf abgewiesen. Diese erste Teilerrichtungsgenehmigung hatte das zuständige schleswig-holsteinische Sozialministerium am 25. Oktober 1976 erteilt (nähere Informationen auf der Landesseite).

Brokdorf

Nachdem den Prozeß-Beteiligten dieses Urteil gestern übermittelt worden war, haben wir eine erste Stellungnahme des Bürgermeisters der Gemeinde Brokdorf, Eggert Block, der BUU Wilstermarsch, Gruppe Brokdorf-Wewelsfleth und des Bürgermeisters von Wewelsfleth – eine der vier Klägergemeinden im Brokdorf-Prozeß-, Ekkehard Sachse, eingeholt.

Bürgermeister Block begrüßt Brokdorf-Urteil

„Für die Gemeinde Brokdorf kann ich dieses Urteil des Verwaltungsgerichtes in Schleswig nur sehr begrüßen, wobei ich es auch so erwartet habe," dies sagte uns Bürgermeister Block in einem ersten Gespräch. „Ich hoffe, daß die politischen Parteien nun den Mut finden werden, das Kernkraftwerk hier in Brokdorf weiterzubauen. Ich selbst als Bürgermeister habe jetzt den Mut, daß es weitergehen wird."

Eggert Block führte an dieser Stelle dann die Aussage von Ministerpräsident Stoltenberg an, daß die Landesregierung nur die Genehmigung zum Weiterbau geben werde, wenn auch Bonn mitziehe." Schmidt und Klose sollten ihre Standpunkte in dieser Frage nur offen darlegen und sich nicht herausreden."

Rund 100 Millionen Mark hätte die bisherige Stillegung des KKW-Bauplatzes in Brokdorf schon gekostet, erläuterte uns Block weiterhin. Wenn die Klagen gegen die erste Teilerrichtungsggenehmigung nun abgewiesen worden wären, dann gäbe es für diese große Summe, die letztendlich von allen Stromabnehmern getragen werden müßte, keine Berechtigung.

„Ich frage mich also," so Block abschließend, „warum dieser teure Baustopp so langge eingehalten worden ist. Dies kann doch nun, nach diesem Urteil, kaum berechtigt gewesen sein. „Doch werde man wohl nun zunächst die Begründung des Urteils (sie soll erst in einigen Wochen zugestellt werden, Anm. der Red.) abwarten müssen, um auf diese Frage eine endgültige Antwort zu erhalten.

BUU Wilstermarsch: „Unser Widerstand ist ungebrochen!"

„Wir machen weiter!", so war von einer Sprecherin der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU), Gruppe Brokdorf/Wewelsfleth, in einer Stellungnahme zu dem Schleswiger Urteil zu hören. „Wir werden aus der Ablehnung der Klagen unsere Konsequenzen ziehen und uns auch weiterhin ganz entschieden zur Wehr setzen. Unser Widerstand gegen dieses Kernkraftwerk ist ungebrochen."

Wie die BUU-Sprecherin weiterhin ausführte, habe man an der Tatsache, daß alle 25 Beweisanträge abgelehnt worden seien, klar erkannt, daß das Gericht in der kurzen Verhandlungszeit von zehn Tagen gar nicht wirklich habe entscheiden wollen und können. Die BUU würde also weitermachen, der Prozeß würde fortgesetzt. Es gäbe noch viele Punkte, die hätten behandelt werden müssen, aber nicht zur Sprache gekommen wären.

„Wir halten die Bestätigung des vorläufigen Baustopps vom Februar 1977 durch das Schleswiger Verwaltungsgericht für eine Verlegenheitslösung des Gerichts. Denn die damals angeführte nicht geklärte Entsorgungsfrage ist heute ungeklärter denn je," so die BUU-Gruppe Wilstermarsch.

„Es ist uns heute zum Zeitpunkt der Urteilsverkündung unvorstellbar, warum diese bis dato ungeklärte Entsorgungsfrage auf einmal geklärt sein soll. Es sei die Frage, worauf sich das Gericht in seiner Urteilsbegründung hierbei berufe. Zudem dies nur einer unter den insgesamt 25 Beweisanträgen, die abgelehnt wurden, gewesen sei.

Sachse: „Ein Stück bemerkenswerter Justizgeschichte"

„Nach der massiven Einmischung in dieses Verfahren durch Bundeskanzler, Ministerpräsidenten, Industrie, Gewerkschaften und Medien war kein Urteil zu unseren Gunsten, der Kläger, zu erwarten," so äußerte sich Wewelsfleths Bürgermeisters Ekkehard Sachse in einer ersten Stellungnahme. „Die eigentlich Betroffenen und Beklagten waren in diesem Hauptverfahren aber die Richter und die zehnte Kammer selbst, die von der beklagten Landesregierung und den Betreibern immer wieder ganz ungeniert aufgefordert wurden, ihre sogenannten Fehlurteile vor drei Jahren zu reparieren."

Weiter führte Sachse aus: „Daß wir ausgerechnet in diesen zwei Vorverfahren mit der Begründung auf die mangelhafte Entsorgung in unseren Rechten bestätigt wurden und jetzt im Hauptverfahren in allen Punkten, also auch der gegenwärtigen noch fragwürdigen Entsorgung, unterlegen sind, ist schon ein Stück bemerkenswerter Justizgeschichte."

„Ob die allseits erwartete Berufung derEinzelkläger im Gerichtssaal oder vor dem Brokdorfer Zaun stattfindet, das muß man der betroffenen Bevölkerung, für die wir als Kläger stellvertretend in Schleswig standen, nun selbst überlassen."

Wie uns der Bürgermeister einer der vier Klägergemeinden weiterhin sagte, ist auch die Klagebefugnis immer noch nicht abschließend geklärt. Ein Zwischenbescheid, von dem die weitere Reaktion abhänge, sei noch nicht gegeben. „Sonst waren die ganzen 100 Stunden vor dem Gericht in Schleswig umsonst", meinte Ekkehard Sachse.

MOPO 19.12.79

Brokdorf: Protest gegen das Weiterbau-Urteil!

scho Brokdorf — Über 100 Bauern wollen am Sonntag von 13 bis 15 Uhr mit ihren Treckern gegen den drohenden Weiterbau des Brokdorfer Atom-Kraftwerks demonstrieren.

Wie berichtet, hatte das Schleswiger Verwaltungsgericht die Klagen von vier Brokdorfer Nachbargemeinden und rund 250 Einzelpersonen gegen den Bau zurückgewiesen.

Am Sonntag Bauern-Demonstration

Eggert Block, Bürgermeister der 800 Brokdorfer Einwohner freut sich über den Gerichtsentscheid: „Der Bau bringt zusätzlich 500 bis 1000 Arbeitsplätze und erhebliche Steuer-Mehreinnahmen."

Ganz anders sein Kollege Ekkehard Sachse aus Wewelsfleth: Er kann nicht verstehen, daß der Baustop in zwei vorangegangenen Prozessen immer mit der ungelösten Entsorgungsfrage begründet wurde, während das Verwaltungsgericht jetzt auf die — immer noch fragwürdige — Entsorgung nicht eingegangen ist. Sachse: „Ein Stück bemerkenswerter Justizgeschichte."

Kläger-Rechtsanwalt Winfried Günneman aus Hamburg hält die Klageabweisung für einen politisch-taktischen Schachzug:

„Nach dem vom SPD-Parteitag in Berlin abgesicherten Atomprogramm scheint der Zeitpunkt zum Weiterbau jetzt günstig."

20.12.79 WELT

Nordelbische Kirche kritisiert das Brokdorf-Urteil

epd, Kiel

Der Beauftragte der Nordelbischen Kirche für Umweltfragen, Pastor Winfried Hohlfeld, hat bedauert, daß das Verwaltungsgericht Schleswig die Klagen gegen die Errichtung des geplanten Kernkraftwerkes in Brokdorf abgewiesen hat.

Hohlfeld erklärte in Kiel, die Entscheidung könne zusammen mit der Niederlage der Kernkraftgegner auf dem SPD-Parteitag in Berlin den Eindruck erwecken, als sei die Kernenergiefrage „auf ganzer Linie im Sinne der Befürworter entschieden". Der Umweltbeauftragte warnte, dieser Eindruck könne zu erneuten Demonstrationen und Konfrontationen führen, die gegenwärtig „in Resignation und Verhärtung" enden müßten. Protestaktionen oder gar Ausschreitungen würden zur Zeit das Gegenteil von dem erreichen, was sie bezwecken. Die Masse der auf diese Weise herausgeforderten Bevölkerung würde sich wahrscheinlich unter dem Eindruck der rapide steigenden Ölpreise „ohne lange nachzudenken" auf die Seite der Kernkraftbefürworter schlagen. „Genau dies, vorschnelle und nicht gründlich bedachte Entscheidungen auf der einen Seite und Resignation sowie Agression auf der anderen Seite, gilt es zu vermeiden."

BERLINER TAGESSPIEGEL 25.12.79

Tätliche Auseinandersetzungen bei Brokdorf-Demonstration

Brokdorf (dpa). Etwa 1500 bis 2000 Kernkraftgegner haben am Sonntag am Baugelände des Kernkraftwerks Brokdorf (Kreis Steinburg) gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Schleswig demonstriert, mit dem die Klagen zahlreicher Gemeinden und Einzelpersonen gegen die von der Kieler Landesregierung erteilte Teilerrichtungsgenehmigung abgewiesen worden ist. Bauern aus der Umgebung waren mit rund 20 Treckern bei der Demonstration vertreten. Die Kernkraftgegner kamen nach Angaben der Polizei überwiegend aus Hamburg, Bremen und Hannover. Außerdem seien Fahrzeuge aus allen Teilen Schleswig-Holsteins beobachtet worden.

Als ein Teil der Demonstranten versuchte, mit Schneidgeräten den Zaun aufzubrechen, und einen Baucontainer mit Steinen bewarf, räumte die Polizei die Verbindungsstraße am Baugelände. Dabei setzten die etwa 120 Beamten nach Angaben der Polizeidirektion Itzehoe sowohl Tränengas als auch Schlagstock und Chemische Keule ein. Die Kernkraftgegner ihrerseits waren mit Straßen-Leitpfosten und Latten ausgerüstet und warfen unter anderem mit Kuhfladen und Steinen.

liberation 25.12.79

anti akw demo in der brd

mehrere tausend atomgegner haben am sonntag in der umgebung des akw brokdorf (schleswig holstein,brd) demonstriert.
die nach angaben der polizei ungefähr 2 ooo demonstranten wollten gegen die entscheidung des verwaltungsgerichts von schleswig protestieren,das gerade die wiederaufnahme der bauarbeiten am akw genehmigt hat.

es gab einige gewaltsame aber kurzandauernde gewaltsame konfrontationen zwischen den demonstranten und der polizei.der standort brokdorf ist einer der zentralen orte, wo die anti akw bewegung der brd entstand, und die behörden befürchten, dass die wiederaufnahme der bauarbeiten (das datum ist noch nicht festgesetzt) neue gewaltsame demonstrationen wie im november 1976 provozieren wird.

taz 3.1.80

Demo und Aktionen

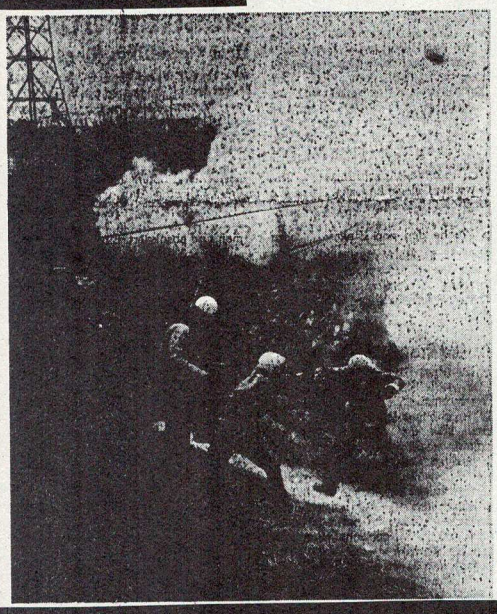
Brokdorf

Am 23.12. letzten Jahres trafen sich am Bauzaun des AKW Brokdorf ca. 2.500 AKW-Gegner. Anlaß war ein Gerichtsurteil, das einen von AKW-Gegnern und anliegenden Gemeinden geforderten Baustop ablehnte. Da kaum Polizei in der Nähe war, konnten sie den Natodraht, der den Zaun schützen soll, zerschneiden und Seile in den Zaun einhaken. Der Versuch, den Zaun niedrzureißen, scheiterte einfach an der schlechten Ausrüstung.
Eine Großdemo ist wahrscheinlich für einen Termin kurz nach Baubeginn geplant.

Kernkraftgegner wollten Festung Brokdorf stürmen

Landeszeitung Schleswig-Holst. (Rendsburg) 24.12.79

Rund 4000 Demonstranten am Bauzaun



Brokdorf (kim) Was in Brokdorf gestern mittag um 13 Uhr zunächst friedlich mit einem Marsch rund um den Bauplatz des geplanten Kernkraftwerks begann, endete nach einer Großkundgebung vor dem Haupttor – rund 4000 Atomkraftgegner aus ganz Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen waren zur Demonstration gekommen – mit gewaltsamen Ausschreitungen am Bauzaun. Eine Gruppe von rund 200 Demonstranten versuchte den Zaun mit mehreren Nylonseilen niederzureißen. Eine rund 50 Mann umfassende Polizeieinheit auf der anderen Seite des Zaunes wehrte diese unter Einsatz von Tränengas, Chemischer Keule und Pulverfeuerlöscher ab. Von den Demonstranten wurde mit Grassoden, Kuhfladen, Steinen und Latten geworfen. Auch am Haupttor zum Bauplatzgelände kam es zu Übergriffen von Demonstranten, die versuchten, den Bauzaun zu übersteigen, nachdem sie zunächst die Stacheldrahtrollen durchschnitten hatten. Doch auch hier zogen sich die Demonstranten nach einiger Zeit wieder zurück. Der Einsatz von Wasserwerfern unterblieb.

Auf der Verbindungsstraße zwischen dem Bauplatz und der K 41 Brokdorf/Wewelsfleth drängte eine weitere rund 50 Mann starke Polizeieinheit die Demonstranten auf die jenseits der Straße liegenden Wiesen zurück. Wie uns von der Polizeidienststelle mitgeteilt wurde, waren insgesamt 100 bis 150 Polizeibeamte eingesetzt, davon wurde keiner veletzt. Von seiten der Demonstranten wurde angegeben daß eine Person Verletzungen erlitten hat. Gegen 16.00 Uhr lösten sich die Demonstrantengruppen auf.

Gestern nachmittag in Brokdorf: Demonstranten versuchen auf das Baugelände zu dringen. Foto: Ohms

Wilstersche Zeitung 24.12.79

In Brokdorf wurden Tränengas und die »chemische Keule« eingesetzt

Etwa 4000 Demonstranten gestern am Bauplatz des Kernkraftwerks Brokdorf / 100 Polizeibeamte im Einsatz

Brokdorf. Unerwartet stark war die Beteiligung an der Demonstration gegen das Kernkraftwerk Brokdorf, die gestern nachmittag etwa 4000 bis 5000 Kernkraftgegner am Bauplatz des geplanten Kernkraftwerkes zusammengezogen hatte. Die Demonstranten kamen — wie die Kennzeichen ihrer Fahrzeuge verrieten — aus allen Teilen Schleswig-Holsteins, aber zum großen Teil auch aus Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Berlin und von noch weiter entfernten Orten. Landwirte aus der Wilstermarsch demonstrierten mit etwa 25 Treckern in einem Rundkurs um das Baugelände gegen den Bau des Kernkraftwerkes. Anlaß zu dieser jüngsten Demonstration war die Entscheidung der Schleswiger Richter, die Klagen gegen die 1. Teilerrichtungsgenehmigung abgewiesen hatten. „Schaut euch die Schleswiger Richter an, dann gehn bei euch die Lichter an!" hieß es dann auch auf einem Transparent, das an einem landwirtschaftlichen Anhänger angebracht war.

Auch etwa 25 Trecker von Bauern aus der Wilstermarsch nahmen an der Demonstration teil

Neben überwiegend friedlichen Demonstranten, die zu einem großen Teil auch aus Wilster und der Wilstermarsch kamen, nahmen an der Demonstration auch viele auswärtige Gruppen teil, die sogar mit Bussen angereist waren.

Die Demonstration begann mit einer Rundfahrt der Traktoren sowie mit einem Demonstrationsmarsch um das Gelände des geplanten Kernkraftwerks. Während der Demonstration traten vor der Zufahrt zur KKW-Baustelle sogar der Weihnachtsmann sowie die heiligen drei Könige auf. Vor dem Baugelände holte der Weihnachtsmann Geschenke aus seinem Sack: einen Schnuller für den Kieler Regierungschef, eine Tube Zahnpasta der Marke „Strahler 80" für seinen Kollegen in Hannover sowie „für die Besatzungstruppen auf der Baustelle" bezeichnenderweise Abführschokolade und jede Mengen Toilettenpapier, das der Weihnachtsmann und seine Helfer rollenweise über den Bauzaun warfen.

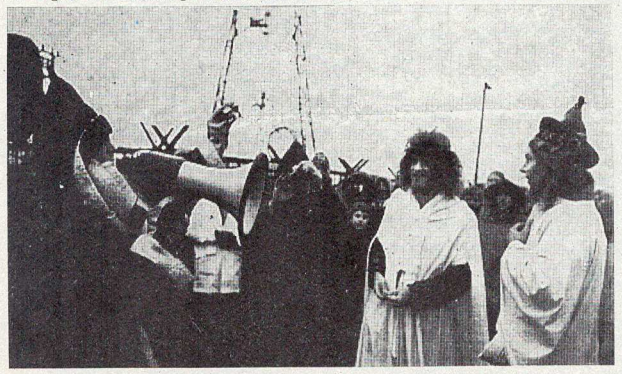
„Hier endet der demokratische Sektor Brokdorfs" und die Forderung „Die Mauer muß weg" waren die Parolen auf einem Plakat, das Gegner der Kernenergie unmittelbar an dem Stacheldrahtzaun um das Baugelände befestigt hatten.

Nach der zunächst friedlich verlaufenen Demonstration kam es noch während einer Kundgebung, in der unter anderem auch der Wewelsflether Bürgermeister Ekkehard Sachse als einer der Kläger im Schleswiger Prozeß sprach, zu Ausschreitungen kleiner Gruppen von Demonstranten, die offensichtlich auf Gewalt aus waren. So versuchte eine etwa 100 Mann starke Gruppe, mit Nylonseilen die Drahtsicherung des Absperrzaunes niederzureißen. An anderer Stelle ging eine Gruppe von Demonstranten mit Trennschneidern dem Bauzaun zu Leibe. In ihrem Kampf gegen die anrückende Polizei schleuderten die Demonstranten Grassoden, Kuhfladen, aber auch Steine und neben der Fahrbahn herausgerissene Zaunlatten und Leitpfähle gegen Menschen und Sachen.

Die Polizei, die über hundert Beamte der Polizeiinspektionen Itzehoe und Pinneberg sowie der Bereitschaftspolizei aus Eutin im Einsatz hatte, konnte jedoch alle Übergriffe im Keim ersticken. Bei ihrem Einsatz gegen den harten Kern der Demonstranten mußte die Polizei auch Tränengas, die chemische Keule sowie den Schlagstock einsetzen. Der Aufforderung, die Straße schließlich zu räumen, kamen die meisten Demonstranten nach. Hartnäckige Widerständler mußte die Polizei mit Gewalt in Richtung B 431 und in Richtung Hollerwettern zurückdrängen. Mit Einbruch der Dunkelheit löste sich die Demonstration allmählich auf, gegen 17 Uhr war der Spuk vorbei.

Wie uns Polizeioberrat Funk als Chef der Polizeiinspektion Itzehoe zum Abschluß des Einsatzes auf Anfrage berichtete, schätzt die Polizei die Anzahl der Demonstranten maximal auf 2500. Von ihnen seien etwa zwei Drittel von außerhalb Schleswig-Holsteins gekommen. Bei der Demonstration habe es weder Verletzte noch Festnahmen gegeben.

Dieses Plakat, das den Bauzaun mit der Berliner Mauer vergleicht, wurde am Bauplatz des Kernkraftwerks Brokdorf angebracht



Vor dem Haupttor des Baugeländes verteilte der Weihnachtsmann Geschenke

Die Grünen distanzieren sich von Gewalt gegen Brokdorf

FHZ 31.12.79

fr. KIEL, 30. Dezember. Die Grüne Liste Schleswig-Holstein hat sich von Gewalttätigkeiten bei einer Demonstration gegen den Kernkraftwerksbau in Brokdorf an der Unterelbe distanziert. Jene Demonstration war dem Protest gegen das vor Weihnachten bekanntgegebene Urteil des Verwaltungsgerichts Schleswig gewidmet, das die erste Teilerrichtungsgenehmigung für Brokdorf als rechtmäßig erklärt hatte.

Wie die „Grünen" Schleswig-Holsteins erklären, haben sie sich mit dem Protest der Kläger gegen das Urteil „solidarisiert"; Mitglieder der „Grünen" hätten aber an der Demonstration nur während ihres „geordneten und friedlichen Verlaufes" teilgenommen. Die Gewalthandlungen seien von Auswärtigen begangen worden. Dergleichen Aktionen seien „einfach unrealistisch", denn der Staat schütze „mit zehnfacher Übermacht die Industrieinteressen". Nur gewaltfreie Widerstandsformen seien geeignet, eine ökologisch orientierte Politik durchzusetzten; dazu gehöre auch die Beteiligung der Grünen an Wahlen. Mitte Januar soll ein bundesweiter Zusammenschluß der „Grünen" erreicht werden.

Mit Nylonseilen, einem Trennschneider und anderen Werkzeugen rückten einige der Demonstranten dem Bauzaun um das Kraftwerksgelände zu Leibe.

Von der Ladefläche eines Traktor-Anhängers sprach der Wewelsflether Bürgermeister Ekkehard Sachse zu den rund 4000 Demonstranten. Er hätte als Vertreter seiner Gemeinde vor dem Schleswiger Gericht gestanden.

Am Tag vor dem Heiligabend stürmten sie wieder einmal gegen Brokdorfs Bauzaun an

Brokdorf (kim). Rund 4 000 Kernkraftgegner aus ganz Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hamburg und Bremen waren gestern, einen Tag vor Heiligabend, zu einer Demonstration am Baugelände des geplanten Kernkraftwerkes nach Brokdorf gekommen, um damit gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Schleswig zu demonstrieren, in dem die Klagen zahlreicher Gemeinden und Einzelpersonen gegen die von der Kieler Landesregierung erteilte Teilerrichtungsgenehmigung abgewiesen worden waren. Was um 13 Uhr zunächst friedlich mit einem Marsch rund um das Baugelände begonnen hatte – voran rund 25 Trecker von Landwirten aus der näheren Umgegend – endete dann nach einer Großkundgebung vor dem Haupttor des Bauplatzes mit gewalttätigen Auseinandersetzungen am Bauzaun.

Zunächst war schon während der Kundgebung, auf der neben Wewelsfleths Bürgermeister Ekkehard Sachse auch weitere BUU-Vertreter sprachen, versucht worden, den Zaun am Haupttor zu übersteigen. Etwas später probierte dann eine rund 200 Mann starke Demonstrantengruppe mit Nylonseilen den Bauzaun an einer Stelle entlang der Verbindungsstraße niederzureißen. Eine rund 50 Mann zählende Polizei-Einheit auf der anderen Seite des Zaunes wehrte dies mit dem Einsatz von Tränengas, chemischer Keule, Wasserwerfern und Feuerlöschern ab.

Auf seiten der Demonstranten wurden Grassoden, Kuhfladen, Steine und Latten als Wurfgeschosse über den Zaun verwandt. Ebenso gingen Leuchtkugeln auf die andere Seite hinüber.

Auf der Verbindungsstraße zwischen dem Bauplatz und der K 41 Brokdorf-Wewelsfleth war eine weitere rund 50 Mann starke Polizei-Einheit im Einsatz, die die Demonstranten nach wiederholter Aufforderung zur Auflösung der Kundgebung zurückdrängte. Noch vor dem Einbruch der Dunkelheit löste sich die Demonstration dann zum einen in Richtung Hollerwettern, wie auch in Richtung Brokdorf auf.

Wie uns von der Einsatzleitstelle der Polizei mitgeteilt wurde, waren rund 100 bis 120 Polizisten in Brokdorf im Einsatz, davon wurde keiner verletzt. Nach Angaben der Demonstranten wurde einer der Kernkraftgegner bei den Auseinandersetzungen auf der Verbindungsstraße verletzt.

Viele Hunderte von Pkw mit Kennzeichen aus Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen waren entlang der umliegenden Straßen geparkt. Bei der Anfahrt der Wagen zur Demonstration am Mittag war es an der Wewelsflether Fähre zu langen Staus gekommen. Nach Auflösung der Demonstration am Baugelände entwirrte sich diese große Pkw-Ansammlung allerdings relativ reibungslos.

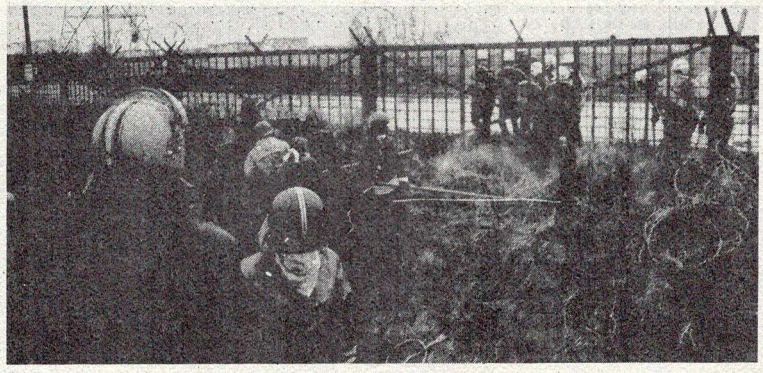
Auch das ZDF und der NDR aus Kiel waren mit Drehteams „vor Ort", die hier Beiträge für „Heute", beziehungsweise die Tagesschau am Abend drehten. Eingeleitet wurde die Demonstration mit dem Eintreffen von rund 25 Treckern von Landwirten aus der näheren Umgegend am Bauplatzgelände. Unter Formierung eines langes Zuges ging es dann zunächst – die Trecker voran – einmal vom Baugelände nach Brokdorf und auf der K 41 zurück. Dieser Umzug war zunächst als Auto-Konvoi geplant gewesen, dann aber doch zum Fuß-Marsch umfunktioniert worden.

Ein als Weihnachtsmann vermummter Demonstrant wandte sich mit einem Megaphon an die Kernkraftgegner.

Nach der Sammlung der Demonstranten vor dem Haupttor zum Baugelände sprach zunächst Ekkehard Sachse, der allen Anwesenden für ihr Erscheinen trotz des schlechten Wetters dankte. Man wolle mit dieser Demonstration allen resignierten Bürgern wieder Mut machen. Nur ein festes gemeinsames Auftreten könne weiterhelfen.

Noch zwei weitere BUU-Vertreter, unter anderem ein Landwirt aus Lüchow-Dannenberg, bestiegen dann den Trecker von Albert Reimers, um zu den in dichten Mengen stehenden Demonstranten zu sprechen. Unter anderem wurde hier noch einmal Stellung zur Klageabweisung durch das Verwaltungsgericht in Schleswig bezogen. Auch sei bis heute die Frage der generellen Klagebefugnis der vier Klägergemeinden, unter ihnen die Wilstermarsch-Dörfer Wewelsfleth und Dammfleth, noch nicht geklärt.

Rund 25 Landwirte hatten Traktoren eingesetzt.



Die Szene erinnerte an die Ausschreitungen, die das Brokdorfer Kernkraftwerk vor über drei Jahren bundesweit bekannt machten: Demonstranten versuchten auch gestern wieder den Bauzaun niederzureißen.

Aus einer friedlichen Kundgebung (links) entwickelten sich Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Demonstranten (rechts). Als einige der Kernkraftgegner Stricke am Bauzaun befestigten, setzten die Beamten die chemische Keule und Tränengas ein. (Fotos: Martin 3/Ohms 4)

Große Freiheit Jan 80

Eine schöne Bescherung in Brokdorf:

Was wollten der Weihnachtsmann und seine himmlischen Heerscharen dort
Ein revolutionärer Tatsachenbericht !!!!

"Draussen vom Walde, da komm' ich her,
was ich hier sehe, erzürnt mich sehr!
All', überall' in diesem Land,
steht es geschrieben an jeder Wand:
Die woll'n das AKW in Brokdorf doch noch baun,
auf geht's nach Brokdorf, Bullen verhaun !
Seit drei Jahren halten die Bullentruppen das Land besetzt,
die Politiker haben gegen AKW-Gegner gehetzt,
doch nun sind wir hier, um das Land zu befrein,
macht hoch die Tür, Besetzertruppen raus, Befreier rein !!!!!"

"Mit einer kleinen himmlischen Heerschar bin ich heute hier erschienen. Doch das ist nur ein kleiner Vorgeschmack dessen, was noch kommen wird. Selbst das Christkind hielt es nicht aus und ist in diesem Jahr einen Tag früher auf die Erde gekommen, um an dieser Demo teilzunehmen.

Die himmlischen Heerscharen sind auserkoren, diesen Platz wieder zu befreien. Die Besetzer können sich noch so sehr einigeln und noch so hohe Mauern bauen, die himmlischen Heerscharen werden neue Wege finden, Mauern und Zäune zu überwinden.

Wir sind nicht die einzigen, die sich etwas neues einfallen lassen. So ist mir zu Ohren gekommen, daß überall im Lande Hexen unterwegs sind, um Hexensalbe und Besen an AKW-Gegner zu verteilen, damit sie künftig jede Mauer und jeden Zaun im Flug nehmen können. Noch sind die Flügel der himmlischen Heerscharen klein. Doch sollte in Brokdorf wieder mit dem Bau begonnen werden, können diese Flügel sehr schnell wachsen."

In dieser stillen Zeit ist es nicht so sehr meine Aufgabe, zu richten. In dieser Zeit kennt meine Barmherzigkeit keine Grenzen. Selbst die schlimmsten Sünder bekommen von mir das, was ihnen zusteht:

So habe ich hier für Stolties schönen Mund einen Schnuller mitgebracht. Er soll ihm endlich mal orale Befriedigung verschaffen und ihn davon abhalten, weiter soviel dummes Zeug zu quatschen.

Strahler '80, die Zahnpasta der Zukunft, ist für Sunnyboy Albrecht aus Niedersachsen, damit er noch strahlender in die Zukunft glotzen kann.

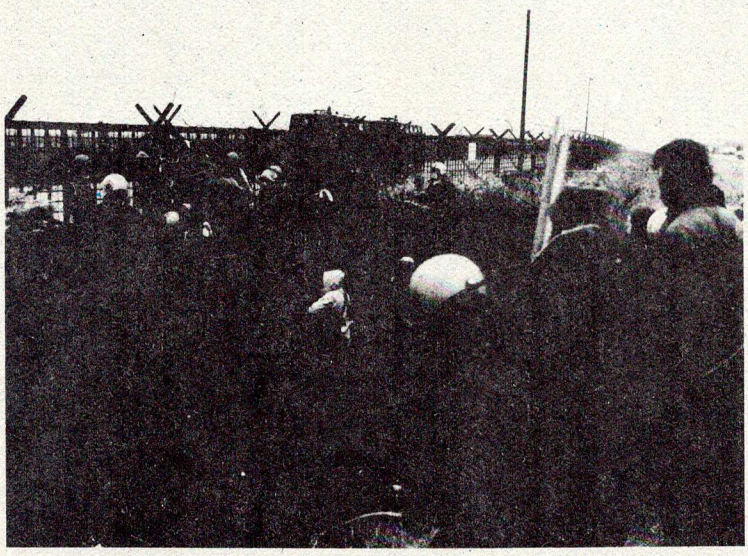
Eine kleine Süßigkeit für die Polizei: Abführschokolade, die sie vor der nächsten Großdemo einzunehmen haben, damit wir sie hier am Platz nicht zu Gesicht bekommen. Ein Dutzend Rollen Klopapier hinterher, damit sie sich den Arsch abwischen können, wenn sie Schiß vor uns kriegen.

Für den Tannenbaum der HEW und NWK ist dieser besondere Christbaumschmuck gedacht: Drei, etwa pampelmusen große, schwarze Kugeln, mit roten Lunten dran, am heiligen Abend anzuzünden!!!

Etwas ganz besonderes habe ich hier noch: Ein Flugticket, ausgestellt auf Bundeskanzler Schmidt und das gesamte Parlament! Der Abflug erfolgt von Cap Kennedy und führt zum dritten Mond der Venus. Nur der Hinflug ist vorgesehen, der Flug ist sofort anzutreten, d.h. möglichst noch in diesem Jahr. Da sich diese Herrschaften für Atomkraft, Atombomben und andere Industrieverseuchungen ganz besonders stark machen, nehme ich an, daß sie eine ganz besondere Vorliebe für Mondlandschaften haben. Da unser Mond noch zu nahe dran ist, habe ich mich für den dritten Mond der Venus entschieden!

Weil die Flugkünste der himmlischen Heerscharen noch nicht weit genug gediehen waren, war es uns nur recht, als plötzlich eine andere Gruppe mit Seilen, Haken, Schneidwerkzeugen, Flex, etc. auftauchte und damit auf konventionelle Weise versuchte, den Zaun niederzureißen.
Wir legten unsere himmlischen Gewänder ab, Engel wurden zu Bengeln, packten am Seil an und zogen kräftig mit.

(Ansprache des Weihnachtsmannes in Brokdorf)



Der parlamentarische Arm der Anti-AKW-Krake (früher Bewegung) ist dabei, sich selbst auf den Arm zu nehmen. Während sich Grüne, Bunte und Alternative an der Frage der gemeinsamen Parteigründung festsabbeln, dabei versuchen, den Widerstand satzungsgemäß festzuhalten, also zu verwalten, setzen Bundesregierung und Betreiber Schritt für Schritt ihr Atomprogramm durch.

Mit der evtl. Überwindung der 5% Hürde ist jedoch noch lange kein Zaun überwunden, noch kein Bauplatz wieder zur Wiese geworden.

In Brokdorf hat am 23.12. zum Glück wieder mal der außerparlamentarische Arm der kleinen ANTI-AKW-Krake dem Atomfilz in den Arsch gekniffen, der Gunst der Stunde entsprechend.

Am Bauplatz angekommen, war weit und breit kein Bulle zu sehen. Dieser Herausforderung konnten wir nicht widerstehen.

Vielleicht ist es gerade das Verdienst der Parteigründer, die in letzter Zeit die gesamte öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen haben, daß die Bullen und ihre Strategen nicht mehr damit gerechnet haben, daß es uns, die zu praktischen Tätigkeiten fähig sind, immer noch gibt.

Wir hatten allerdings vorher auch unsere Schwierigkeiten, an uns und unsere praktischen Fähigkeiten zu glauben. Vom ganzen Gequatsche, was alles nicht mehr möglich ist, waren wir fast schon eingelullt, träge geworden.

Erst, als wir uns am Zaun trafen, merkten wir, daß es uns immer noch gibt.

Nachdem der Natodraht durchgeschnitten und die ersten Seile im Zaun eingehakt waren, tauchten doch noch einige Bullen hinter dem Zaun und am Ende der NWK-Straße auf. Sie schienen jedoch auf eine solche Auseinandersetzung nicht vorbereitet.

Wir haben zwar den Zaun nicht herausgerissen, doch hätten wir etwas bessere Seile und persönliche Ausrüstung dabei gehabt, hätte es diesmal leicht geklappt.

Das Wichtigste war wohl das Gefühl der Leute, die dabei waren! Ich habe lange nicht mehr so viele ausgelassene, lachende, fröhliche, liebe Menschen um mich gesehen. Ich fühlte eine Vertrautheit zu den Leuten ringsum, die ich in letzter Zeit höchstens noch aus der Küche meiner Wohngemeinschaft kenne.

Einen Moment stand ich z.B. neben einem großen, breiten Typ in Leder, der mir kurz auf die Schulter klopfte und sich wie ein kleiner Junge freute.

Es wäre schön gewesen, wäre es gelungen, jubelnd auf den Bauplatz zu rennen. Doch auch so ist das Gefühl zurückgekehrt, daß möglich sein kann, was unmöglich erschien.

Es ist halt jedesmal gut und notwendig, sich auf alle Möglichkeiten einzustellen.

Unsere Erwartungen waren eigentlich gar nicht so hoch gesteckt, daß direkt am Zaun etwas passieren könnte. Wir hatten mit der Möglichkeit nicht gerechnet. Um so größer war dann unsere Freude, als wir mit jenen Leuten zusammentrafen, die sich entsprechend vorbereitet hatten.

Zur allgemeinen Belustigung hat auch das Verhalten der Bullen beigetragen. Sie haben zwar fleißig mit der Chemischen Keule rumgesprüht, hatten aber nur noch wenige Tränengasbomben in Reserve. Die meisten flogen dann noch zu ihnen zurück und der Wind stand für uns auch noch günstig.

Da sie scheinbar keine Wasserwerfer dabei hatten, schlossen sie einen Feuerwehrschlauch an einen Hydranten an. Als wir alle den harten Strahl erwarteten, plätscherte nur ein kleines Rinnsal aus dem Rohr und es sah aus, als würde einer der Bullen pinkeln!

Kleiner Tip vom Weihnachtsmann:

Jede Demo ist so gut oder langweilig und vielfältig, wie sie jeder für sich macht!
Jeder sollte immer auf alles vorbereitet sein!

Wir sind Banditen, Clowns, Gaukler,
Hexen und Vampire,
Sumpfmücken, Weihnachtsmänner,
Engel, Bengel,
Militante und Infantile,
manchmal zärtliche Liebhaber/innen
manchmal wie wilde Tiere,
manchmal schlecht drauf, machmal gut dabei
und entrinnen immer wieder dem täglichen Einerlei !!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Der Weihnachtsmann mit seiner himmlischen Heerschar

KERNENERGIE

Hängt in der Luft

Verwaltungsrichter bestimmen über die Energieversorgung der Westdeutschen. Auch nach dem Brokdorf-Urteil scheinen die rechtlichen Hürden zu hoch für das Kernkraftprogramm der Bundesregierung.

Rechtsanwalt Rainer Peter, der im Rechtsstreit um das Kernkraftwerk Brokdorf die Kieler Landesregierung vertritt, plädierte forsch an den Fakten vorbei. Aber er gewann den Prozeß.

Brokdorf, urteilte das Verwaltungsgericht Schleswig, darf allen Protesten zum Trotz gebaut werden. Wieder einmal waren es Richter, die, wenn auch in erster Instanz und damit nur vorläufig, die Energieversorgung der Republik bestimmten. Und wie im Norden, so wird letztlich wohl überall weder in Kabinetts- noch Parlamentssälen, sondern in den Richterzimmern entschieden werden, ob neue Atommeiler gebaut, schon im Bau befindliche fertiggestellt und in Betrieb genommen werden dürfen.

Vor den Richtern in Münster etwa geht es um den „Schnellen Brüter" von Kalkar, in Mannheim um den Reaktor in Wyhl oder in Koblenz um das Atomkraftwerk Mülheim-Kärlich — wo schon mal 1,5 Milliarden Mark verbaut worden sind, aber die Richter Anfang Dezember einen Baustopp verhängten, weil das kostbare Werk ausgerechnet über einer Erdbebenspalte errichtet wurde.

Die Verfahren unterscheiden sich im Detail, jedoch: Kernpunkt in allen Kernkraftprozessen ist inzwischen das Problem der Entsorgung geworden ausschlaggebend für das Urteil ist allemal, ob sich irgendwo im Lande schließlich ein oder mehrere Zwischen- und Endlager finden, wo der Atommüll gefahrlos eingebunkert werden kann. Und auch in diesem Punkt ist nun der Brokdorf-Prozeß zum Testfall für das neue, eben erst beschlossene Entsorgungskonzept der Regierungschefs von Bund und Ländern geraten.

„Das Zwischenlager Ahaus soll bis 1985 betriebsbereit sein", hatte Anwalt Peter den Schleswiger Richtern eingeschärft, und auf dieses Datum kam es an. Denn darin sind sich alle Kraftwerksbetreiber einig, daß spätestens 1987 die Zwischenlager funktionsfähig sein müssen, dann, wenn anderwärts der Atommüll nicht mehr unterzubringen ist.

Nach zehntägiger Verhandlungsdauer gingen die Richter in Klausur und teilten die optimistische Fernsicht des Anwalts — offenbar vorschnell, wie sich nach dem Urteil erwies. Denn fast zeitgleich mit dem Startsignal für den Baubeginn war der Terminplan für die Entsorgung schon wieder geplatzt.

Vor 1990 könne das Zwischenlager Ahaus gar nicht genutzt werden, verkündete ausgerechnet Günther H. Scheuten, der es von allen am besten wissen muß; er ist der Vorstandsvorsitzende jener Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK), die das Zwischenlager bauen lassen und betreiben würde.

Überhaupt noch nicht in Sicht ist das zweite für die Bundesrepublik geplante Zwischenlager. Es soll in Niedersachsen gebaut werden, doch bislang ist nicht einmal eine Entscheidung über den Standort gefallen. Ministerpräsident Albrecht will ein Zwischenlager im Gebiet Gorleben nur billigen, wenn eine „deutliche Mehrheit" der gewählten politischen Vertreter dieses Raums solchen Plänen zustimmt. Dort aber denkt die Mehrheit einstweilen ganz anders.

So gering veranschlagt DWK-Chef Scheuten die Chancen für eine zügige Atommüllabfuhr in der Bonner Republik, daß er vorletzte Woche mit einer Delegation des sowjetischen Staatskomitees für Wissenschaft und Technik über den Bau eines gemeinsamen deutsch-sowjetischen Entsorgungszentrums in Rußland verhandelte — offensichtlich gedacht als Notlösung, von der sich die Bundesregierung prompt distanzierte.

Kein Wunder, daß die Brokdorf-Gegner nach ihrer Niederlage in Schleswig wieder neue Hoffnung auf einen Endsieg hegen. Sie setzen auf Erfolg in der Berufungsinstanz, mit guten Gründen. Denn das zuständige Oberverwaltungsgericht (OVG) in Lüneburg hatte schon 1977, von den KKW-Gegnern um vorläufigen Rechtsschutz ersucht, im Vorverfahren wegen der ungeklärten Entsorgungsfrage über Brokdorf nicht nur einen Baustopp verhängt und die Sache zur Entscheidung im Hauptverfahren der ersten Instanz in Schleswig überlassen, sondern als erstes und bisher einziges Obergericht strenge Maximen für eine Entsorgungslösung aufgestellt.

Laut OVG Lüneburg, verantwortlich als letzte Tatsacheninstanz für alle Kernkraftwerke in Niedersachsen und Schleswig-Holstein,

- muß schon bei einer Teilerrichtungsgenehmigung geprüft werden, „inwieweit sich das Entsorgungskonzept der Bundesregierung und der Industrie verwirklichen läßt";
- dürfen sich „bei Erteilung erster Errichtungsgenehmigungen" für ein KKW die Behörden nicht „mit dem Vorhandensein einer nur theoretischen Vorsorgeplanung begnügen, vielmehr muß schon mit dem Beginn des Zubaus eine konkrete entsorgungsbezogene Maßnahme einhergehen";
- ist „die Lagerung abgebrannter Brennelemente — auch ihre sogenannte Kompaktlagerung — in dem im Innern des Sicherheitsbehälters befindlichen Brennelementlagerbecken nicht als ausreichende Vorsorge" anzusehen.

Das Atomgesetz verpflichtet Genehmigungsbehörden und Gerichte, es mit dem Nachweis von Entsorgungsmöglichkeiten genau zu nehmen. Entscheidend ist dabei nicht nur, ob sich die Müllfrage technisch lösen läßt, sondern auch, ob diese Lösung politisch durchsetzbar und rechtlich ohne Bedenken ist.

Technisch machbar, so zumindest die Techniker, sei nahezu alles. Doch die politischen Anstrengungen um ein Entsorgungskonzept haben außer dem vagen Begriff von den „offengehaltenen Optionen" bislang nicht viel zuwege gebracht.

Derzeit letzter Stand des politischen Fortschritts ist der vorläufige Verzicht auf das gigantische integrierte Entsorgungszentrum mit Endlager und Wiederaufbereitungsanlage für Kernbrennstäbe in Gorleben. Statt dessen soll dort allenfalls das Endlager untergebracht werden.

Zwar votierten — nachdem Albrecht das Gorleben-Projekt als „in dieser Generation politisch nicht durchsetzbar" qualifiziert hatte — der Kanzler und die Regierungschefs der Bundesländer für mehrere kleine Wiederaufbereitungsfabriken an anderen Standorten. Doch keiner der Christ- und Sozialdemokraten möchte für die umstrittenen Nuklearanlagen einen Flecken im eigenen Lande anbieten. Ob sie irgendwo außerhalb Niedersachsens eher politisch durchsetzbar sein werden, steht dahin.

In Gorleben haben gerade die Tiefbohrungen begonnen, mit denen erst einmal erkundet werden soll, ob die niedersächsischen Salzstöcke für die Atomablage überhaupt geeignet sind. Gesichert ist mithin nur die Aussicht auf einen langen Expertenkrieg der Geologen — uninteressant für Verwaltungsrichter, die sich ebensowenig mit Optionen und Parteitagsbeschlüssen zufriedengeben können.

„Das gesamte Konzept hängt in der Luft", monierte das OVG Lüneburg schon vor zwei Jahren, „solange nicht feststeht, ob und an welcher Stelle eine Endlagerstätte eingerichtet werden kann." Bei jedem der schon heute arbeitenden Reaktoren vom Biblis-Typ müssen von den 100 Tonnen Uran, die eine Reaktorladung ausmachen, pro Jahr 35 Tonnen herausgenommen und ausgetauscht werden, in der Bundesrepublik insgesamt etwa 600 Tonnen. Die verbrauchten, aber noch immer radioaktiven Brennelemente kommen für ein halbes Jahr in relativ ungeschützte, wassergefüllte Abklingbecken. Spätestens dann stellt sich die Frage, wohin damit.

Teils werden die Brennstäbe zur Wiederaufbereitung ins Ausland geschafft, teils in sogenannten Kompaktlagern gestapelt — auf engstem Raum, gleich nebenan bei den Kernkraftwerken. Nicht nur daß die räumliche Nähe zum Reaktor das atomare Risiko erhöht — die speziell von Bayern und Baden-Württemberg bevorzugte Form der Entsorgung taugt selbst als Notlösung nur begrenzt: Irgendwann sind auch die Kompaktlager voll, nach Ansicht der Experten spätestens 1985.

Ein Platz, wo der Atommüll wenigstens schon mal bis zum Ende des Jahrhunderts eingelagert werden könnte, existiert nicht. Selbst wenn demnächst im münsterländischen Ahaus oder sonstwo die Vorarbeiten für Zwischenlager beginnen sollten, scheint fraglich, ob die Verwaltungsgerichte diese Interimslösung akzeptieren werden.

Im November brach noch eine weitere Säule aus dem wackeligen Energie-Gebäude der Bundesregierung, als die für Kernkraft zuständigen Parlamentarier des Bundestags-Innenausschusses nach jahrelangem vergeblichem Drängen endlich Einblick in die Geheimverträge mit der französischen Nuklearfirma Cogéma nehmen durften.

Aus den westdeutschen Atomkraftwerken sollen abgebrannte Brennelemente zur Cogéma-Plutoniumfabrik auf das Cap La Hague bei Cherbourg transportiert und dort gelagert oder wiederaufgearbeitet werden. Die Abmachungen mit der Cogéma sind das nahezu einzige freundliche Faktum, das deutsche KKW-Betreiber heute vorweisen können. Die Verträge mit den Franzosen sollen die Entsorgung von mehr als 2000 Tonnen abgebrannter Brennelemente sicherstellen, rund ein Fünftel der bis zur Jahrtausendwende produzierten Atommüllmassen.

Der Blick in die Geheimpapiere aber brachte Überraschungen. Anders als die KKW-Anwälte es den Verwaltungsrichtern immer wieder einreden wollten, ist die Müllabfuhr nach Frankreich weder dauerhaft noch krisenfest geregelt; im Gegenteil:

- Im Falle höherer Gewalt ist die Cogéma nicht an ihre Vertragsverpflichtungen gebunden;
- in den neunziger Jahren müssen die radioaktiven Abfälle — oder bei Verzicht auf Wiederaufbereitung die abgebrannten Brennelemente — von der Bundesrepublik wieder zurückgenommen werden.

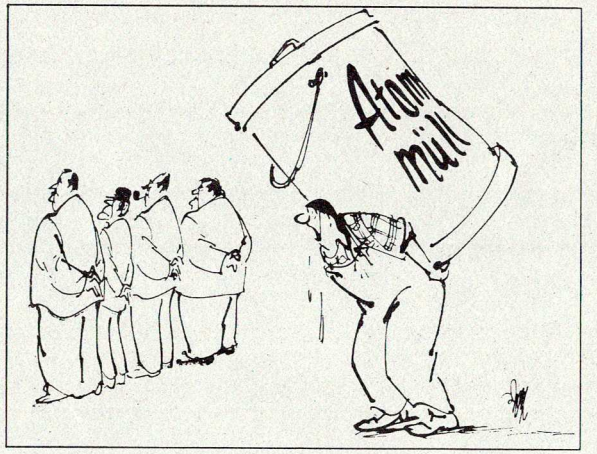
Harald Schäfer, SPD-MdB und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Reaktorsicherheit und Strahlenschutz im Bonner Innenausschuß, ist nach dem Aktenstudium in Frankreich ohne Illusionen: „Diese Verträge stellen keine Entsorgung nach den Vorschriften des Atomgesetzes dar, sondern sind zeitliche Überbrückungsmaßnahmen."

Wenn das auch die Richter so sehen und sich kein Entsorgungswunder begibt, dann wird, wie das Öl, wohl auch der Atomstrom rar werden.

* Im „Ballhaus Hohenzollern".

Brokdorf-Prozeß vor dem Verwaltungsgericht Schleswig*: Testfall für Bonn

SPIEGEL NR. 52 24. Dez. 79



„Wohin damit?" Neue Osnabrücker Zeitung

HA ABENDBLATT 19/20.1.80

Stoltenberg: Ohne Brokdorf Strom noch teurer

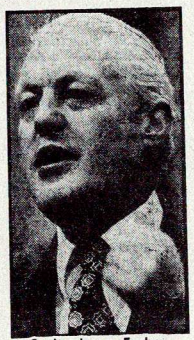
Eigener Bericht

R.M. **Kiel, 19. Januar**

Schleswig-Holstein, das als einziges Bundesland bisher noch wachsende Einwohnerzahlen verzeichnet, muß für 1980 in weiten Bereichen mit deutlich rückläufigen Bevölkerungszahlen rechnen. Die damit zusammenhängende Problematik und die Arbeitsplatzsicherung werden die Schwerpunkte der Kabinettsarbeit dieses Jahres sein, erklärte Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg (CDU) in Kiel.

Besonders die Bevölkerungsentwicklung im Zonengrenzbezirk und in den größeren Städten im Norden und Westen des Landes erfordere Konsequenzen für die Infrastruktur. Bevölkerungsentwicklung und Altersschichtung deuten nach Ansicht Stoltenbergs darauf hin, daß in den kommenden Jahren im ganzen Bundesland gegenüber dem Trend in der Bundesrepublik eine überdurchschnittliche Nachfrage nach neuen Arbeitsplätzen zu erwarten ist. Benötigt werden etwa 80 000 neue Stellen in den nächsten zehn Jahren. Unter diesem Aspekt müsse man erörtern, ob die bisherigen Wirtschaftsförderungsmaßnahmen und Arbeitssicherungsprogramme der Landesregierung verstärkt werden.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf dem Energiesektor. Stoltenberg kündigte an, daß seine Regierung ihre Bemühungen in Bonn um eine Erhöhung des Importkohle-Kontingents und um den Ausbau von Erdgasleitungen fortsetzen werde. Das zweite große energiepolitische Thema sei der Ausbau der Kernenergie. Sobald das schriftliche Urteil des Verwaltungsgerichts Schleswig zum geplanten Kernkraftwerk Brokdorf vorliege, seien nach den erforderlichen Klärungen mit dem Bund Entscheidungen notwendig. Voraussichtlich Ende Februar wird das Urteil den Prozeßbeteiligten zugestellt.



Stoltenberg: Frohe Kunde für bürokratiemüde Bürger
Foto: KÖHLER

Stoltenberg erklärte, er müsse jedoch jetzt schon darauf hinweisen, daß die Verbraucher in den nächsten Jahren mit Mehrkosten für den Stromverbrauch „von mindestens einer halben Milliarde Mark" rechnen müssen. Das sei auf die Verzögerungen zurückzuführen, „die langanhaltende Prozesse und die politischen Gegenaktionen vor allem von der SPD" heute schon bewirkten.

Auf dem Verkehrssektor stehen der Bau von Radwegen und die Entwicklung von Schulwegeplänen im Vordergrund, weil die Unfallzahlen der Kinder noch immer erschreckend hoch seien. Im Fernstraßenbau werden Diskussionen über eine Elbquerung und eine Küstenautobahn die Schwerpunkte bilden.

Neue Entwürfe für die Gestaltung der Orientierungsstufe und der Oberstufe des Gymnasiums nehmen breiten Raum in der Schulpolitik der Landesregierung ein. Das Programm „kleine Klassen" soll weitergeführt werden. Grundsatzentscheidungen für die Erweiterung des Schulsports, des musischen Unterrichts sowie der Entwicklung der Fachhochschulen sind zu erwarten.

Frohe Kunde für Bürokratie-müde Bürger: Schon Ende dieses Monats wird die Kommission für Verwaltungsvereinfachung ihre Arbeit aufnehmen. Formulare sollen verständlicher werden.

Bei den Finanzen will die Regierung die Staatsverschuldung Schleswig-Holsteins abbremsen. Für den Etat 1981 soll die Steigerungsrate unter fünf Prozent liegen.

3.1.1.80 WELT

Westphal fordert:

Kanzler soll „ja" sagen zu Brokdorf!

PETER ZERBE, **Brunsbüttel**

In Schleswig-Holstein sind Einbrüche in der Energieversorgung nur zu verhindern, wenn die Kernkraftwerke Brunsbüttel, Krümmel und das geplante Werk in Brokdorf so bald wie möglich mit der Stromlieferung beginnen.

Vor Journalisten betonte gestern Wirtschaftsminister Jürgen Westphal (CDU), daß das Werk Brunsbüttel, das gemeinsam von den Hamburgischen Electricitäts-Werken und den Nordwestdeutschen Kraftwerken betrieben wird, schon bald wieder in die Stromversorgung einbezogen werden kann. Bundesinnenminister Gerhart Baum müsse jetzt endlich die erforderliche Genehmigung erteilen, nachdem die Reaktorsicherheitskommission ihre Zustimmung gegeben hat.

„In Schleswig-Holstein wird heute schon mehr Strom verbraucht als produziert wird", erklärte der Minister auf einer Pressekonferenz unweit des Atomkraftwerkes in Brunsbüttel, das im Sommer 1978 nach einem Defekt abgeschaltet und inzwischen gründlich überholt wurde.

Auf die Frage, ob es im nördlichsten Bundesland zu Stromabschaltungen kommen könne, sagte Westphal, dies sei nicht auszuschließen, wenn das Werk Krümmel nicht bald in Betrieb geht. Er forderte den Bundeskanzler auf, „endlich ja zu sagen zu Brokdorf".

Um die Energieversorgung auf eine breitere Basis zu stellen, hat die Landesregierung dem Bau einer Erdgasleitung von Brunsbüttel nach Nordfriesland über Meldorf, Heide und Husum höchste Priorität eingeräumt. „Damit wird die Versorgung der Bevölkerung im Westen sichergestellt", erklärte der CDU-Politiker und betonte, „daß die Landesregierung sich mit einem Zuschuß zu den Baukosten in Höhe von 30 Prozent beteiligen will. Der Bau dieser Erdgasleitung kann aber nicht von heute auf morgen erfolgen, sondern werde in Etappen vollzogen."

Für die Stärkung der Wirtschaft und die Sicherung der Arbeitsplätze im westlichen Landesteil hält Westphal den schnellen Weiterbau der Autobahn A 23 Hamburg—Heide für erforderlich. Ende 1981 soll das Teilstück Elmshorn—Itzehoe dem Verkehr übergeben werden.

HA. ABENDBLATT 22.2.80

Interview mit Finanzsenator Dr. Wilhelm Nölling

Kernkraftwerk Brokdorf muß jetzt gebaut werden

HA: *Ihre Forderung, Brokdorf sei unverzichtbar, widerspricht dem erklärten Willen der Hamburger SPD. Wie können Sie damit leben?*

Nölling: Brokdorf bauen zu müssen, ist meine persönliche Meinung. Grundlage für die Energiepolitik in Bund und Land ist der Energiebeschluß, den die SPD auf ihrem Bundesparteitag in Berlin gefaßt hat. Er sieht einen „begrenzten Ausbau" der Kernenergie unter Beachtung aller Sicherheitsvorschriften und Entsorgungsnotwendigkeiten vor. Brokdorf zu bauen, steht dieser Beschlußlage nicht entgegen. Und da ich Brokdorf aus energiewirtschaftlichen Gründen für nötig halte, bin ich eben aus heutiger Sicht dafür.

Sind Sie damit der Anwalt Helmut Schmidts in der Hamburger SPD, die dem Kanzler in der Kernenergiefrage widersprochen hat?

Ich habe die Vorstellungen Helmut Schmidts in der Energiepolitik aus Überzeugung immer unterstützt. So wie viele andere in der Partei auch. Es wird täglich deutlicher, daß Schmidts Energiepolitik gerechtfertigt ist.

Finanzsenator Dr. Wilhelm Nölling
Foto: GUHR

Wenn nun aber in Hamburg nicht der Beschluß der Bundes-SPD, sondern der Hamburger Beschluß vom Senat umgesetzt wird, gehen dann nicht in Hamburg die Lichter aus?

Ich meine, dieses Schlagwort ist für die Sachdiskussion nicht dienlich. Der Hamburger Parteitagsbeschluß war ausdrücklich unter dem Vorbehalt gefaßt worden, in Berlin eine Mehrheit zu finden. Dies ist nun nicht der Fall. Ich bin überzeugt, daß sich jetzt auch die Hamburger SPD an den Bundesparteitagsbeschluß halten wird. Der Senat ist sich dieser Sachlage und seiner energiepolitischen Verantwortung bewußt. Er hat das ja auch unter anderem bei dem fast fertiggestellten und 1982 in Betrieb gehenden Kernkraftwerk Krümmel bewiesen.

Sie haben auf dem Parteitag im September gesagt, Parteitagsbeschlüsse, die in grundsätzlichen Fragen Ihrer Auffassung widersprächen, seien für Sie nicht bindend. Ein Antrag aus dem Kreis Altona Ihrer Partei fordert den Landesparteitag nun auf, Sie dafür zu rügen. Was sagen Sie dazu?

Ich habe von dem Antrag gehört. Auf dem Parteitag wird Gelegenheit sein, sich zu äußern.

WOLFGANG H. SCHMIDT

Neuer Zündstoff für die Hamburger SPD

Von **Wolfgang H. Schmidt**

Hamburg, 22. Februar

Ohne das Kraftwerk Brokdorf ist eine ausreichende Energieversorgung für die Zukunft nicht sicherzustellen. Deshalb brauchen wir Brokdorf! Das erklärte gestern Finanzsenator Wilhelm Nölling.

Mit diesem Vorstoß hat Nölling weiteren Zündstoff in die Hamburger SPD getragen. Denn der SPD-Landesverband und Bürgermeister Hans-Ulrich Klose (SPD) wollen dem Weiterbau in Brokdorf nicht eher zustimmen, bis die Entsorgungsfrage geklärt ist.

Nöllings Äußerungen haben dann auch, zwei Tage vor einem entscheidenden Parteitag, wie eine Bombe eingeschlagen. Ein Mitarbeiter aus der Umgebung Kloses: „Wir fielen aus allen Wolken, weil ausgerechnet jetzt ein so brisantes Faß aufgemacht wird."

Nach Ansicht Nöllings, der auch Aufsichtsratsvorsitzender der Hamburgischen Electricitätswerke (HEW) ist, könnte der jetzt durch Gerichtsentscheide gestoppte Bau des Kernkraftwerks Brokdorf in etwa zehn Jahren fertiggestellt sein. Der Senat geht davon aus, „daß die mit der Kernenergie verbundenen Probleme wie der Entsorgung bis dahin gelöst werden können". Zur Kohle als Alternative sagte Nölling, sie sei schneller, als bisher angenommen, weltweit knapper geworden.

An dem unerwarteten Nölling-Vorstoß in Sachen Kernenergie verwundert weniger der Inhalt als der Zeitpunkt. Denn während ihres Parteitags hat die SPD an diesem Wochenende schon genügend Konfliktstoff zu bewältigen: In der Extremistenfrage geht es wahrscheinlich um Sein oder Nichtsein für Klose.

Jetzt muß Klose sogar an zwei Fronten kämpfen. Dabei hatten sich im umstrittenen Fall des Lehrers und DKP-Funktionärs Thomas Erdner erste Anzeichen für eine Kompromißmöglichkeit gezeigt, die Klose das politische Weiterleben ermöglichen sollte.

Nach der Ablehnung Erdners als Beamter auf Lebenszeit durch den Beamtenernennungsausschuß war zunächst angenommen worden, daß Klose dem Parteitag seinen Rücktritt anbieten könnte. Zu sehr hatten er und Schulsenator Joist Grolle (SPD) sich für Erdner stark gemacht. Gestern jedoch war aus der Umgebung des Bürgermeisters zu hören: „Der Hamburger Bürgermeister tritt nicht wegen eines Herrn Erdner zurück."

Ursache für den Sinneswandel sind die Bemühungen verschiedener Parteigremien, dem Bürgermeister, für den die Hamburger SPD offenbar keine Alternative hat, eine Brücke zu bauen. Für den Landesparteitag wird an verschiedenen Anträgen gearbeitet, die der Partei die fällige Zerreißprobe ersparen sollen. Unmittelbar vor dem Parteitag, der heute im Gewerkschaftshaus am Besenbinderhof beginnt, wird der Landesvorstand einen eigenen Antrag formulieren, der dann vermutlich über das weitere Schicksal Kloses und der Hamburger SPD entscheidet.

Bis dahin kann Klose allenfalls Trost in einem Brief von 14 bekannten Schriftstellern und Filmern an die Delegierten des Parteitages finden. Darin setzen sich unter anderem Hark Bohm, Volker Schlöndorff, Axel Eggebrecht und Günter Grass für Klose und den von ihm eingeleiteten Liberalisierungskurs in der Extremistenfrage ein.

Ein Warnschuß

Von WOLFGANG H. SCHMIDT

Der Schreckschuß von Finanzsenator Wilhelm Nölling (SPD) in Richtung Hans-Ulrich Klose (SPD) muß dem eh schon arg gebeutelten Bürgermeister eine unüberhörbare Warnung sein. Sachlich gab es überhaupt keine Notwendigkeit, so kurz vor einem für Klose schicksalsträchtigen Parteitag das Hohe Lied der Kernenergie zu singen.

Also muß etwas anderes dahinter stecken. Womöglich besorgt Nölling damit das Geschäft derer, die befürchten, dem Bürgermeister könne es bald wieder zu gut gehen. Falls Klose nämlich den Parteitag in der Extremistenfrage mit respektabler Mehrheit hinter sich bringt, ist ein gut Teil des Pulvers seiner Gegner verschossen.

Zwar tickt dann weiter die Zeitbombe im Stoltzenberg-Untersuchungsausschuß. Aber kaum jemand rechnet noch damit, daß der Ergebnis-Bericht des Untersuchungsausschusses den Bürgermeister wirklich aus dem Amt schießt.

Kloses Freunde vermuten, daß der Plan derer, die Kloses Untergang für dieses Frühjahr prognostiziert und wohl auch projektiert hatten, nicht mehr so ganz funktioniert. Die Freunde haben mit Genugtuung registriert, daß die Entscheidung im Fall Erdner nicht vertagt wurde. Denn sonst hätte Klose im Frühjahr gleich dreifach in der Schußlinie gestanden: Im Fall Erdner, im Giftmüllskandal und in der Kernkraft-Diskussion. Ein solch konzentriertes Sperrfeuer hätte Klose, so vermuten selbst seine Freunde, dann gewiß nicht mehr überstanden.

taz 26.2.80

Brokdorf-Diskussion

"Steckt den Bauzaun aus Brokdorf in die Bohrlöcher von Gorleben"

Hamburg, 26.2. (taz) Am Wochenende fand in Brunsbüttel ein Treffen norddeutscher Bürgerinitiativen statt. Das Treffen kam zustande durch den Vorschlag der autonomen Gruppen der BUU-Hamburg, im Frühjahr eine Aktionswoche in Brokdorf mit abschließender Großdemonstration durchzuführen unter dem Motto: Der Bauzaun muß weg, wir warten nicht bis weitergebaut wird. Anwesend waren etwa 300 Menschen aus 50 BI's, vor allem aus dem norddeutschen Raum. Die Gorlebener BI's waren jedoch nicht vertreten.

Zur Diskussion standen die Papiere des Arbeitskreises Brokdorf - ein Zusammenschluß der örtlichen BI's - und das Papier des autonomen Plenums in Hamburg. In der Debatte wurden die Vorschläge ausführlich erläutert. Die autonomen Gruppen und der größte Teil der anwesenden BI's sprachen sich für eine Aktion noch vor Baubeginn aus. Durch die Tatsachen

- daß der Prozeß gegen das AKW Brokdorf verloren ist und NWK und HEW jetzt weiterbauen können
- die SPD sich auf ihrem Parteitag für das Atomprogramm ausgesprochen hat
- Stoltenberg durch Hinweise in den Medien auf eine zu erwartende Energiekrise den Weiterbau argumentativ vorbereitet

unterstrichen sie die Notwendigkeit, jetzt schon in den Entscheidungsprozeß aktiv einzugreifen. Entscheidungen sind leichter zu beeinflussen, wenn sie noch nicht endgültig gefallen sind.

Wenn erst weitergebaut würde, wären dafür die politischen, polizeilichen und technischen Strukturen geschaffen, die ein Eingreifen der BI's erschweren würden. Die Anti-AKW-Bewegung wäre wieder mal in einer Situation, wo sie auf vollendete Tatsachen reagiert. Die Demonstration am 23.12. - wo aus dem Stand und ohne große Mobilisierung mehrere tausend Menschen teilnahmen - habe die Bereitschaft vieler Menschen gezeigt, den Weiterbau jetzt praktisch zu verhindern. Zwar sei der Versuch gescheitert, ein Element aus dem Bauzaun herauszutrennen und als Symbol von konkretem Protest vor dem NWK-Zentrum in Brokdorf aufzustellen, jedoch wurden durch diese Aktion viele AKW-Gegner wieder motiviert, in den BI's mitzuarbeiten.

Brokdorf sei immer noch ein zentrales und reorganisierendes Moment in der Anti-AKW-Bewegung. Gerade weil ein bedeutender Teil der Bewegung den Kampf auf eine parlamentarische Ebene verlagert hat, wurde in den Diskussionsbeiträgen die Wichtigkeit betont, zu den Grünen/Bunten selbstorganisierte, außerparlamentarische und praktische Widerstandsformen zu entwickeln und aufzuzeigen, daß der Kampf gegen Atomanlagen noch nicht integriert ist. Für den Fall, daß Polizei und BGS - wie in Kalkar - AKW-Gegner daran hindern würden, in die Wilster Marsch zu reisen, sollten dezentrale Aktionen an Orten stattfinden, wo das Atomprogramm verwirklicht wird. Dieses müßte auf der Bundeskonferenz organisiert und vorbereitet werden.

Aktion nach Baubeginn

Der AK-Brokdorf und einige andere BI's sprachen sich gegen eine Aktion noch vor Baubeginn aus. Begründet wurde dieser Vorschlag, daß nach Baubeginn die Mobilisierung von weitaus mehr Menschen möglich sei als jetzt. Auch sei es zum momentanen Zeitpunkt äußerst schwer, die ortsansässige Bevölkerung von der Notwendigkeit einer solchen Aktion zu überzeugen. Bei allen großen Demonstrationen habe es jedesmal einen entsprechenden Anlaß und eine breite Empörung gegeben. Denkbar wäre allerdings eine Aktion z.B. bei der Stationierung von Polizei und BGS auf dem Bauplatz, die Erteilung einer zweiten Teilerrichtungsgenehmigung oder ähnlichen politischen Entscheidungen.

Die vollständige Orientierung auf den Bauzaun in Brokdorf angesichts der Situation, daß in Gorleben fleißig weitergebaut wird und z.B. allein in Schleswig-Holstein die Inbetriebnahme von Brunsbüttel ins Haus steht, wurde als Schwäche bzw. Resignation der Bewegung z.B. vor den Schwierigkeiten in Gorleben angesehen. Vorgeschlagen wurde die Durchführungen einer oder mehrerer Aktionswochen z.B. auch in Hamburg zur Vorbereitung einer späteren Großdemonstration sowie die Forcierung der sich neu entwickelnden Aktivitäten an verschiedenen Standorten - besonders die geplante Besetzung einer Tiefbohrstelle in Gorleben.

In einer etwas chaotischen Kampfabstimmung wurde der Beschluß getroffen, am 29./30.März ein bundesweites Arbeitstreffen in Brunsbüttel durchzuführen. Schwerpunktmäßig soll die Aktionswoche gegen den Bauzaun in Brokdorf im Frühjahr 80 vorbereitet und der Termin dafür festgesetzt werden. Vorher soll ein Vorbereitungstreffen stattfinden, an dem sich alle beteiligen können.

28.12.80 taz

ÖKOLOGIE

Stellungnahme zur Diskussion über Platzbesetzung in Brokdorf und Gorleben

Nach den Erfahrungen mit der Staatsgewalt vor und während der Demonstration gegen den Schnellen Brüter in Kalkar im September 1977 wurde das Mittel der Bauplatzbesetzung nicht mehr als direkte Handlungsmöglichkeit begriffen. Zu stark schienen die Gegner. Seit November, während und im Anschluß an den Brokdorf-Prozeß wird von dem Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie (Atomexpress Nr.17, S.6) und der BUU/autonom (taz 12.2.80) vorgeschlagen, den Bauplatz dort wieder zur Wiese zu machen.

Wir haben diese Vorschläge in unserer Gruppe diskutiert, müssen aber vorweg einräumen, daß wir über die örtlichen Bedingungen in Brokdorf nur vage informiert sind. Ergebnis war, daß wir eine Platzbesetzung in Brokdorf für unrealistisch halten.

Eure Begründungen

- "Es wird sicher nicht leicht sein, nach den Erfahrungen von Grohnde, Kalkar und Gorleben den Versuch einer Bauplatzbesetzung wieder zu einem praktischen Widerstandsmittel zu machen. Aber wenn wir dafür eintreten und ihn begründen, werden viele Menschen diesen notwendigen Schritt begreifen und wie vor drei Jahren versuchen, den Weiterbau praktisch zu verhindern; und dann wird Brokdorf endgültig nicht gebaut werden." (Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie)

- "Die Demonstration am 23.12.79, an der sich auch 23 Bauern mit ihren Treckern beteiligen, zeigte die Empörung der Kläger und weiterer AKW-Gegner über das Gerichtsurteil..." (BUU/autonom)

- "Wir meinen, daß die Anti-AKW-Bewegung stark genug ist, vor den Wahlen zu zeigen, daß wir gegen das Bonner Atomprogramm bereit sind auf die Straße zu gehen." (BUU)

sind gekennzeichnet von Verzweiflung, Wunschdenken und Appellen, nicht jedoch von einer Einschätzung, die für so eine Aktion ausreicht.

Dazu einige Fragen/Thesen:

Seit Herbst 77 hat sich für das westdeutsche Kapital aus wirtschaftlichen und militärischen Gründen ein noch stärkerer Zwang zur Durchsetzung des Atomprogramms ergeben. Wir müssen also grundsätzlich bei einem Versuch, den Bauplatz in Brokdorf zu besetzen, mindestens mit einem so umfangreichen und brutalen Vorgehen der Staatsgewalt rechnen wie in Kalkar. Den Verlauf der vorweihnachtlichen Demo am Bauzaun in Brokdorf sehen wir da als Ausnahme und nicht als Regel an.

Es müßte der Stand der Anti-AKW-Bewegung genauer bestimmt werden. Was die organisierten Anti-AKW-Gegner betrifft müssen wir für Berlin sagen, daß sie nach wie vor recht schwach sind.

Seht ihr nur noch die Alternative zwischen Platzbesetzung und garnichts-mehr-tun-können?

Hat der verlorene Gerichtsprozess zu einer Vergrößerung des Widerstandes in der Wilstermarsch geführt oder eher zu Resignation? Der Hinweis auf die 23 Bauern reicht uns nicht aus, um zu zeigen, daß große Teile der Bevölkerung den Widerstand gegen das AKW tragen. Demgegenüber scheinen uns Aktionen im Landkreis Lüchow-Dannenberg wie sie Rebecca vorschlägt (taz vom 8.2.80) für realistischer und einen Versuch wert:

Die Zeit bis Mai läßt eine gute Vorbereitung, besonders was die Einschätzung der eigenen Kräfte betrifft, zu.

Die Aktionsform kann entsprechend unserer tatsächlichen Kräfte verändert werden. Es gibt nicht nur einen Platz zum Handeln. Dabei muß allerdings von vornherein feststehen, daß diese Aktionen von der BI Lüchow-Dannenberg mitgetragen werden.

Anti-AKW-Gruppe
Berlin - Charlottenburg

Bisher 300 Mill. Mark investiert – Inbetriebnahme sichert Hamburgs Stromversorgung fürs ganze Jahrzehnt

HEW-Chef: Kernkraftwerk Brokdorf muß in sieben Jahren fertig sein!

In aller Form hat sich Finanzsenator Wilhelm Nölling für seine Brokdorf-Äußerungen vor den SPD-Delegierten entschuldigt — aber nur für den Zeitpunkt seines Bekenntnisses, auf das Kernkraftwerk könne nicht verzichtet werden. In der Sache blieb er hart.

Indes: Der Zeitpunkt, ein verbindliches Wort des Senats zu diesem brisanten Thema zu hören, darf nicht mehr lange auf sich warten lassen. „Wir hoffen in diesem Monat auf die Urteilsbegründung", sagte Hans Werner Oberlack, Vorstandssprecher der Hamburgischen Electricitätswerke in einem Gespräch mit der WELT.

Danach brauchen die HEW, die gemeinsam mit den Nordwestdeutschen Kraftwerken (NWK) je zur Hälfte sowohl das im Bau befindliche Kernkraftwerk Krümmel wie auch Brokdorf betreiben, die Genehmigung der schleswig-holsteinischen Landesregierung für den Weiterbau. Kiel wiederum verlangt die klare Unterstützung des Projekts durch Bundesregierung und Hamburger Senat.

Der HEW-Chef geht trotz dieser Vorbedingungen davon aus, daß Brokdorf 1987 seinen Betrieb aufnimmt.

Oberlack: „Aufgrund der laufenden Investitionsmaßnahmen ist die Stromversorgung bis Mitte der achtziger Jahre gesichert. Mit der Inbetriebnahme von Brokdorf wäre die Versorgung für das ganze Jahrzehnt abgedeckt."

Nöllings Ja zum Weiterbau des Ende 1976 durch Gerichtsbeschluß stillgelegten Kernkraft-Projekts an der Unterelbe (drei Jahre später erklärte das Verwaltungsgericht Schleswig die Teilgenehmigung für rechtmäßig) stützt sich auch auf die Beschlüsse des letzten SPD-Bundesparteitags. Nölling: „Brokdorf ist dadurch gedeckt." Oberlack assistierte jetzt mit Details: „Brokdorf gehört zu den im Bau befindlichen Kernkraftwerken. Die Kraftwerkselemente — 1975 in Westdeutschland sowie in Schweden und Österreich in Auftrag gegeben — sind zum größten Teil fertig." Die bisherigen Kosten für den Hauptauftrag liegen bei 255 Millionen Mark; die Gesamtaufwendungen, einschließlich der Kosten für Geländeaufschließung und Sicherung des Brokdorf-Areals, betragen bisher rund 300 Millionen Mark.

Das Projekt war bei der Auftragsvergabe mit zwei Milliarden Mark kalkuliert worden, es wird nunmehr — so schätzt der HEW-Vorstandssprecher — „bestimmt über drei Milliarden Mark kosten". Dennoch werde Brokdorf, im Vergleich zu einem Kohlekraftwerk mit jährlich 250 Millionen Mark weniger zu Buch schlagen; für den Verbraucher mache das einen Preisunterschied von drei Pfennig pro Kilowattstunde aus.

Die Nutzung der Kernkraft erscheint nicht nur wegen der Parole „Weg vom Öl" in einem anderen Licht. Auch die Verknappung der Kraftwerkskohle — Nölling sieht praktisch keine Möglichkeiten zur Ausweitung der Kohlelieferungen — zwingt viele Politiker zu einem Überdenken ihrer bisherigen Haltung gegenüber Kernkraft. Oberlack: „Um 1985 bis 1990 wird Kohle weltweit knapp." Hinzu kommt die Erkenntnis, daß Kohlekraftwerke in unmittelbarer Nachbarschaft eine ungleich höhere Strahlenbelastung als Kernkraftwerke verursachen.

Hamburg plant neben dem Bau von zwei neuen Heizkraftwerken die Errichtung eines Kohlekraftwerks zur Stromerzeugung. Die HEW haben bei der Standortwahl ihr Interesse für das ehemalige Gaswerksgelände Kattwyk angemeldet.

Daß das Kernkraftwerk Krümmel 1982 in Betrieb geht, steht außer Frage — selbst die Kieler SPD-Spitze hat das akzeptiert. Die HEW sind auf diese Lieferung zur Versorgung ihrer 2,5 Millionen Abnehmer im Großraum Hamburg dringend angewiesen.

Oberlack: „Krümmel muß den Strom ersetzen, den wir bisher von der Ruhr bekamen." Das waren im vergangenen Jahr rund eine Milliarde Kilowattstunden, 7,5 Prozent des Hamburger Bedarfs. Denn auch das Revier braucht in den nächsten Jahren seinen Strom für die eigene Versorgung. HERBERT SCHÜTTE

WELT 6.3.80

Der Bürgermeister widerspricht den Auffassungen seines Finanzsenators und der HEW:

Auf das Kernkraftwerk kann verzichtet werden

Klose: „Wir sollten Brokdorf nicht bauen"

WELT 7.3.80

Im Hamburger Senat herrschen schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten über den künftigen energiepolitischen Kurs — insbesondere zwischen Bürgermeister Hans-Ulrich Klose und Finanzsenator Wilhelm Nölling, dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Hamburgische Electricitätswerke AG.

Bei einem Besuch in Kiel erklärte Klose gestern vor der dortigen Landespressekonferenz: „Wir sollten das Kernkraftwerk Brokdorf nicht bauen." Der Bürgermeister fügte hinzu, dies sei allerdings seine „persönliche Einstellung als Sozialdemokrat", und er könne nicht ausschließen, daß er in dieser Frage im Senat überstimmt werde. Zur Zeit sei der Senat dabei, sich eine Meinung zu bilden. Ende April/Anfang Mai werde die Landesregierung der Hansestadt eine Stellungnahme zu dem geplanten Kernkraftwerk in Brokdorf abgeben.

Klose bekräftigte zwar seine Auffassung, die Kernkraftwerke Krümmel bei Geesthacht und Brunsbüttel seien für die Stromversorgung in Schleswig-Holstein und Hamburg unentbehrlich. Er betonte aber, auf Brokdorf könne verzichtet werden.

Finanzsenator Wilhelm Nölling hatte im Unterschied dazu kurz vor dem letzten SPD-Landesparteitag (die WELT berichtete) erneut und nachdrücklich gerade auch das Kernkraftwerk in Brokdorf gefordert. Nölling stand dabei unter dem frischen Eindruck einer von ihm geleiteten Aufsichtsratssitzung der HEW. Dieses Gremium befaßte sich mit den Notwendigkeiten für die mittel- und langfristige Energieversorgung der Hansestadt und ihres Umlands. Die von HEW-Vorstandssprecher Hans-Werner Oberlack und seinen Experten vorgelegten und erläuterten Bedarfsprognosen und Kapazitätsberechnungen hatten Nölling in seiner Auffassung bestärkt, Brokdorf sei notwendig.

Die — im wahrsten Sinne des Wortes — „Kernfrage" für die energiepolitischen Entscheidungen des Senats lautet offenkundig: Welchen Stellenwert haben die Forderungen der Experten im Hinblick auf eine sichere Stromversorgung Hamburgs bis zum Ende dieses Jahrhunderts für die Rathausregierung? Politische Beobachter sind seit geräumer Zeit sicher, daß der Bürgermeister sich bei seiner Haltung zur Kernenergie und zum Thema Brokdorf nicht nur von Entsorgungs- und anderen technologischen Problemen leiten läßt; eine große Rolle spielt für Klose offenkundig auch, daß ein „Ja" zu Brokdorf aus seinem Munde den linken SPD-Flügel gegen ihn mobilisieren und damit seinen innerparteilichen „Integrationskurs" gefährden würde. Vor der Landespressekonferenz äußerte Klose sich auch noch einmal zum Projekt Kaltenkirchen. Er bekräftigte die grundsätzliche Bereitschaft des Senats, diesen Flughafen zu bauen. Über die Finanzierung müsse aber „noch verhandelt" werden. Bisher ist vertraglich eine Aufgliederung des Stammkapitals mit 64 Prozent für Hamburg, 26 Prozent für den Bund und zehn Prozent für Schleswig-Holstein vorgesehen. Nach Kloses Auffassung muß berücksichtigt werden, daß 30 bis 35 Prozent der Besucherausnutzung in Fuhlsbüttel auf das nördlichste Bundesland entfallen. UWE BAHNSEN

35

Kieler Verfassungsschutz warnt: Hamburger Abendblatt 8./9. 3. 80

Gewalttäter formieren sich zu neuen Aktionen

Eigener Bericht

rm **Kiel, 8. März**

Schleswig-Holsteins Kernkraftgegner formieren sich zu einem neuen Angriff gegen den Bau des Kernkraftwerks Brokdorf. Nach ihrer Niederlage vor dem Schleswiger Verwaltungsgericht haben sie wieder Tritt gefaßt und planen „erneute gewalttätige Aktionen". Das geht aus dem schleswig-holsteinischen Verfassungsschutzbericht 1979 hervor, den Innenminister Barschel (CDU) am Freitag in Kiel erläuterte.

„Die Sicherheitsbehörden müssen sich in Kürze auf neue Auseinandersetzungen in Brokdorf einstellen", heißt es in dem Bericht. Dazu Barschel: „Wir beobachten hier sorgfältig und bereiten uns, ohne unter Zeitdruck zu stehen, behutsam vor."

Barschel wies auf die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes hin, nach denen die sonst verfeindeten orthodoxen Kommunisten und die sogenannte „Neue Linke" sowohl an der Antikernkraftfront als auch in der „Stoppt-Strauß-Bewegung" zusammenarbeiten. Gemeinsames Ziel der Kommunisten aller Schattierungen: Ein Aktionsbündnis mit den „Grünen".

Im Zentralorgan der KPD „Rote Fahne" wird frohlockend gemeldet, daß bereits über 400 Mitglieder der alternativen Liste West-Berlins einen Farbenwechsel vollzogen hätten, nachdem die Grünen auf ihrem Karlsruher Gründungsparteitag eine Doppelmitgliedschaft verboten hatten. Die Linken waren dadurch mit 40 Delegierten beim Bundeskongreß vertreten. Gleiche Erfolgsmeldungen berichtet das Blatt auch aus Hamburg und Nordrhein-Westfalen. Dazu der Verfassungsschutzbericht: Ein eindeutiger Beweis für die Unterwanderung der Umweltschutzorganisation.

Innenminister Barschel (CDU) sagte: „Wir bleiben wachsam"

Wenn sich also am kommenden Sonntag die norddeutschen Grünen in Wilster treffen, um die Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen für Umweltschutz und gegen Atomanlagen vorzubereiten, die am 29. und 30. März in Brunsbüttel stattfinden soll, sind die Kommunisten dabei.

Barschel warnte vor der „trügerischen Ruhe im extremistischen Lager". Zwar bilden gegenwärtig weder Neonazis noch Linksextremisten eine Gefahr, aber der „Kommunistische Bund Westdeutschland" (KBW) habe seine Schlagkraft erhalten und sogar ausbauen können. Der KBW sei somit die stärkste Kraft der neuen Linken, während die meisten anderen K-Gruppen sich in einem fortschreitenden Prozeß der Auflösung befänden. Die Rechtsextremisten verfügen nur noch über rund 700 Mitglieder in Schleswig-Holstein.

HA. ABENDBLATT 8/9.3.80

Die Welt 8.3.80

Kiel befürchtet neue Anschläge in Brokdorf

Die Welt 8.3.80

Lam./lno, **Kiel**

In der Zelle der Terroristin Christine Kuby, die in der Justizvollzugsanstalt Lübeck eine Haftstrafe verbüßt, sind im November Anleitungen zum Bau eines Flächenschußgerätes gefunden worden. Das wurde gestern bei der Vorlage des Verfassungsschutzberichtes des schleswig-holsteinischen Innenministeriums für das Jahr 1979 bekannt.

Die Schußgeräte, die einer Stalinorgel aus dem 2. Weltkrieg ähneln, hatte die Polizei im August 1979 vis-à-vis der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe gefunden.

Innenminister Uwe Barschel (CDU) betonte gestern bei der Vorlage des Berichts in Kiel, es würden noch immer 40 Terroristen gesucht. Dem Ministerium lägen Erkenntnisse vor, die auf „erneute gewalttätige Aktionen" um das geplante Kernkraftwerk Brokdorf hindeuten. „Ohne unter Zeitdruck zu stehen, bereiten wir uns behutsam vor."

Zur Extremisten-Szene stellt der Verfassungsschutzbericht unter anderem fest:

- Die Neo-Nazis bilden zur Zeit keine Gefahr. Ansätze gewalttätiger rechtsextremer Bestrebungen und Aktivitäten konnten im Keim erstickt werden. Die 13 festgestellten Organisationen verfügen nur noch über rund 700 Mitglieder. „Damit verringerte sich ihre Zahl 1979 gegenüber dem Vorjahr im Bundesgebiet um 1,7 Prozent, in Schleswig-Holstein aber um 11,5 Prozent."
- Die Linken befinden sich nach Barschels Worten „in einem fortschreitenden Prozeß der Auflösung". Doch verdiene die DKP mit ihrer massiven finanziellen Unterstützung aus der „DDR" besondere Aufmerksamkeit. Insgesamt sind 2700 Mitglieder linksextremistischer Organisationen aktiv. Der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) sei die stärkste Kraft der „Neuen Linken".

Ein besonderes Kapitel bildet nach Auffassung des Ministers die Situation linker Gruppen an den Hochschulen. Barschel nannte es einen ernstzunehmenden Vorgang, daß die Jungsozialisten in Kiel sich mit „verfassungsfeindlichen Gruppen" verbündet hätten. Bei den Wahlen zum Studentenparlament hätten die Linken an einigen Hochschulen gewisse Erfolge erzielt.

FAZ 8.3.80

Neue Kampfformen linksextremer Gruppen gegen Kernkraft-Anlagen

„Trügerische Ruhe" / Kieler Verfassungsschutzbericht

al. KIEL, 7. März. Auf neue Kampfformen linksextremer Gruppen bei deren Vorgehen gegen Kernkraftanlagen in der Bundesrepublik hat der schleswig-holsteinische Innenminister Barschel am Freitag bei der Vorlage des Verfassungsschutzberichtes für 1979 hingewiesen. Es ist der erste Bericht über das vergangene Jahr, den ein Bundesland vorlegt.

In dem Maße, in dem der Einfluß der K-Gruppen auf der politischen Szene zurückgegangen sei, habe sich die Zahl der Sprengstoffanschläge und anderer Aktionen gegen Einrichtungen der Energiewirtschaft, insbesondere der Kernkraftbetreiber, vergrößert. Dabei erweise es sich wegen der vielfältigen Erscheinungsformen der Kampf- und Widerstandsformen als zunehmend schwierig, diese linksextremistische Militanz von terroristischen Bestrebungen abzugrenzen, heißt es in dem Bericht.

Aus Schleswig-Holstein wird eine Reihe von einzelnen Anschlägen genannt. Im März 1979 wurden mehrere Transportfahrzeuge eines Bohrtrupps, der mit geophysikalischen Untersuchungen im Raum Schwarzenbek/Tritau (nordöstlich von Hamburg) beauftragt war, stark beschädigt. Bremsleitungen und Stromkabel wurden durchschnitten, Salz in die Tanks geschüttet.

Im April gelangten unbekannte Täter auf einen durch Gitterdraht gesicherten Trageturm eines Hochspannungsmastes bei Pinneberg, der Teil einer Leitung über die Elbe ist. Da sie sich offenbar beobachtet fühlten, sei ein Anschlag unterblieben. Die Leitung gehört der NWK, die an Brokdorf beteiligt ist. Im Juni wurden Überlandleitungen, die zum fast fertiggestellten Kernkraftwerk Krümmel an der Unterelbe führen, durchtrennt. Die Leitungen waren vorher schon einmal zerstört worden.

Der Verfassungsschutz hat Erkenntnisse, daß von diesen Gruppen neue gewalttätige Aktionen am Bauplatz des Kernkraftwerks Brokdorf geplant werden. Unter dem Einfluß des Störfalls von Harrisburg sei es bereits am 23. Dezember in Brokdorf zu einer Demonstration mehrerer hundert, zum Teil militant ausgerüsteter Kernkraftgegner gekommen. Sie hätten versucht, den Bauplatz durch Niederreißen des Zaunes zu besetzen. Das sei aber am Einsatz der Polizei gescheitert. Neben Bolzenschneidern und Seilen hätten diese Kernkraftgegner erstmals einen durch Notstromaggregat gespeisten Winkelschleifer eingesetzt.

Barschel wies darauf hin, daß es ähnliche Entwicklungen auch in anderen Bundesländern gebe. Der Bericht erwähnt ein im Juni aufgetauchtes „Handbuch zur Selbsthilfe — Erfahrungen aus Widerstandsaktionen und Hinweise zum praktischen Widerstand gegen Atomanlagen", das dem Inhalt und der Aufmachung nach dem terroristischen Randbereich zuzurechnen sei. Die Schrift suggeriere die Notwendigkeit, die Schwellenangst vor Gewalttätigkeiten zu überwinden.

Auf den Unvereinbarkeitsbeschluß der „Grünen", der eine Mitgliedschaft in anderen Gruppierungen — so eben auch in den linksextremen — ausschließt, reagierten die K-Gruppen nicht nur mit diesen militanten Untergrundaktionen, sie verstärkten auch ihre Bemühungen, die Grünen unerkannt zu unterwandern und traten außerdem in ein Bündnis mit den bunten und Alternativen Gruppen ein, sagt der Kieler Verfassungsschutz. Er beruft sich auf Veröffentlichungen des Zentralorgans der KPD. Darin werde auch bekanntgegeben, daß von der Alternativen Liste West-Berlin über 400 Mitglieder in die „Grünen" eingetreten seien und auf deren Kongreß daher mit rund 40 Delegierten vertreten gewesen seien. Auch in Nordrhein-Westfalen und Hamburg gebe es solche Entwicklungen.

Barschel sagte, durch rechtzeitiges und energisches Eingreifen der Sicherheitsbehörden sei es gelungen, Ansätze gewalttätiger neonazistischer Bestrebungen und Aktivitäten in Schleswig-Holstein im Keim zu ersticken. Die linksextremistischen K-Gruppen befänden sich in Schleswig-Holstein insgesamt in einem Prozeß der Auflösung. Die DKP stagniere. Beide Linksextremen versprächen sich Aktivierungen und Bündnispartner durch von ihnen ins Leben gerufene Bewegungen unter dem Motto „Stoppt Strauß" und im Bereich der Kernenergiegegner. Die Ruhe im extremistischen Lager sei trügerisch. Sorge bereiten auch extremistische Ausländergruppen, insbesondere bei den Türken. „Wir dürfen nicht zulassen, daß in der Bundesrepublik ein Kampf ausgetragen wird, der in den Herkunftsländern schwelt."

(37)

FR. 7.3.80

Klose gegen Brokdorf

pl HAMBURG, 6. März. Gegen den Bau des geplanten Kernkraftwerks bei Brokdorf an der Unterelbe hat sich Hamburgs Bürgermeister Hans-Ulrich Klose (SPD) ausgesprochen. Vor der Landespressekonferenz in Kiel betonte der Bürgermeister am Donnerstag, das sei seine persönliche Einstellung als Sozialdemokrat. Wenn Ende April oder Anfang Mai im Senat über diese Frage entschieden werde, könne er auch überstimmt werden. Das sei dann für ihn kein Rücktrittsgrund. Hamburgs Finanzsenator Wilhelm Nölling hatte sich erst kürzlich für einen Bau des Kernkraftwerkes bei Brokdorf ausgesprochen.

Das Verwaltungsgericht Schleswig hatte Ende 1979 zahlreiche Klagen gegen die erste Teilgenehmigung für den Bau des Kraftwerks abgewiesen. Die staatlichen „Hamburger Electrizitätswerke" gehören zu den Betreibern des geplanten Kraftwerks, das auch für Hamburg Strom liefern soll.

F.R. 10.3.80

UWE BARSCHEL, Innenminister Schleswig-Holsteins, sieht ideologische Gemeinsamkeiten radikaler Kernkraftgegner und Gegner des Unions-Kanzlerkandidaten Franz-Josef Strauß. Mit dem Hinweis, die Landesregierung erwarte „neue gewalttätige" Aktionen um das geplante Kernkraftwerk Brokdorf, meinte der Minister, sonst verfeindete orthodoxe Kommunisten und die „Neue Linke" arbeiteten hier zusammen. „Die Stoppt-Strauß-Bewegung und die Anti-Kernkraft-Bewegung werden von den Führungen beider Flügel des Linksextremismus als Stimulans für die Aktivitäten der Anhängerschaft benutzt".

Stoltenberg signalisiert Klose Bereitschaft zu neuen Gesprächen

Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg (CDU) hat dem Hamburger Bürgermeister Hans-Ulrich Klose (SPD) „trotz der bekannten Differenzen" über den Bau des Kernkraftwerks Brokdorf, des Flughafens Kaltenkirchen und den Norddeutschen Rundfunk seine Bereitschaft zu neuen Gesprächen signalisiert.

Stoltenberg vertrat die Ansicht, es liege im Interesse der Bürger Hamburgs und Schleswig-Holsteins, daß die künftige Politik des Senats in allen diesen Bereichen „gemeinsamer Verantwortung" wieder überschaubarer und kalkulierbarer werde. Auch wurde jetzt bekannt, daß der schleswig-holsteinische Regierungschef nach dem Besuch von Klose in Kiel (WELT vom 7. März) dem Hamburger Senat ein entsprechendes Schreiben gesandt hat.

Welt 11.3.80

Der Ministerpräsident kritisierte allerdings gestern in Kiel, daß die Hamburger Politik in wichtigen Punkten „widerspruchsvoll" sei. Das gelte besonders für Kloses Äußerungen zur Energieversorgung und zum Flughafen Kaltenkirchen.

Stoltenberg: „Was sollen die Bürger davon halten, wenn Klose in Kiel erklärt, er sei ‚persönlich' gegen das Kernkraftwerk Brokdorf, wenn der Hamburger Finanzsenator Nölling öffentlich nachdrücklich für dieses Vorhaben eintritt, die Haltung des Senats von Klose als ‚offen' bezeichnet wird und die vom Senat maßgeblich bestimmten Hamburgischen Electricitäts-Werke ihren Bauantrag ausdrücklich aufrechterhalten?"

Die Anteile an der Flughafengesellschaft Kaltenkirchen seien einvernehmlich vertraglich festgelegt. Schleswig-Holstein sehe keinen Grund, sie zu ändern. Stoltenberg wies darauf hin, daß auch bei einer unterschiedlichen Rechtsauffassung über die Kündigung des NDR-Vertrages Fragen einer Überleitung des Senders besonders im Interesse der Mitarbeiter vordringlich seien.

Der amtierende NDR-Intendant, Günter Pipke, hat dafür einen neuen Konflikt beim NDR ausgelöst, indem er den kommissarischen Stellvertretenden Direktor des Funkhauses Kiel, Klaus Schönfeldt, seines Amtes enthoben hat. Schönfeldt war von dem früheren NDR-Intendanten Martin Neuffer eingesetzt worden. Die Kieler SPD-Landtagsfraktion: „Ein abgekartetes Spiel" zwischen der CDU im NDR-Verwaltungsrat und dem CDU-Mitglied Pipke.

BERND LAMPE

In Brokdorf geht es bald wieder los

scho Brokdorf — In Brokdorf soll wieder demonstriert werden!

Auf einem norddeutschen Beratungstreffen in Brunsbüttel beschlossen am Wochenende mehr als 250 Vertreter von Bürgerinitiativen angesichts des drohenden Baubeginns in Brokdorf zu einer bundesweiten Protestdemonstration aufzurufen.

Die Anti-Atom-Initiatven, bei denen eine Mehrheit auch für eine Bauplatzbesetzung ist, erwartet Teilnehmer aus ganz Westeuropa.

Am 9. März wollen sich die norddeutschen Bürgerinitiativen in Wilster treffen, um die Bundeskonferenz für Umweltschutz und gegen Atomanlagen vorzubereiten, die am 29. und 30. März in Brunsbüttel stattfinden soll.

Die Bürgerinitiativen aus Schleswig-Holstein wollen sich jetzt ganz auf die Demonstrationsschwerpunkte Gorleben und Brokdorf konzentrieren.

Landesweit soll auch gegen eine Wiederinbetriebnahme des seit Juni 1978 stillgelegten Kernkraftwerks Brunsbüttel demonstriert werden.

FAZ 18.3.80

FAZ 18.3.80

„Ausreichende Entsorgung" ist nicht Bedingung für Kernkraftwerke

Begründung des Brokdorf-Urteils des Verwaltungsgerichts Schleswig

Vorrang des Gesetzgebers und der Exekutive

fr. SCHLESWIG, 17. März. Das Verwaltungsgericht Schleswig hat jetzt die Begründung seines Urteils, mit dem nach einem etwa drei Jahre dauernden Prozeß die Rechtmäßigkeit der im Oktober 1976 erteilten ersten Teilerrichtungsgenehmigung für das in Brokdorf an der Unterelbe geplante Kernkraftwerk bestätigt wurde, den Prozeßbeteiligten zugestellt. Damit beginnt die Vierwochenfrist zu laufen, innerhalb deren Berufung zum Oberverwaltungsgericht Lüneburg (das für Schleswig-Holstein und Niedersachsen gemeinsam als Berufungsinstanz dient) eingelegt werden kann. In der 58 Seiten umfassenden Urteilsbegründung legt die X. Kammer des Verwaltungsgerichts, die unter Vorsitz von Richter Feist vom 1. bis 5. Oktober vorigen Jahres und dann noch einmal vom 26. bis 30. November mündlich verhandelt hat, die Grenzen verwaltungsgerichtlicher Kontrolle von atomrechtlichen Entscheidungen dar (Aktenzeichen 10 A 512/76). Den Verwaltungsgerichten obliege es nicht, „den der Exekutive zugewiesenen Bewertungsvorgang durch ein erneutes Verfahren zur Ermittlung und Beurteilung der unterschiedlichen Meinungen auf dem Gebiet des Strahlenschutzes und der Reaktorsicherheit zu ergänzen". Wenn sie sich so verhielten, würden die Verwaltungsgerichte Aufgaben an sich ziehen, die nach dem Atomgesetz der Exekutive zustünden: „Sie würden gestaltende Aufgaben übernehmen und die Grenzen der Rechtskontrolle überschreiten." Die Kammer faßt zusammen: „Das gerichtliche Verfahren ist kein zweites Genehmigungsverfahren."

Das Urteil bezieht sich nicht auf alle Klagen gegen die erste Teilerrichtungsgenehmigung für das Kernkraftwerk Brokdorf, das die Nordwestdeutsche Kraftwerke AG und die Hamburgischen Electricitätswerke — mehrheitlich im Eigentum des Landes Hamburg — betreiben wollen und denen die zuständigen Ministerien des Landes Schleswig-Holstein am 25. Oktober 1976 die erste Teilerrichtungsgenehmigung gegeben haben. Das Urteil beendet lediglich den Rechtsstreit, den vier Gemeinden in der Nähe von Brokdorf (bemerkenswerter Weise nicht die Gemeinde Brokdorf selbst) gegen die Genehmigungsbehörde angestrengt haben und neun Klagen einzelner, in Brokdorf oder in seiner unmittelbaren Nähe wohnender Kläger. Die Klagen von etwa 250 Personen, die weit über die Bundesrepublik verstreut wohnen, zum Teil sogar im Ausland, und die von dem Bremer Staatswissenschaftler Soyka vertreten wurden, sind in der mündlichen Verhandlung abgetrennt worden. Sie werden Gegenstand eines späteren Urteils sein. Hier wird vermutlich die Frage der Zulässigkeit der Klagen im Vordergrund stehen; es wird darum gehen, ob das Gericht der Behauptung der Kläger folgt, die Gefahren der Atomenergie seien so groß, daß jedermann, gleichviel, wie weit er von einem geplanten Kraftwerk wohne, in seinen Rechten verletzt sein könne.

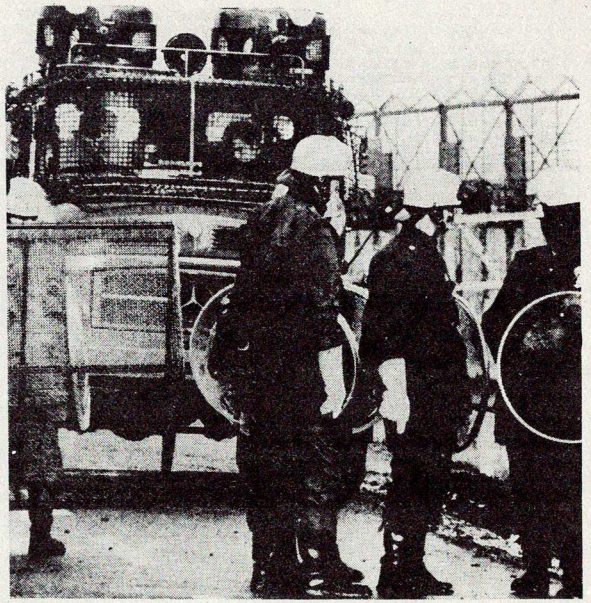
In dem vorliegenden Urteil wurde die Zulässigkeit der neun Einzelklagen bejaht; alle Kläger wohnten „in der unmittelbaren oder näheren Umgebung zu dem geplanten Kernkraftwerk Brokdorf". Doch die Klagen der vier Gemeinden wurden im wesentlichen als unzulässig abgewiesen. Die Gemeinden seien „nicht befugt, zum Schutze ihrer Bürger vor den Gefahren der Kernenergie ... Klage vor dem Verwaltungsgericht zu erheben". Eine Ausnahme machte das Gericht nur für die Gemeinde Wewelsfleth, die sich darauf berufen hatte, ein ihr gehörender Acker werde nach Errichtung eines Kernkraftwerkes auf die bisherige Art nicht mehr genutzt werden können. Die Behauptung der Gemeinden, sie seien in ihrer Planungshoheit beeinträchtigt, wurde zurückgewiesen: der „örtliche Bereich" der klagenden Gemeinden werde von dem Plan nicht berührt. Auch die Behauptung der Gemeinde Wewelsfleth, ihre Entwicklung zu einem Fremdenverkehrsort werde durch den Kernkraftwerksbau beeinträchtigt, wurde von dem Gericht nicht akzeptiert. Hier handele es sich nur um eine „Vermutung" der Gemeinde, „die weder rechtlich überprüft werden" noch in irgendeiner Weise unmittelbaren Einfluß auf die Plangestaltung der planenden Gemeinde haben kann".

„Der politische Wille ist vorhanden"

Das Gericht stützt sich weithin auf den sogenannten Kalkar-Beschluß des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 8. August 1978, in dem die Kompetenz des Gesetzgebers für die grundlegenden Entscheidungen in Fragen der Kernenergie hervorgehoben worden ist und die Befugnis der Exekutive, den vom Gesetzgeber vorgegebenen Rahmen auszufüllen. Hierbei ist der Schlüsselbegriff der „Stand von Wissenschaft und Technik", der im Bundesatomgesetz als Maßstab für die Prüfung aufgestellt worden ist, ob ein Atomkraftwerksplan die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen erfüllt. Den Begriff des „Standes von Wissenschaft und Technik" bezeichnet das Schleswiger Gericht als einen unbestimmten Rechtsbegriff, der „von großer Öffenheit und Auslegungsbedürftigkeit" sei, aber dennoch dem im Rechtsstaatsprinzip wurzelnden Gebot der Bestimmtheit des Gesetzes nicht widerspreche. Zwar stehe es den Verwaltungsgerichten zu, die Erüllung der in diesem Begriff enthaltenen Forderungen — sie sind nach dem Schleswiger Gericht „für zukünftige Entwicklungen offen" — zu überprüfen. Aber: „Den Verwaltungsgerichten obliegt es ... nicht, im Wege nachträglicher Rechtskontrolle die Bewertung dieser Streitfragen seitens der Exekutive durch ihre eigene Beurteilung zu ersetzen." Das Schleswiger Gericht stützt sich auch auf die in dem Kalkar-Beschluß des Bundesverfassungsgerichts enthaltene einschränkende Formulierung, daß der Gesetzgeber und die Exekutive, in der vom Gesetz vorgegebenen Verteilung der Aufgaben, bei der Beurteilung der Risiken und bei der Verfolgung des Ziels größtmöglicher Sicherheit von atomtechnischen Anlagen den Geboten der „praktischen Vernunft" zu folgen hätten.

Unter diesem Gesichtspunkt werden in dem Brokdorf-Urteil die Sicherheits-Rügen der Kläger abgehandelt. Dabei akzeptiert das Gericht das von ihm „Regelwerk" genannte Geflecht der gesetzlichen Regelungen mit Verordnungen, Richtlinien, Erlassen und Sachverständigen-Bekundungen (zum Beispiel der Reaktor-Sicherheitskommission), das bei atomrechtlichen Genehmigungen zu beachten ist und in engem Zusammenwirken von Bundes- und Länderinstanzen zustande kommt. Im einzelnen hat das Gericht nachgeprüft, ob jenes „Regelwerk" unter dem Gesichtspunkt des Sicherheitsgebots, aber auch der Auslegung dieses Gebots im Sinne der „praktischen Vernunft" und der Aufgabenverteilung an Gesetzgeber, Exekutive und Rechtsprechung im Falle der ersten Teilerrichtungsgenehmigung für Brokdorf beachtet worden ist, was insgesamt bejaht wird.

Das Gericht geht ein auf die Berechnungen hinsichtlich der möglichen Strahlenbelastung und die Behauptung der Kläger, jedenfalls bei einem Zusammentreffen ungünstiger Bedingungen sei dem Sicherheitsgebot nicht Genüge getan. Das Gericht kommt zu dem Ergebnis, auch die Vorbelastung des Raumes Brokdorf durch die Kernkraftwerke Brunsbüttel (derzeit nicht in Betrieb) und Stade (am niedersächsischen Elbufer) stelle nach dem insoweit überzeugenden Vortrag der Sachverständigen „kein Hindernis" für die Wahl des Standortes Brokdorf für ein Kernkraftwerk dar. Was die Belastung des Elbwassers angeht, wird auf eine spätere wasserrechtliche Entscheidung verwiesen. Die Folgerungen aus den geologischen Untersuchungen, den Standort Brokdorf betreffend, seien „rechtsfehlerfrei"; Brokdorf liege in einer Zone ausgesprochen geringer Gefährdung durch Erdbeben. Auch Katastrophenschutz-Maßnahmen könnten in hinreichendem Umfang getroffen werden. Das Gericht weist darauf hin, daß die Bevölkerungsdichte in der Umgebung von Brokdorf „deutlich geringer" sei als in der Umgebung bereits genehmigter Kraftwerke. Auch was die von der ersten Teilgenehmigung erfaßten Baumaßnahmen angeht (die Genehmigung reicht bis zur Errichtung der Bodenplatte auf einer entsprechenden Pfahlgründung), sieht das Gericht unter dem Gesichtspunkt der „praktischen Vernunft" keine Verstöße gegen das Sicherheitsgebot, auch nicht, was zum Beispiel Tankerunfälle auf der Elbe oder was Flugzeugabstürze angeht. Insgesamt: „Die bereits genehmigten Baumaßnahmen sind in ihrem Umfang so ausgelegt, daß das Kernkraftwerk Brokdorf gegen alle zu erwartenden Gefahren sicher errichtet und betrieben werden kann."



Der Bundesgrenzschutz sperrt das Kernkraftwerk Brokdorf. Foto Keystone

Das Gericht stützt sich auf den Kalkar-Beschluß

Von besonderem Interesse sind die Ausführungen des Urteils zur Entsorgungsfrage. Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hatte in seinem Beschluß vom 17. Oktober 1977, der den von der Schleswiger Kammer verfügten vorläufigen „Baustopp" für Brokdorf bestätigte, die Rechtmäßigkeit der Baugenehmigung auch in einer frühen Stufe, wie sie die erste Teilgenehmigung darstellt, an eine hinreichend sichere Prognose geknüpft, was die Regelung der Entsorgung „(Endlagerung und/oder Wiederaufarbeitung abgebrannter aber noch strahlender Brennelemente) angeht. Das Verwaltungsgericht Schleswig nimmt hier nun eine zurückhaltendere Position ein. Zwar wird eingeräumt, daß „zur Zeit" nicht „mit absoluter Sicherheit" feststehe, „ob und wann die Entsorgung von Kernkraftwerken verwirklicht werden kann". Doch der „politische Wille der Legislative und der Exekutive" sei vorhanden, das Problem „langfristig zu lösen". Der Gesetzgeber hat aber die „ausreichende Entsorgung nicht zu einer Genehmigungsvoraussetzung" machen wollen. Das Gericht kommt auf der einen Seite zu dem Ergebnis, daß die Genehmigungsbehörden zwar ursprünglich nicht hinreichend deutlich gemacht hätten, welche „Ermessenserwägungen" sie über eine ausreichende Entsorgung angestellt hätten. Das Gericht sieht das aber in zulässiger Weise — und unter Beteiligung des Bundesinnenministeriums — als nachträglich erbracht an. Wenn auch das Gericht eine unter dem Sicherheitsgebot zufriedenstellende Entsorgung zurückhaltend als „nicht ausgeschlossen" bezeichnet, nimmt es das Streben der dazu berufenen Organe nach einer Entsorgung mit den Zwischenstationen einer sicheren Zwischenlagerung, wie sie von den Betrieben auch in Sachen Brokdorf inzwischen hinreichend dargetan worden sei, als hinreichend für die Rechtmäßigkeit der ersten Teilgenehmigung an.

Zu den Beweisanträgen der Kläger, die auf die Feststellung zielen, die Entsorgungsfrage sei derzeit überhaupt unlösbar, sagt das Gericht, eine Prüfung in dieser Sache, die „viele Jahre dauernde Ermittlungen" umfassen würden, liege außerhalb der den Verwaltungsgerichten obliegenden „Aufgabe nachträglicher Rechtskontrolle". Freilich bleibe ein „Maß von Ungewißheit" zurück. Wiederum beruft sich das Gericht auf den Kalkar-Beschluß des Bundesverfassungsgerichts: Es sei nicht Aufgabe der Gerichte, „mit ihrer Einschätzung an die Stelle der dazu berufenen politischen Organe zu treten". Die Endlagerung liege „im Risikobereich sowohl der Beigeladenen wie auch der Beklagten" — das heißt, der Betreiber und der Genehmigungsbehörde; „auch ihnen ist klar, daß ohne endgültige Lösung des Entsorgungsproblems ... das geplante Kernkraftwerk Brokdorf nicht auf Dauer betrieben werden kann".

Mit diesen Worten rückt das Gericht von dem Teil der Verwaltungsrechtsprechung ab, die eine Koppelung schon der Genehmigungen von Kernkraftwerken in einem frühen Stadium mit der Entsorgung gefordert hatte. Das Gericht erinnert aber zugleich daran, daß spätestens bei der Betriebsgenehmigung die Entsorgung — oder auch, gemäß den letzten Beschlüssen der Regierungschefs von Bund und Ländern, die hinreichend sichere Zwischenlagerung — zu den Sicherheitsvoraussetzungen gehören werde. Die von den Verwaltungsgerichten hier zu beachtende richterliche Zurückhaltung umschreibt das Schleswiger Gericht mit einem Hinweis auf die unterschiedliche Rechtsprechung zu den Sicherheits-Forderungen an Kernkraftwerke: Hier zeige sich, „zu welchen Konsequenzen es führt, wenn jedes Verwaltungsgericht seine eigene Risikoabschätzung ... vornimmt".

39

Hamb. Morgenp. 20.3.80

CDU: Jetzt Brokdorf bauen!

vh Hamburg – Eine klare Entscheidung für den Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf fordert die Hamburger CDU vom Senat. Den Widerstand von Bürgermeister Klose gegen den Brokdorf-Bau bezeichnete Oppositionsführer Echternach als „verantwortungslos".

Ohne das Kernkraftwerk wurde schon in einigen Jahren in Hamburg ein bedrohlicher Energieengpaß entstehen.

Ein Sprecher der HEW erklärte dazu der MORGENPOST, daß in den nächsten Jahren zweifellos mehr Energie gebraucht werde: „Es ist aber auch möglich, der Mehrbedarf durch ein Kohlekraftwerk zu decken."

Hamb. Abendblatt 19.3.80

CDU will ein Ja zu Brokdorf

Die CDU hat den dringenden Appell an den Senat gerichtet, sich klar und eindeutig für den Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf zu entscheiden. Oppositionsführer Jürgen Echternach nannte die Haltung von Bürgermeister Hans-Ulrich Klose in dieser Frage gestern „verantwortungslos". Wie berichtet, hatte Klose kürzlich in Kiel erklärt, er persönlich sei gegen den Bau des Atommeilers, schließe aber nicht aus, daß er im Senat in Sachen Brokdorf überstimmt werde. Nach Ansicht Echternachs wird in Hamburg spätestens 1987 ein bedrohlicher Energie-Engpaß entstehen, wenn das Kernkraftwerk nicht in Betrieb geht.

Welt 19.3.80

Parteienstreit um Kernkraftwerk in Brokdorf

Die Hamburger CDU hat den Senat aufgefordert, sich „klar und eindeutig für den Bau des Kernkraftwerks Brokdorf zu entscheiden". Oppositionsführer Jürgen Echternach bezeichnete den Widerstand von Bürgermeister Hans-Ulrich Klose gegen die Anlage in Brokdorf gestern als „verantwortungslos". Klose hatte kürzlich, wie berichtet, als seine „persönliche Meinung" erklärt: „Wir sollten Brokdorf nicht bauen." Dazu Echternach: Spätestens 1987 werde in Hamburg ein bedrohlicher Energie-Engpaß entstehen, wenn das Kraftwerk nicht in Betrieb genommen werde. Der Bürgermeister lege ein opportunistisches, parteitaktisches Verhalten an den Tag. ub

Mehr Stellen und mehr Geld sind, so die Senatspressestelle, vor allem für vier Aufgabenbereiche notwendig: Die bessere Ausnutzung der Heizenergie durch verstärkte Kontrollen von Heizanlagen, Wärmedämmung an öffentlichen Gebäuden zur Minderung des Energieverlustes, eine auf die „grüne Welle" bazielende bessere Ampelsteuerung, und schließlich ein integriertes Versorgungskonzept für Strom, Gas, Fernwärme und neue Energietechniken. ub

Strom wird sieben Prozent teurer

Der Senat hat dem Antrag der Hamburgischen Electricitäts-Werke, die Strompreise zum 1. Juli um durchschnittlich neun Prozent zu erhöhen, nicht voll entsprochen. Er bewilligte nur sieben Prozent Aufschlag auf den Arbeitspreis; der Grundpreis soll stabil bleiben. Auch die Hamburger Gaswerke bekamen vom Senat das Plazet zur Tariferhöhung — hier um neun Prozent, ebenfalls zum 1. Juli und damit erstmals nach vier Jahren. Beide Senatsempfehlungen müssen noch von der Bürgerschaft abgesegnet werden. nau

Energiesparen mit neuen Planstellen

Der Senat will sein im vergangenen Oktober beschlossenes Energiesparprogramm vorantreiben. Zu diesem Zweck wird die Rathausregierung bei der Bürgerschaft die Mittel für 22 zusätzliche Stellen und die anfallenden Sachaufwendungen beantragen.

Nach den Richtern haben bei Brokdorf nun Politiker das Wort

Stoltenberg will Unterstützung Kloses für Bau des Reaktors / Hamburgs Regierungschef „persönlich" gegen Atommeiler

F.R. 21.3.80

Von unserem Korrespondenten Karsten Plog

HAMBURG, 20. März. Der vor Jahren hart umkämpfte Bauplatz für das geplante Atomkraftwerk Brokdorf an der Unterelbe rückt wieder in das Blickfeld der Politiker. Zwar gilt der 1977 verhängte Baustopp noch, doch das Verwaltungsgericht in Schleswig erklärte die Genehmigung der Landesregierung für eine erste Teilerrichtung für Rechtens. Seit Anfang der Woche liegt die Begründung dieser Entscheidung vor, und die in Schleswig unterlegenen Kläger gegen den Bau können binnen vier Wochen das Oberverwaltungsgericht Lüneburg anrufen.

Bei den verantwortlichen Politikern herrscht bisher keine große Lust am Bau. Nachdem ihnen das Gericht die ganze Verantwortung zugeteilt hatte. In der zentralen Entsorgungsfrage etwa vertreten die Schleswiger Richter die Ansicht, es könne nicht Aufgabe der Gerichte sein, „mit ihrer Einschätzung an die Stelle der dazu berufenen politischen Organe zu treten".

In Kiel hatte Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg (CDU) schon früher deutlich gemacht, daß er bei den im Fall eines Baus mit Sicherheit zu erwartenden Auseinandersetzungen nicht wie 1976/77 allein stehen wolle, er verlangt klare Worte aus Bonn und Hamburg. Die Hansestadt würde zu den Hauptabnehmern eines Kernkraftwerkes Brokdorf gehören. Die Hamburgischen Electrizitätswerke, zum großen Teil im Besitz Hamburgs, gehören zusammen mit der Nordwestdeutschen Kraftwerke AG zu den Betreibern.

Vor der Landespressekonferenz in Kiel hatte sich Hamburgs Bürgermeister Hans-Ulrich Klose zwar eindeutig gegen den Bau von Brokdorf ausgesprochen, jedoch hinzugefügt, das sei seine persönliche Meinung. Es könne sein, daß der Senat sich in dieser Frage anders entscheide.

Schleswig-Holsteins SPD hat sich eindeutig gegen Brokdorf ausgesprochen. Sie fürchtet um ihre eigene Glaubwürdigkeit, falls es zu einem Bündnis zwischen SPD-Senat und CDU-Landesregierung für die Errichtung des Reaktors kommen sollte. Die Kieler SPD möchte anstelle eines weiteren Kernkraftwerkes Kohlekraftwerke bauen und könnte dafür nach Ansicht des SPD-Fraktionsvorsitzenden im Kieler Landtag, Klaus Matthiesen, auch ein Bündnis mit der CDU eingehen.

Bonn ist zwar gegenwärtig nicht mit Brokdorf befaßt, Spannungen aber hat es in jüngster Zeit zwischen der Bundeshauptstadt und Kiel wegen des seit Juni 1978 abgestellten Reaktors Brunsbüttel gegeben, wo trotz Stillegung noch Pannen auftreten. Im Bonner Innenministerium, das über die Wiederinbetriebnahme entscheiden muß, fühlt man sich unzureichend über den Zwischenfall unterrichtet, bei dem 150 000 Liter „schwach radioaktiven Wassers" ausgelaufen waren. Erst nach vollständiger Information will das Ministerium entscheiden.

Kernenergie: Die Abwägung der Risiken kann nicht Sache der Gerichte sein

WELT 18.3.80

BERND LAMPE, **Schleswig**

Gerichte haben nicht darüber zu entscheiden, ob die Entsorgungsproblematik bei Kernkraftwerken gelöst ist. Auch ist die Beseitigung des Atommülls nicht Voraussetzung für eine Teilerrichtungsgenehmigung. Das stellte gestern die 10. Kammer des Verwaltungsgerichts in Schleswig in einer Urteilsbegründung fest. Schon am 15. Dezember vorigen Jahres hatte das Gericht die Klage von mehreren Einzelklägern und Gemeinden gegen die Errichtung des Kernkraftwerks Brokdorf/Unterelbe abgewiesen. Erst jetzt wurde die Begründung vorgelegt.

Das Gericht stellte fest, daß die Beklagten — die schleswig-holsteinische Landesregierung sowie die Betreiber Nordwestdeutsche Kraftwerke (NWK) und die Hamburger Electricitätswerke (HEW) — in der mehr als 100 Stunden dauernden Hauptverhandlung nachgewiesen hätten, daß ein Kompaktlager für ausgebrannte Brennstäbe vorgesehen und ein Vertrag über eine Wiederaufarbeitung mit einer englischen Firma abgeschlossen sei.

Auch habe die Bundesregierung zusammen mit den Ministerpräsidenten der Länder im September vorigen Jahres ein Entsorgungskonzept vorgelegt. Es sei aber nicht Sache des Gerichts, zu entscheiden, ob dieses Konzept politisch durchsetzbar ist. Wenn ein gewisses Maß an Unsicherheit vorhanden sei, liege es im Risikobereich der Regierung und der Betreiber. Beide müßten daran interessiert sein, daß Atomenergie weiterhin in der Bundesrepublik produziert werden könne.

Prinzipiell stellte die Kammer weiter fest, daß Gerichtsverfahren keine Genehmigungsverfahren für Kernkraftwerke sein dürfen. Das Gericht habe sich vielmehr daran zu orientieren, ob die Exekutive die Verordnungen, Bestimmungen und Gesetze über die Atomsicherheit eingehalten habe. Das Gericht habe auch keine Risikoerwägungen vorzunehmen, sondern nur zu prüfen, ob die Bestimmungen eingehalten worden seien.

Damit stellten sich die Schleswiger Richter gegen die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg, das bei der Verhängung des Baustopps für das Kernkraftwerk Brokdorf die Lösung der Entsorgungsprobleme als Voraussetzung für eine Teilerrichtungsgenehmigung genannt hatte.

Das schleswigsche Verwaltunosgericht erinnerte auch an eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, in der festgestellt worden war, daß bei allen Risiken und Sicherheitsfragen eines Kernkraftwerks Maßstäbe praktischer Vernunft anzulegen seien. Weiter urteilten die Schleswiger Richter, daß Brokdorf unter Einhaltung der Strahlenschutzbestimmungen als Standort für ein Atomkraftwerk geeignet sei; auch wenn es an der Elbe in Stade und Brunsbüttel schon gleichartige Kraftwerke gebe.

Auch von dem Zusammenwirken chemischer und radioaktiver Stoffe gehe keine Gefährdung aus. Das gelte auch für die Einleitung warmen Wassers in den Fluß. Zugleich betonten die Richter, daß die Baugründung des Kraftwerkes ausreichend sei, um Flugzeugabstürzen, Erdbeben und Explosionen standzuhalten. Den wissenschaftlichen Gutachtern müsse ebenfalls abgenommen werden, daß Druckwasserreaktoren heute sicher zu betreiben seien; damit sei auch eine ausreichende Vorsorge gegen Kernschmelzvorgänge getroffen worden.

Es wird damit gerechnet, daß die Kläger in die Berufung gehen. Seit dem Baustopp im Dezember 1976 sind den Betreibern effektive Unkosten in Höhe von mehr als einhunder Millionen Mark für das nicht gebaute Kraftwerk entstanden.

F.R. 19.3.80

Baustopp für Kernkraftwerk Brokdorf bleibt vorerst bestehen

Verwaltungsgericht veröffentlicht Begründung für Abweisung der Klage von Gemeinden und Bürgern / Noch kein Antrag

SCHLESWIG, 18. März (dpa). Das Schleswig-Holsteinische Verwaltungsgericht hat jetzt mit einem rund 60 Seiten umfassenden Text die Entscheidung des Gerichts gegen die Klage zur ersten Teilerrichtungsgenehmigung für den Bau des Kernkraftwerks Brokdorf an der Unterelbe begründet. Die Gegner des geplanten Kernkraftwerks hatten im Dezember des Vorjahres eine Niederlage hinnehmen müssen, als das Gericht in Schleswig im Hauptverfahren die Klagen von vier Nachbargemeinden und mehr als 250 Einzelpersonen abwies. „Das Urteil ändert nichts am Baustopp, da es noch nicht rechtskräftig ist", kommentierte ein Sprecher der Kammer die veröffentlichte Begründung.

Nach seinen Angaben können aufgrund der veränderten Bedingungen" die Baubetreiber jedoch eine Aufhebung des im Oktober 1977 vom Oberverwaltungsgericht (OVG) in Lüneburg bestätigten vorläufigen Baustopps beantragen. Ein solcher Antrag liege dem Gericht bisher nicht vor.

Eingehend beschäftigt sich die Kammer in der Urteilsbegründung mit der Frage der Entsorgung des geplanten Kernkraftwerks Brokdorf und von Atomkraftwerken allgemein. Nach Auffassung des Gerichts kommt in der Teilerichtungsgenehmigung zwar „nicht mit hinreichender Deutlichkeit zum Ausdruck, daß die Beklagten Ermessenserwägungen über eine ausreichende Entsorgungsvorsorge angestellt haben". Die Beklagtenseite habe „jedoch nachträglich während des Gerichtsverfahrens dargetan, daß sie die Entsorgungsfrage in ihre Erwägungen einbezogen hat". Das Gericht vertrat dazu die Meinung, daß es „aus eigener Erkenntnis nicht beurteilen kann, inwieweit dieses Entsorgungskonzept tatsächlich realisiert werden kann".

Die Durchsetzbarkeit des politischen Ziels, Entsorgungseinrichtungen für Kernkraftwerke zu schaffen, erscheine nicht ausgeschlossen. „Es bleibt allerdings ein Maß an Ungewißheit zurück", steht in der Begründung. Die Schleswiger Richter zogen bei ihrer Entscheidung in der Entsorgungsfrage ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts heran, in dem heißt: „Bei dieser Sachlage ist es nicht Aufgabe der Gerichte, mit ihrer Einschätzung an die Stelle der berufenen politischen Organe zu treten."

In diesem Sinne äußert sich die Kammer auch zum Rahmen der gerichtlichen Prüfungskompetenzen. Die Kontrollaufgabe der Verwaltungsgerichte müsse vor dem Hintergrund gesehen werden, daß die Länder die rechtliche Verantwortung für Entscheidungen über den Bau von Kernkraftwerken tragen. Den Gerichten obliege es nicht, „den der Exekutive zugewiesenen Bewertungsvorgang durch ein erneutes Verfahren zur Ermittlung und Beurteilung der unterschiedlichen Meinungen auf dem Gebiet des Strahlenschutzes und der Reaktorsicherheit zu ergänzen".

„Das gerichtliche Verfahren ist kein zweites Genehmigungsverfahren", wird betont. Für die Entscheidung des Gerichts sei das sogenannte Regelwerk — das sind die Atomenergie-Leitlinien des Bundesinnenministeriums, die Strahlenschutzverordnung sowie die Erkenntnisse der Reaktorschutzkommission des kerntechnischen Ausschusses des Bundeswissenschaftsministeriums — „wegen seines naturwissenschaftlich fundierten fachlichen Aussagegehalts eine geeignete Erkenntnisquelle".

Die Kläger haben mit ihren Beweisanträgen — so das Gericht — bei der Anfechtung der ersten Genehmigung für Brokdorf „Maß und Umfang nachträglicher Rechtskontrolle überschätzt". Ihre Befürchtung, neuere wissenschaftliche Erkenntnisse würden nicht berücksichtigt, sei nicht begründet. Die Voraussetzungen für die Genehmigung durch den schleswig-holsteinischen Sozialminister sowie den Minister für Wirtschaft und Verkehr seien erfüllt.

So halten nach Ansicht des Gerichts die Gutachten über die Standortentscheidung (radioaktives Mindestbelastungsgebot, radiologische Vorbelastung, wasserbezogene und geologische Verhältnisse) der rechtlichen Überprüfung stand. Das Projekt sei außerdem ausreichend gegen Hochwasser, Erdbeben, Flugzeugabsturz und Explosionsdruck geschützt.

HB-Gespräch mit Gerhard Stoltenberg

Vorschriftenflut bremst den Kraftwerksneubau

HANDELSBLATT, Montag, 17.3.1980

na. KIEL. Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg hat in einem Gespräch mit dem Handelsblatt Bundesinnenminister Gerhart Rudolf Baum vorgeworfen, trotz des Drängens der Länder nichts für den Abbau investitionshemmender Vorschriften zu tun, durch die sowohl der Bau von Kern- wie von Kohlekraftwerken massiv behindert würde.

Durch die Überfülle von Verwaltungsrichtlinien, Vorschriften und Auflagen sei der Bau von Kraftwerken mit unvertretbaren rechtlichen Risiken belastet. Dies zeige sich an der nicht mehr vorhersehbaren Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte, die sich bei ihren Entscheidungen auf unterschiedliche Einzelbestimmungen beriefen. Stoltenberg: „Seit 18 Monaten ist es notwendig, diese mehrdeutigen Bestimmungen zu überprüfen und mehr Rechtssicherheit für die Genehmigungsbehörden und die Energieversorgungsunternehmen zu schaffen.

So haben sich beispielsweise unterschiedliche Maßstäbe der Verwaltungsgerichte für die Immissionswerte aufgrund der § 45 und 28 der Strahlenschutzverordnung des Bundes ergeben. In § 45 werden ganz bestimmte Werte exakt als Obergrenze festgelegt, nach denen sich natürlich Genehmigungsbehörden und die Bauträger richten. Im § 28 gibt es dann ein allgemeines Minimierungsgebot, das von einzelnen Gerichten zum Anlaß genommen wurde, die Grenzwerte bei fertigen oder im Bau befindlichen Kernkraftwerken drastisch herabzusetzen. Dieses Beispiel steht für viele.

Herr Baum hat bislang weder konkrete Vorschläge der Genehmigungsbehörden der Länder noch von privater Seite aufgenommen. Die Angst der FDP vor den Grünen führt zum Nichtstun." Dies sei ein schlimmer Zustand. Allein durch die bekannten Verwaltungsgerichtsentscheidungen erwüchsen dem Verbraucher zweistellige Milliardenbeträge an Mehrkosten.

Stoltenberg geht davon aus, daß bis Januar 1986 die Vorauswahl für den Standort einer Entsorgungsanlage getroffen und damit — entsprechend der von Bundesinnenminister Baum gewollten Kopplung — Teilbetriebsgenehmigungen für Kernkraftwerke möglich sind. Nach dem Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern vom September 1979 werde zwar vorrangig eine Wiederaufarbeitung der abgebrannten Brennstäbe angestrebt, allerdings sei auch die Möglichkeit einer Endlagerung ohne Wiederaufarbeitung offengehalten. Wenn die geologischen Untersuchungen in Gorleben positiv verliefen, könne in absehbarer Zeit mit dem Bau eines Endlagers begonnen werden.

Sollte sich der kostengünstigere Weg der Wiederaufarbeitung durchsetzen, benötige die Bundesrepublik eine zweite Wiederaufarbeitungsanlage neben der in Hessen geplanten. Einer Landesregierung könne der Beschluß über die Standortfrage nur zugemutet werden, wenn auch im parteipolitischen Feld mehr Klarheit und Ehrlichkeit gegeben sei. Stoltenberg: „Ich habe hier in Schleswig-Holstein die Lage, daß mein Nachbar, der Hamburger Bürgermeister Klose, erklärt, er persönlich sei gegen den Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf, die Haltung des Hamburger Senats in dieser Frage offen ist und die Hamburger Elektrizitätswerke, deren Großaktionär der Hamburger Senat ist, weiterhin mit Nachdruck für den Bau des Kernkraftwerkes eintreten. Solange führende Repräsentanten des Staates derart unbefangen eine doppelzüngige Haltung einnehmen, muß man die Entscheidungsfindung im Bereich der Kernenergie weiterhin skeptisch beurteilen." Was sich hier hohe Repräsentanten unseres Staates leisteten, sei ein Trauerspiel.

Stoltenberg bezeichnete es als eine völlige Illusion zu glauben, daß die Bundesrepublik durch notwendige, nachhaltige Bemühungen zur Entwicklung neuer Energietechnologien und Verfahren zur Energieeinsparung um die grundlegenden Entscheidungen für den Ausbau der Kernenergie herumkomme. Die Bundesregierung gehe davon aus, daß alternative Energietechnologien 1985 allenfalls ein Prozent unseres Energieverbrauches decken könnten. Im Jahre 2 000 würden es hochgerechnet vielleicht 3 bis 4 % unseres Energieverbrauches sein, wenn man die Nutzung der Wasserkraft als schon traditionelle Energie ausnehme. Mehr als von der Solar- und der Windenergie verspreche er sich von der Wärmepumpe und neuen Verfahren zur Wärmedämmung. Hier lägen noch Einsparreserven.

Von den immer wieder von Bundesforschungsminister Volker Hauff propagierten dirigistischen Eingriffen zur Energieeinsparung halte er überhaupt nichts. Notwendig sei es vielmehr, mit wirksamen marktwirtschaftlichen Mitteln die Bemühungen der Wissenschaftler, Techniker, der Unternehmen und Privatleute zur Entwicklung neuer energiesparender Verfahren und deren Anwendung nachhaltig zu unterstützen. Deshalb habe die schleswig-holsteinische Landesregierung im vergangenen Jahr einen Gesetzesantrag eingebracht, der für solche Investitionen bessere steuerliche Rahmenbedingungen schaffen wollte. Der Gesetzesantrag sei zwar vom Bundesrat verabschiedet, aber von der Bundesregierung nicht aufgenommen worden.

Steuerliche Anreize seien deshalb erforderlich, weil vielee rfolgversprechende Techniken erst dann auf breiter Front verwirklicht würden, wenn sich die Energiespartechnik schon in vier statt erst in acht oder zehn Jahren lohne.

Handelsblatt 21.3.80

Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen Mitte April

dpa BRUNSBÜTTEL. Die Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen für Umweltschutz und gegen Atomanlagen wird verlegt. Für den Termin am 29./30. März in Brunsbüttel (Kreis Dithmarschen) ist jetzt der 19./20. April angesetzt worden. Ein bundesweites Treffen sei notwendig, weil in verschiedenen Bereichen große Unklarheiten über ein gemeinsames bundesweites Vorgehen der Bürgerinitiativen gegen das Atomprogramm bestünden.

Morgenpost 20.3.80

CDU: Jetzt Brokdorf bauen!

vh Hamburg – Eine klare Entscheidung für den Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf fordert die Hamburger CDU vom Senat. Den Widerstand von Bürgermeister Klose gegen den Brokdorf-Bau bezeichnete Oppositionsführer Echternach als „verantwortungslos".

Ohne das Kernkraftwerk würde schon in einigen Jahren in Hamburg ein bedrohlicher Energieengpaß entstehen.

Ein Sprecher der HEW erklärte dazu der MORGENPOST, daß in den nächsten Jahren zweifellos mehr Energie gebraucht werde: „Es ist aber auch möglich, den Mehrbedarf durch ein Kohlekraftwerk zu decken."

Welt 22.3.80

Nordwestdeutsche Kraftwerke zur Kernenergie:

„Brokdorf wird gebaut, auch wenn Hamburg nicht will"

Im Kampf gegen die drohenden Energielücken der nahen Zukunft will die deutsche Elektrizitätswirtschaft nicht auf den Bau von Kernkraftwerken verzichten. Dies gilt besonders für solche Anlagen, für die bereits gerichtlich überprüfte Teilerrichtungsgenehmigungen vorliegen.

Erhard Keltsch, Aufsichtsratsmitglied und ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Nordwestdeutschen Kraftwerke AG (NWK), kündigte gestern vor der Hamburger Sektion des CDU-Wirtschaftsrates an: „Wenn Hamburg bei Brokdorf nicht weiter mitmachen will, wird das Werk doch gebaut — und sei es mit einem anderen Partner."

Keltsch spielte dabei auf jüngste Äußerungen von Bürgermeister Hans-Ulrich Klose an, der sich mehrfach — zuletzt am Donnerstag in Duisburg — gegen den Bau des Kernkraftwerks an der Unterelbe ausgesprochen hat. Klose steht dabei in scharfem Gegensatz zu seinem Finanzsenator Wilhelm Nölling, der Aufsichtsratsvorsitzender der Hamburgischen Electricitäts-Werke AG (HEW) ist. Nölling vertritt die Auffassung, daß Brokdorf unbedingt gebaut werden muß, um die Stromversorgung Hamburgs für den Rest dieses Jahrhunderts sicherzustellen.

Bauherren von Brokdorf sind je zur Hälfte NWK und HEW. Scheidet HEW aus, könnte sein Anteil von einem anderen Stromerzeugungs-Unternehmen übernommen werden. Gerüchtweise war bereits von dänischen Interessenten zu hören. Immerhin haben NWK und die dänische ELSAM bereits gemeinsam das konventionelle Kraftwerk Apenrade 3 gebaut.

Ein Verzicht Hamburgs auf die Beteiligung an Brokdorf müßte nicht unbedingt und direkt zu Strommangel in der Hansestadt führen. Bei Bedarf könnte wohl bei anderen Kraftwerksbetreibern Strom zugekauft werden — jedoch zu wesentlich höheren Preisen als bei eigener Erzeugung. Bereits heute aber klagen die Abnehmer darüber, daß in Hamburg die Strompreise beträchtlich über denen in südlicheren Gegenden der Bundesrepublik Deutschland liegen.

Ebenfalls vor dem CDU-Wirtschaftsrat Hamburg hat gestern Professor Karl-Heinz Beckurts, der Chef der Kernforschungsanlage Jülich, davor gewarnt, durch zu langes Abwarten innerhalb weniger Jahre „die Option Kernenergie zu verlieren". Beschwörend sagte der Wissenschaftler, der in Kürze in den Vorstand der Siemens AG eintreten wird: „Wir dürfen angesichts der Weltenergielage jetzt nicht resignieren, wo die Früchte von 40 Jahren Forschung und Entwicklung und eine ganze darauf aufbauende Industrie auf dem Spiel stehen." Bereits heute sei jedoch „der schmerzliche Prozeß einer gewissen Kapazitätsreduktion in der Nuklearindustrie wohl unvermeidlich" — wegen Auftragsmangels.

DIETER F. HERTEL

Frankfurter Allgemeine Zeitung

24.3.80

Kieler FDP: Kernenergie überflüssig machen

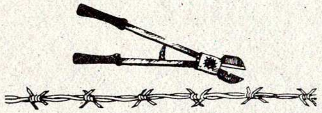
al. DAMP, 23. März. Die schleswig-holsteinischen Ftelen Demokraten wollendie Kernenergie langfristig überflüssig machen. Nur kurzfristig soll sie unter Beachtung strenger Sicherheitsbestimmungen den unbedingt erforderlichen Restbedarf decken. Diesen Akzent setzte ein FDP-Landesparteitag in Damp zum Entwurs eines FDP-Bundestagswahlprogrammes. Nach Auffassung der Parteitagsdelegierten müsse das Mißtrauen und die Ängste vieler Bürger gegenüber der Nutzung der Kernenergie sehr ernst genommen werden.

Auf Intervention des Geschäftsführers der FDP-Landtagsfraktion, Schumacher, einigte sich der Parteitag auf die Voraussetzung für neue, also nur in einem mittelfristigen Zeitraum zu betreibenden, Kernkraftwerke. Die Zwischenlagerung müsse langfristig gesichert sein, und ein prüffähiger Antrag für eine Entsorgungsanlage der Bundesrepublik müsse vorliegen. In Betrieb genommen werden soll ein neues Kernkraftwerk aber nur, wenn für diese Entsorgungsanlage bereits eine Teilerrichtungsgenehmigung vorliegt. Kernkraftgegner in der Landes-FDP hatten die Teilerrichtungsgenehmigung zunächst sogar als Voraussetzung für den Baubeginn eines neuen Kernkraftwerks verlangt, sich aber dann dem Wort der Fraktion gebeut.

Für die Kernenergiepraxis in Schleswig-Holstein sieht die Haltung der Landes-FDP noch etwas härter aus. In seinem Beschluß spricht sich der Parteitag gegen den Weiterbau des Kernkraftwerks Brokdorf aus und gegen die Wiederinbetriebnahme des seit zwei Jahren stillgelegten Kernkraftwerkes Brunsbüttel.

In weiteren Beschlüssen zum Bundestags-Wahlprogramm wird der Nato-Beschluß zur Stationierung von Mittelstreckenraketen auf west- und mitteleuropäischem Boden als gefährlich für die bislang funktionierende Abschrekkung bezeichnet. Ebenso gefährlich sei die Perfektionierung der sowjetischen Raketenrüstung. Rüstungskontrolle und -begrenzung auf möglichst niedrigem Niveau wird verlangt.

DISKUSSIONSVORSCHLAG DES PLENUMS DER AUTONOMEN GRUPPEN DER BUU-HAMBURG VOM 31. 1. 1980



DER BAUZAUN MUSS WEG

WIR WARTEN NICHT BIS WEITERGEBAUT WIRD

Der Prozeß gegen das AKW-Brokdorf ist verloren. NWK und HEW können jetzt weiterbauen. Der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Stoltenberg will weiterbauen, wenn die Bundesregierung (SPD) ein eindeutiges Votum für den Weiterbau abgibt.
Auf ihrem Parteitag im Dezember 79 hat sich die SPD für die Fortführung des Atomprogramms entschieden. Die SPD von Schleswig-Holstein dagegen hat mehrmals öffentlich geäußert, daß sie Brokdorf nicht weiterbauen will. Stoltenberg versucht über das Fernsehen und über die Presse mit dem Hinweis auf eine zu erwartende Energiekrise, den Bau argumentativ vorzubereiten.

Wir müssen uns jetzt fragen, wie wir in diesen Entscheidungsprozeß eingreifen wollen. Entscheidungen sind leichter zu beeinflussen, wenn sie noch nicht endgültig gefallen sind.
Wenn erst weitergebaut wird, sind dafür die politischen polizeilichen und technischen Strukturen geschaffen und das wird unseren Eingriff sehr erschweren.

Es gibt Stimmen unter uns, die sagen:
Nach all dem, was in Brokdorf gelaufen ist, werden sie es nicht wagen, weiterzubauen.
Wir meinen, wir müssen erneut zeigen, daß ein Weiterbau für die Landesregierung und NWK/HEW ein Wagnis bedeuten wird.

Deshalb schlagen wir vor:

Jetzt eine Aktionswoche mit einer großen Abschlußveranstaltung (Großdemonstration) unter dem Motto

DER BAUZAUN MUß WEG,
wir warten nicht bis weitergebaut wird,

vorzubereiten und etwa im März/April 1980 durchzuführen.

WIE SIEHT ES UM DEN WIDERSTAND GEGEN DAS AKW-BROKDORF ZUR ZEIT AUS?

Infolge des Baustopps vom 19.12.76 haben sich viele BIs die früher aktiv gegen das AKW-Brokdorf gearbeitet haben andersweitig engagiert. Dadurch sind viele Kontakte eingeschlafen und eine kontinuierliche Diskussion um Widerstandsformen gegen das AKW-Brokdorf hat nicht mehr stattgefunden. Die ortsansässigen BI haben sich nicht mehr regelmäßig getroffen. Ein bedeutender Teil der Anti-AKW-Bewegung hat seinen Kampf schwerpunktsmäßig auf die parlamentarische Ebene verlagert; er verbraucht seine Kräfte im Kampf um den 5%-Stimmanteil, im Kampf um innerparteiliche Machtpositionen, im Kampf um die "richtige" politische Linie und im Kampf um Satzungsfragen.
Der andere Teil der Anti-AKW-Bewegung bestimmt seinen Kampf aus der Erfahrung , daß Veränderungen nur erreicht werden können, wenn man sie selbst praktisch herbeiführt und nicht nur fordert oder seinen Kampf an andere Menschen deligiert.

Zur Vorbereitung des Prozesses über den Weiterbau des AKW-Brokdorf im Oktober/November 79 trafen sich fast ausschließlich Kläger oder Prozeßbeistände. Inhaltlich beschränkte man sich hauptsächlich auf das prozessuale Vorgehen, eng verknüpft mit der Hoffnung, den Prozeß zu gewinnen. Der Prozeß wurde verloren und die Kläger waren sehr enttäuscht vom Vorgehen des Gerichts. In vielen Äußerungen der Kläger wurde deutlich, daß auch sie es richtig finden, andere Widerstandsformen zu entwickeln als vor Gericht zu gehen.

Die Demonstration am 23.12.79, an der sich auch 23 Bauern mit ihren Treckern beteiligten, zeigte die Empörung der Kläger und weiterer AKW-Gegner über das Gerichtsurteil und über die Ignoranz, mit der alle Beweisanträge der Kläger sowie eigene Sachverständige abgelehnt wurden.
Der gescheiterte Versuch, während der Demonstration ein Element des AKW-Zaunes herauszutrennen und als Symbol für unseren Protest vor dem NWK-Zentrum in Brokdorf aufzustellen, hat dazu geführt, daß die Diskussion über die praktische Verhinderung des Weiterbaus verstärkt aufgenommen worden ist.

Unser Widerstand hat damit wieder an den Zaun des AKW-Brokdorf geführt, da, wo wir 1976 den gerichtlichen Baustop erzwingen konnten.
Wir wissen, daß der Weiterbau jetzt jeden Tag möglich ist und politisch seit einiger Zeit verstärkt vorbereitet wird.
In Hamburg (und wir wissen dies auch von anderen Orten wie z.B. Kiel, Bremen, Göttingen und Wilster Marsch) wurde auf verschiedenen Treffen über den weiteren Widerstand gesprochen.

WIR SCHLAGEN VOR:

im Frühjahr 1980 eine Aktionswoche durchzuführen unter dem Motto:

DER BAUZAUN MUß WEG,
wir warten nicht bis weitergebaut wird.

Während der Aktionswoche sollen sich viele AKW-Gegner in der Wilster Marsch treffen. Es sollen Veranstaltungen z.B. zum Atomprogramm, zur Situation des AKW-Brokdorf, zur Rolle von Prozessen und zu möglichen Widerstandsformen stattfinden.
Abschluß der Aktionswoche soll ein großes Treffen am Wochenende am AKW-Brokdorf sein (GROßDEMONSTRATION).
Dieses Treffen muß während der Aktionswoche vor Ort vorbereitet werden und die Koordinierung zwischen den BIs stattfinden. Zu dem Abschlußtreffen können auch AKW-Gegner kommen, die an der Aktionswoche nicht teilnehmen konnten.

Sollten Polizei und BGS - wie zur Kalkar Demonstration - die Teilnehmer der Abschlußveranstaltung nicht in die Wilster Marsch reisen lassen, sollten an verschiedenen Stellen der Bundesrepublik da, wo das Atomprogramm sich verwirklicht (AKW, Informationszentren, beteiligte Institutionen und Firmen,...) regionale Treffen stattfinden. Diese Treffen müssen vorbereitet und öffentlich bekannt sein.

Wir bitten Euch alle, diesen Vorschlag zu diskutieren.
Wir werden diesen Vorschlag auch auf einem Treffen Norddeutscher BIs (23.2.80, Brunsbüttel, Hotel Kaiserhof, 14[00]) einbringen.
Wir schlagen vor, kurz nach diesem Treffen (etwa 2 Wochen später) ein bundesweites Treffen in der Wilster Marsch, nur zu dem Thema: Widerstand gegen das AKW-Brokdorf, durchzuführen.
Weiter schlagen wir vor, eine feste Kontakt- und Anlaufstelle vor Ort (z.B. den Bauwagen oder einen Laden), mindestens für die Zeit der Vorbereitung und Aktionswoche, einzurichten und ein Informationsblatt über den Diskussions- und Vorbereitungsstand (ähnlich dem Prozeßinfo) herauszugeben.

DISKUTIERT UNSEREN VORSCHLAG, SCHREIBT UNS EUERE VORSTELLUNGEN !!

Kontakt:
BUU-Laden
Lutterothstr. 33
2000 Hamburg 19
Tel.: 040-402782

Bundesweites Arbeitstreffen verschoben!

Das Ergebnis des Vorbereitungstreffem vom 18.3.in Itzehoe ist die Verschiebung des bundesweiten Arbeitstreffens um drei Wochen auf den 19./20.4.80. Letzter Termin für die Anmeldungen und Stellungnahmen für die Arbeitsmappe ist der 2.4.80. Sonst bleibt alles bestehen, was in dererstem Einladung stand.

Dazu findet ein Vorbereitungstreffen statt am

Mittwoch, den 26.März um 19 Uhr ;" Cafe Schwarz" Itzehoe

Auf der Landeskonferenz vom 23.3.80 in Brunsbüttel wurde ein Meinungsbild erstellt, bei der alle Anwesenden, trotz verschiedener inhaltlicher Positionen, ein bundesweites Arbeitstreffen am 29./30.3. für richtig hielten.

Dazu fand ein, auch auf der Landeskonferenz festgelegtes, öffentliches Vorbereitungstreffen in Itzehoe am 9.3. statt. Ergebnis dieses Treffens war es, gemeinsam zjm bundesweiten Arbeitstreffen in Brunsbüttel einzuladen. Ein Vertreter der BI-Brunsbüttel übernahm es, den Saal anzumieten. Unterschiedliche Vorstellungen gab es zur Tagesordnung. Selbstverständlich kann aber nur das bundesweite Arbeitstreffen selber die Tagesordnung bestimmen. Die Gruppen sollten ihre Vorschläge formulieren und auch begründen. Die Vorschläge, es waren im wesentlichen 3, sollten dann zusammen mit der Einladung verschickt werden. Die Hamburger BUU-autonom übernahm es zusätzlich, die allgemeine Einladung zur Konferenz zu formulieren. Dieser Teil der Einladung und die Tagesordnungsvorschläge mit den Begründungen sollten dann von den Leuten der BI Krempe gedruckt und der größte Teil nach Hamburg zurVerschickung gebracht werden. Trotz dieser Absprache veränderten die Sprecher der BI Krempe und Brunsbüttel die Einladung und ließen die Begründung der BUU-Hamburg-autonom weg, ohne diese mit ihnen abzusprechen. Daraufhin haben die Hamburger Autonomen ihren ursprünglichen Text selber gedruckt und zusammen mit dem der Krempe verschickt.

Auf dem Vorbereitungstreffen in Itzehoe am 18.3. wurde zunächst über technische Fragen gesprochen (Finanzierung, Scheck-Überweisung an den Sprecher der BI-Brunsbüttel (Saalmiete), Anzahl der benötigten Stühle, Vorstellung der eingegangenen Stellungnahmen usw.). Aufgrund dieser technischen Schwierigkeiten wurde dann ein Antrag auf Verschiebung des bundesweiten Treffens gestellt. Begründet wurde dies mit der geringen Resonanz auf die Einladung, obwohl z.T. sehr ausführliche Stellungnahmen aus über 20 Städten schriftlich vorlagen, obwohl sehr viele mündliche Zusagen vorhanden waren, obwohl Brokdorf in den BIs und auch in der Presse sehr ausführlich und breit diskutiert wird, trotz der starken Beteiligung an der Landeskonferenz in Brunsbüttel, trotz des überraschenden Erfolgs der Demonstration in Brokdorf vom 23.12.79 und schließlich trotz der empörenden schriftlichen Urteilsbegründung. Die mangelnde Resonanz wurde dann zusätzlich mit den bis dahin 55 schriftlichen Anmeldungen für Schlafplätze und mit zwei Stellungnahmen, die sich gegen eine Konferenz mit Schwerpunkt Brokdorf richten, begründet. Gestellt und begründet wurde dieser Antrag von den Sprechern der BUU-Brunsbüttel und des AK-Brokdorf.

An dieser Stelle wurde dann von den Leuten des Delegiertenplenums der BUU-Hamburg berichtet, daß der Vertreter des AK-Brokdorf schon einen Tag vorher, am Montag auf dem Hamburger Plenum diesen Verschiebungsvorschlag gemacht hatte und äußerte: Wenn die Bundeskonferenz nicht verschoben wird, wird der AK Brokdorf nicht teilnehmen. Wenn auf der Bundeskonferenz nur über Brokdiskutiert wird, würden sie ausziehen. Die Bundeskonferenz soll verschoben werden, damit mehr Leute aus dem Süden kommen. Dadurch erhoffe er sich, daß eine Frühjahrsaktion in Brokdorf keine Mehrheit bekäme. Wenn die Bundeskonferenz dann doch eine Frühjahrsaktion in Brokdorf beschließt, würden sie nicht daran teilnehmen.

Der Vertreter der BUU-Brunsbüttel ergänzte dann noch, daß diese Bundeskonferenz am 29./30.3. keine Bundeskonferenz sein würde, da ja ohnehin nur Leute kämen, die an Aktionen in Brokdorf interessiert seinen und die Anti-AKW-Bewegung nicht repräsentativ vertreten sei.

Nachdem die Positionen auf intensives und längeres Drängen hin von den beiden Vertretern deutlich geäußert worden waren, folgte auch die Konsequenz von dem Vertreter aus Brunsbüttel: Er würde für die Bundeskonferenz am 29./30.3. in Brunsbüttel den Raum nicht mehr anmieten.

In dieser Situation waren wir gezwungen, eine Verschiebung des bundesweiten Arbeitstreffens hinzunehmen, obwohl wir es unverantwortlich finden, die Planungen und Bemühungen vieler Menschen aus politischer Taktiererei zu übergehen.

Wir wollen hier noch einmal deutlich hervorheben, daß wir die politische Meinung des AK-Brokdorf und der BUU-Brunsbüttel bzw. ihrer Sprecher respektieren und ernst nehmen. Aber wir sind enttäuscht und entsetzt über die Taktiererei, die zum Ziel hat, ihre politische Meinung auf Umwegen durchzusetzen und gezielt zu demobilisieren. Wir finden es erpresserisch, daß von dem Brunsbüttler Sprecher die Raumanmietung zu diesem Zweck versagt wurde. Wir haben den Eindruck, daß den beiden Sprechern des AK-Brokdorf und der BUU-Brunsbüttel kein Mittel schlecht genug ist, um jegliche Diskussion um Brokdorf-Aktionen zu verhindern, mindestens aber zu versagen.

Diese ganzen Schwierigkeiten zeigen, wie wichtig es ist, daß sich möglichst viel Menschen an den Auseinandersetzungen beteiligen und ihre eigenen Interessen formulieren.

AK Politische Ökologie, BI St.Georg, BI Altona
Mitglieder von BIs der BUU/HH (Delegiertenplenum)
und Plenum autonomer Gruppen

Stellungnahme des Arbeitskreises Brokdorf der BUU und der BUU Brunsbüttel 19.3.80
zur geplanten Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen für Umweltschutz und gegen Atomanlagen

Auf dem Vorbereitungstreffen am 18.3.80 in Itzehoe haben sich die Vertreter des AK Brokdorf und der BUU Brunsbüttel gegen Widerstand einiger anderer Bürgerinitiativen für eine Verschiebung der Bundeskonferenz um drei Wochen auf den 19./20. April entschieden.

Wir halten eine bundesweite Beratung der Bürgerinitiativbewegung für nötig, weil in zwei verschiedenen Bereichen verhältnismäßig große Unklarheiten über ein gemeinsames bundesweites Vorgehen der Bürgerinitiativen gegen das Atomprogramm bestehen :
1) Die Entwicklung eines umfassenden politischen Widerstands haben wir bisher nicht erreicht. Anders als im Zeitraum 1976/77 , als wir konzentriert die Gefährlichkeit der Atomanlagen in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung gestellt haben, wird diese Gefährlichkeit heute von den Politikern gar nicht mehr im Grundsatz bestritten, sondern mit dem Hinweis auf die Gefahren der Industrieproduktion überhaupt wird die qualitativ höhere Gefährdung durch die Atomanlagen heruntergespielt. Gleichzeitig wird durch "Energiekrise", Arbeitslosigkeit, Kriegsdrohungen usw. ein enormer politischer Druck ausgeübt, um die Bereitschaft zu erhöhen, das Risiko Atomenergie zu akzeptieren. Daraus wird für uns deutlich, daß wir unseren Widerstand gegen Atomanlagen nur weiter in die Breite entwickeln können, wenn wir diesen Hintergrund berücksichtigen - dazu gehören grundsätzlich auch die Probleme von Wahlen und Grünen/Alternativen Listen.
2) Gegenüber 1976/77, als wir relativ wenige Standorte von Atomanlagen in der Planung oder im Bau hatten (im wesentlichen Wyhl, Brokdorf, Grohnde, Gorleben und Kalkar) erfolgt mit dem weiteren Ausbau des gesamten Atomprogramms eine starke Zersplitterung auf zahlreiche weitere Orte. Besonders am Punkt der Atommüllprobleme zeigt sich in Form der Kompaktlager, daß diese Zersplitterung politisches Programm der Regierenden ist. Viele Bürgerinitiativen sind mit den Problemen an ihrem Ort vorrangig ausgelastet (z.B. Wabern/Borken, Ahaus, Stade, Esenshamm, Würgassen, Gorleben, Wittingen, Liebenau, Lingen, Gronau, Hanau, Ohu, Biblis, Brunsbüttel, Grafenrheinfeld, Neckarwestheim, Krümmel, Asse usw usw.). Eine große Zahl von regionalen Aktionsvorschlägen für die nächsten Monate macht deutlich, daß diese örtlichen Schwierigkeiten zunächst ausführlich besprochen werden müssen und sich aus einem möglichst genauen Überblick über den Stand in der gesamten Bundesrepublik erst nationale Schwerpunkte herausbilden können, etwa Gorleben, Borken, Ahaus, Lingen, Brunsbüttel oder Brokdorf ...
Wir wünschen uns als Ergebnis einer Bundeskonferenz eine möglichst große Klarheit über eine oder zwei gemeinsame nationale Aktionen und viele regionale, gut koordinierte kleinere Aktionen.

Warum Verschiebung um drei Wochen ?

Die Diskussion der oben genannten Punkte setzt die Beteiligung möglichst vieler Gruppen und eines möglichst breit gestreuten Spektrums der Bürgerinitiativen an der Bundeskonferenz voraus. Die mit der Einladung erfolgte zeitliche Verzögerung und inhaltliche Eingrenzung auf den Schwerpunkt Brokdorf, der Ablauf der hessischen Landeskonferenz vom vergangenen Wochenende, der Stand der bei der Vorbereitungsgruppe eingegangenen Anmeldungen und Gelder und nicht zuletzt entsprechende inhaltliche Beiträge - insbesondere aus Bochum und Osnabrück - lassen erkennen, daß eine Bundeskonferenz am 29./30. März noch nicht möglich gewesen wäre. Allenfalls wäre dabei ein gegenüber dem Brunsbütteler Arbeitstreffen vom 23. Februar geringfügig erweiterter Kreis von norddeutschen Bürgerinitiativen zusammengekommen. Unser Vorschlag, dementsprechend zu verfahren und am 29./30. März ein weiteres erweitertes norddeutsches Arbeitstreffen in einer dafür ausreichenden kleineren Tagungsstätte durchzuführen ist von den anderen Initiativen abgelehnt worden.

Es gilt jetzt, die verbleibende Zeit von gut vier Wochen zu nutzen um überall in der Bundesrepublik zur besseren Vorbereitung einer Bundeskonferenz beizutragen. Wir schlagen als Ort und Zeitpunkt den 19./20. April wiederum in Brunsbüttel vor. Damit werden die Fristen für Beiträge zu einer gemeinsamen Arbeitsmappe verlängert bis einschließlich Ostermontag (7.April), damit in der darauf folgenden Woche die Materialmappe hergestellt und verschickt werden kann (etwa bis 11.April).
Zur weiteren Vorbereitung findet am Mittwoch, dem 26.3.80 um 19.oo Uhr in Itzehoe, Cafe Schwarz ein weiteres Vorbereitungstreffen statt.
Wir schlagen außerdem für Schleswig-Holstein eine Landeskonferenz für den 29.3.80 in Itzehoe vor - dazu ergeht noch eine besondere Einladung.

Kontaktadressen : Arbeitskreis Brokdorf, Schrägstr. 2 , 2209 Krempe Tel. 04824-2596
BUU Brunsbüttel c/o Lüthje Arentsee 21, 2211 Brokdorf Tel. 04858-875

Der Vorschlag der BUU-Hamburg-Autonome zu Aktionen in Brokdorf mit einer ausführlichen Begründung wird in den nächsten Tagen in der TAZ erscheinen und mit der Materialmappe verschickt werden.

Kontakt:
Ökoladen, Luttherotstr. 33, 2000 Hamburg 19
Telef. 040-402782 oder 040-247690

Um noch einmal unsere Vorstellungen zum Ablauf des Bundestreffens zu verdeutlichen: Unser Tagesordnungsvorschlag (am Samstag Diskussion über die geplanten Aktionen in Brokdorf, Gorleben, Hessen sowie Koordinierung des Wiederstandes und der Aktionen; am Sonntag PlanunG VON Aktionen undDemonstration in Brokdorf nach Beschlußfassung) soll nicht schon im Vorwege eine Frühjahrsaktion in Brokdorf vorgeben. Er soll aber sicherstellen, d a ß es zu Beschlußfassungen über Brokdorf kommt.

Gemäß unserer früheren Praxis meinen wir nach wie vor, daß eine Demonstration möglichst alle Kräfte, die gegen AKWs sind, zusammenfassen sollte. Eine Zusammenarbeit mit (zumindest Teilen von) SPD/Schleswig-Holstein, FDP/SH, SSW, Grüne usw. im Falle Brokdorf streben wir nach wie vor an.

Dem Beschluß der Landeskonferenz vom 23.2., auf dem Beratungstreffen fast ausschließlich über Brokdorf zu sprechen, haben wir nicht zugestimmt. Unter den gegebenen Voraussetzungen wird es auf der Bundeskonferenz wohl kaum zu einer Beratung und Beschlußfassung über bundesweite Aktionen d e r Anti-AKW-Bewegung kommen. Trotzdem ist es aber sinnvoll, dieses Treffen zur Diskussion und Vorbereitung einer Brokdorf-Aktion zu nutzen - wobei es für uns selbstverständlich ist, den Termin mit den an anderen Brennpunkten geplanten Aktionen abzustimmen.

Der Offensive der Atombetreiber sollten wir mit allen Mitteln unseren Widerstand b u n d e s w e i t entgegensetzen. Dazu können und sollten wir das verstärkte politische Interesse der Bevölkerung und die Schwierigkeiten aller Parteien während des Bundestagswahlkampfes nutzen. Für eine ,,Gegenoffensive'' der Atomgegner begreifen wir die Diskussionen an den verschiedenen Brennpunkten für weitere Aktionen als Anfang. Wir halten es für sinnvoll, darüber auf dem Beratungstreffen in einem Extra-Punkt zu sprechen. Wir meinen, daß eine Bundeskonferenz noch in diesem Jahr stattfinden sollte, an deren Anfang eine Bestandsaufnahme von Atomprogramm und Widerstand steht sowie eine inhaltliche Diskussion über Fragen wie Energie'krise', Kriegs- und Krisenstimmung, Spar- und Opferpolitik. Ergebnis dieser Bundeskonferenz sollte ein möglichst gemeinsames und schlagkräftiges Vorgehen der Atomgegner im Herbst sein.

U. u. R. BUU/HH (Delegiertenplenum)
Bartelsstr. 26, 2HH 6, Tel.: 040/439 86 71

WAS IST KRIMINELL? ATOMKRAFTWERKE BAUEN- ODER SIE VERHINDERN?

Lebenswichtig: Strom für den ersten Augenblick.

Mit dem ersten Schrei ist alles vergessen: die Schmerzen, Ängste und Sorgen. Es ist geschafft: ein gesundes Baby, eine glückliche Mutter, ein stolzer Vater. Und zufriedene Geburtshelfer. Aber daß heute ihre Arbeit so viel erfolgreicher ist, das verdanken wir auch der Technik. Technik, die ohne Strom nicht denkbar ist: UV-Strahler entkeimen die Luft im Kreißsaal und über dem Wickeltisch. Beatmungsgeräte, Pulsfrequenzmesser, Ventilatoren und Beleuchtung – sie hängen vom Strom ab.

Alle diese technischen Hilfen verbrauchen lebenssichernden Strom. Bei einer Normalgeburt innerhalb von 30 Minuten zwischen 3 und 4 kWh. Angesichts der 51139 glücklichen Geburten 1978 allein in Hessen ist das nicht wenig.

Strom sichert Leben. Seine Leitungen sind eine Art Nabelschnur. Sie darf nicht abgebunden werden. Wir müssen unsere Stromversorgung sicherstellen. Auch für die Zukunft. Dazu brauchen wir mehr Kraftwerke. Bis ein Kraftwerk Strom liefert, vergehen bis zu 10 Jahre. Die Zeit drängt. Wir müssen handeln. Wenn wir unsere Lebensqualität erhalten wollen, müssen wir uns jetzt entscheiden.

Hessen braucht alle Energien... auch Kernenergie gehört dazu.

Gruppe Hessen im Informationskreis Kernenergie, Kettenhofweg 36, 6000 Frankfurt (Main)

F.R. 11.3.80

Samstag, 8. März 1980, Nr. 58 Frankfurter Rundschau

Kindertod durch Harrisburg?

Forscher gibt bei Störfall freigewordener Strahlung schuld

BONN, 7. März (Reuter). Der Störfall im Kernkraftwerk Three Mile Island bei Harrisburg trug nach Auffassung eines US-Wissenschaftlers möglicherweise zum Tod von mehreren hundert Kleinkindern bei.

In einer Untersuchung kommt der Strahlungsforscher Dr. E. J. Sternglass von der Universität Pittsburgh zu dem Ergebnis, daß die Säuglingssterblichkeit im Einflußbereich der freigesetzten radioaktiven Wolke drastisch anstieg.

Unter Berufung auf Daten der vom US-Gesundheitsministerium herausgegebenen Zeitschrift „Vital Statistics" weist Sternglass darauf hin, daß sich die Neugeborenensterblichkeit in Pennsylvania im Juli 1979 mit 271 toten Säuglingen (18,5 pro 1000) gegenüber März 1979 (141 oder 10,4 pro 1000) fast verdoppelte.

Bei dem Störfall, der am frühen Morgen des 28. März 1979 begann, waren wesentliche Mengen radioaktiver Elemente freigeworden. Nach einer Studie, die eine Privatfirma für den Kraftwerksbetreiber Metropolitan Edison anfertigte, strömten in den ersten fünfeinhalb Tagen rund zehn Millionen Curie radioaktiver Gase aus dem Reaktor, davon sieben Millionen in den ersten 36 Stunden. Der Evakuierungsbefehl für die Schwangeren und Kleinkinder kam aber erst am 30. März.

Der von der Gesellschaft Pickard, Lowe and Garrick Inc. erstellten Studie zufolge gelangten etwa 14 Curie des radioaktiven Jodisotops Jod 131 in die Atmosphäre. Die US-Atomkontrollbehörde NRC bezifferte die Menge auf 1,4 Curie. Der Radiologe bezeichnet es als möglich, daß die Schilddrüsen von ungeborenen Kindern im fünften bis neunten Entwicklungsmonat Strahlungsdosen von zwischen 200 und 1100 Millirem (mrem) durch Jod 131 erhielten, wenn ihre Mütter in der Nähe des Kraftwerks lebten. In Gegenden, wo die radioaktive Wolke den Boden berührte, war laut Sternglass eine noch um das fünf- bis zehnfach höhere Dosis möglich. Zu der Verseuchung der fötalen Schilddrüsen, die den Angaben zufolge im fünften Schwangerschaftsmonat mit der Produktion von Hormonen beginnt, kommt als erschwerender Faktor die Strahlungseinwirkung der radioaktiven Edelgase und anderer Isotope hinzu.

Obwohl der Physiker Peter Borsch von der Kernforschungsanlage Jülich Sternglass' Statistiken nur „mir großer Skepsis" prüft, scheinen die Daten, die der erklärte Gegner der Kernkraft in seiner Störfall-Analyse zitiert, kaum anfechtbar:

Im Juli wurden die Kinder geboren, die zur Zeit des Störfalls im fünften Entwicklungsmonat waren. Der Anstieg der Sterblichkeitsrate um 78 Prozent von 10,4 (März) auf 18,5 (Juli) war in den Vorjahren nicht zu verzeichnen. Der zu erwartende Juli-Wert lag laut Sternglass bei 8,5 pro 1000 Geburten. Im August 1979 rutschte Pennsylvania in der Säuglingssterblichkeitsstatistik wieder unter den US-Bundesdurchschnitt. Sternglass erklärt dies so: die Schilddrüsen der im August geborenen Säuglinge waren zur Zeit des Störfalls noch nicht in der Lage, wesentliche Mengen von Jod 131 aufzunehmen.

In einem Harrisburger Krankenhaus, in dem rund 35 Prozent aller Entbindungen der Stadt vorgenommen werden, stieg die Säuglingssterblichkeit in den drei Monaten Mai, Juni und Juli 1979 auf 13,9 pro 1000 Geburten. In Februar, März und April hatte sie 1,9 betragen: Ein Anstieg um 630 Prozent.

In der Großstadt Pittsburg, rund 290 Kilometer westlich von Three Mile Island und damit auf dem Weg der radioaktiven Wolke, gab es ähnliche Werte: im Magee-Frauenhospital, wo rund 65 Prozent aller Kinder der Stadt zur Welt kommen, stieg die Säuglingssterblichkeit von März (elf tote Kinder bei 786 Geburten oder 14 pro 1000) über Mai (21 Tote bei 664 Geburten oder 31,6 pro 1000) im Juli auf 24 Todesfälle bei 796 Geburten oder 30,1 pro 1000 an.